Montag, 26. September 1983 - D * * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 224 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Landeswahlen: In Hessen und in Bremen wurden gestern neue Landesparlamente gewählt. In Hessen waren 4,1 Millionen, in Bremen gut eine halbe Million Bürger stimmberechtigt. In beiden Ländern zeichnete sich eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung ab wie bei den letzten Wahlen, 1982 in Hessen und 1979 in Bremen. In Wiesbaden war damals die CDU, in Bremen die SPD stärkste Fraktion geworden.

Protest in Berlin: Die drei westlichen Stadtkommandanten in Berlin protestieren gegen den Aufmarsch der paramilitärischen Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin.

Altersgrenze: Die vieldiskutierte Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ist aufgrund der Kassenlage der Rentenversicherer nicht möglich, erklärt Verbandsgeschäftsführer Kolb. Schon jetzt liege das durchschnittliche Rentenzugangsalter tatsächlich bei 58 Jahren.

„Friedensbewegung": Ein in Loccum geplantes Gespräch zwischen Vertretern der „Friedensbewegung" und Polizei, Parteien und Kirche mußte abgesagt werden; Anhänger der „Friedensbewegung" blockierten das Tagungsgebäude. (S. 5)

SPD gegen NATO-Beschluß: Drei weitere SPD-Landesverbände sprechen sich gegen eine Stationierung neuer Atomraketen aus, wie sie im NATO-Doppelbeschluß für ein eventuelles Scheitern der Genfer Verhandlungen zwischen USA und UdSSR vorgesehen ist. Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin sagen „Nein" mit unterschiedlicher Wertung der NATO-Politik. (S. 1 und 5)

Libanon: Alle militärischen Operationen der US-Truppen in Libanon und auf See vor der Küste werden künftig vom Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Rogers, befehligt, heißt es in informierten Kreisen in Brüssel. – In Libanon dauern die Kämpfe an. (S. 8)

Manöver Japan–USA: Seestreitkräfte der USA und Japans haben im Süden der japanischen Inseln mit gemeinsamen Manövern begonnen.

Heute: Führungsgremien der Parteien analysieren Wahlergebnisse aus Hessen und Bremen. – Präsident Reagan spricht vor der UN-Vollversammlung. – Außenminister Genscher nach New York. – EG-Ministerratstagungen zu Edelstahl und zur Agrarreform. – 13. Bundeskongreß der DAG in Hamburg. – Wahlen in Kenia.



Die Wahlen in Hessen und Bremen

Lesen Sie morgen auf vier Seiten: ● *Die Ergebnisse* im Detail, dazu Karten, Tabellen, Grafiken. ● Wie geht es weiter in Hessen und Bremen? ● Analysen, Kommentare, Hintergrund. ● Konsequenzen für die Bundespolitik.

WIRTSCHAFT

US-Streit um IWF: Präsident Reagan will zur morgigen Eröffnung der Jahresversammlung von Weltbank und IWF erneut an den Kongreß appellieren, den US-Anteil an Quotenerhöhung und erweiterten Kreditvereinbarungen freizugeben. (S. 10)

Autoindustrie in „Schwung": Zum Abschluß der Internationalen Automobilausstellung spricht Verbandspräsident Backsmann die Hoffnung aus, die Automobilindustrie werde „ihren Schwung auch auf die übrige Wirtschaft übertragen". (S. 9)

Zehnergruppe: Die westlichen Industrieländer erteilen einen Prüfauftrag zur Verbesserung des Weltwährungssystem.

KULTUR

Sonate wiederentdeckt: Eine in Vergessenheit geratene Sonate Beethovens ist an der Universität Duisburg wiederentdeckt und identifiziert worden. Es handelt sich um eine Zweitfassung des Streichtrios opus drei in Es-Dur.

Papst im Wettbewerb: Mit dem Hörspiel „Die Werkstatt des Goldschmieds" von Papst Johannes Paul II. (geschrieben 1960) nimmt der Vatikan am italienischen Wettbewerb um den „Premio Italia" für Fernseh- und Hörspiele teil.

ZITAT DES TAGES



» Widerstand trägt die Gefahr in sich, unsere demokratische Staatsordnung überhaupt in Frage zu ziehen. Das kann ernsthaft niemand wünschen. «

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Lohse, im Deutschlandfunk zu Protestaktionen gegen die mögliche Stationierung neuer Atomwaffen. FOTO: DPA

SPORT

Ringen: Der Schifferstädter Papiergewichtler Markus Scherer gewann bei den Weltmeisterschaften im klassischen Stil in Kiew die Silbermedaille (S. 13)

Boxen: Zum ersten Mal nach 23 Jahren wurde ein weißer Boxer Profi-Weltmeister im Schwergewicht. Der Südafrikaner Gerrie Coetzee schlug den Amerikaner Michael Dokes.

Volleyball: Nach dem 3:1 über Rumänien in Rostock belegte die deutsche Nationalmannschaft der Damen bei den Europameisterschaften Platz fünf. (S. 14)

Fußball: Nationalspieler Herbert Waas unterschrieb bei Bayer Leverkusen einen Vertrag bis 1987. Waas war von Bayern München mit höheren Angeboten umworben worden. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Südtirol: Ab 1984 wird das Telefonbuch der norditalienischen Provinz Bozen erstmals zweisprachig erscheinen. Damit will die Telefongesellschaft SIP den Forderungen der deutschsprachigen Südtiroler Rechnung tragen. Um das italienische Buch war viel gestritten worden.

Seveso-Urteil: Die fünf wegen der Dioxin-Katastrophe in Seveso zu Haftstrafen verurteilten Manager legen Berufung ein. (S. 16)

Wetter: Heiter, nur im Norden (Schleswig-Holstein) Durchzug von Wolkenfeldern; zwischen 18 und 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Hessen: SPD gewinnt, CDU verliert, FDP klar im Landtag

Die Bremer Ergebnisse blieben lange unsicher



Landtagswahl '83 in Hessen
Letzte Hochrechnungen

	Wahl vom 25. Sept. 1983 Prozent	Landtagswahl vom 26. Sept. 1982 Prozent	Landtagswahl vom 8. Okt. 1978 Prozent
CDU	ARD 38,6 ZDF 39,4	45,6	46,0
SPD	ARD 46,8 ZDF 45,8	42,8	44,3
FDP	ARD 8,1 ZDF 7,6	3,1	6,6
Grüne	ARD 5,6 ZDF 6,1	8,0	2,0
Sonstige		0,5	1,1
Wahlbeteiligung		86,4	87,7

wt. **Bonn**

Bei den Landtagswahlen in Hessen zeichnete sich gestern abend schon kurz nach 18 Uhr aufgrund der Hochrechnungen von ARD und ZDF, die sich später stabilisierten, ein für viele Beobachter überraschendes Ergebnis ab: Die CDU verlor im Vergleich zur Wahl vor einem Jahr deutlich an Stimmenanteilen, die SPD gewann dazu, die Grünen sind geschwächt und die FDP legte ganz beachtlich zu und übersprang die Fünf-Prozent-Hürde mühelos.

Das gute Abschneiden der FDP wird von politischen Beobachtern vor allem der Wahlkampfführung des hessischen CDU-Spitzenkandidaten Walter Wallmann zugeschrieben, der mit seiner Wahlstrategie ganz bewußt zugunsten der FDP agierte – mit dem Ziel, dieser Partei eine Rückkehr in den Landtag zu ermöglichen, um *möglichst mit ihr zusammen eine* Koalitionsregierung zu bilden. Wallmann hatte mit dem Slogan gearbeitet: „Wer die FDP wählt, wählt auch mich."

Von der Bürgerschaftswahl in Bremen kamen verläßliche Zahlen erst später auf die Bildschirme. Zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe war noch kein sicherer Trend zu erkennen. Alles deutete aber auf leichte Gewinne der beiden großen Parteien hin – zu Lasten der kleinen.

In Hessen und Bremen hatte sich kurz vor Schließung der Wahllokale eine zumindest ähnlich hohe Wahlbeteiligung der Bevölkerung wie bei den letzten Wahlen zu den Landesparlamenten abgezeichnet.

Afghanische Armee führt den Krieg nach Art der Sowjets

Zerstörung von Dörfern / Pakistanische Ziele angegriffen

WALTER H. RUEB, **Bonn**

Die Mißerfolge der prokommunistischen afghanischen Rumpfarmee im Kampf gegen den Widerstand haben zu einer Verschärfung des Krieges am Hindukusch geführt: Der erfolglose und daher von der Ablösung bedrohte Verteidigungsminister Generalmajor Abdul Kader hat offenbar nach langem Zögern Befehl gegeben, in der Kriegführung nach Art der Sowjets zu verfahren. Die sowjetische Praxis beruht seit längerem auf Zerstörung von Städten und Dörfern mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der noch im Lande verbliebenen Zivilbevölkerung zu zerstören.

Die Zahl der im Lande Verbliebenen wird kurz vor Ende des vierten Kriegsjahres auf elf Millionen geschätzt. Diese Zahl ist gegenüber jener von 1979 um rund fünf Millionen geringer. Annähernd eine Million Afghanen wurden bisher getötet, drei Millionen flüchteten nach Pakistan, mehr als eine Million flüchtete nach Iran.

Die Übernahme der sowjetischen Kriegsmethoden zeigte sich jetzt bei der Bombardierung grenznaher pakistanischer Dörfer im Kurramtal nahe Parachinar. Die militärische Führung der afghanischen Armee, die mit 25 000 Mann nur noch ein Viertel ihrer ursprünglichen Stärke beträgt, buhle jetzt mit aller Macht um sowjetische Anerkennung, versichern Eingeweihte.

Im Eifer des Gefechts hätten die Piloten orientierungslos die Grenze überflogen und pakistanische Ziele angegriffen. Bereits im Dezember 1981 waren südlich der afghanisch-pakistanischen Grenze in Belutschistan Autobusse, eine Grenzstation und zwei pakistanische Dörfer angegriffen worden.

Die eingestandene Erfolglosigkeit Minister Kaders und die von den Sowjets angeordneten Konsequenzen kontrastieren auffallend mit der sonst in Kabul so gerne erhobenen Behauptung, Widerstand und Konterrevolution seien niedergeschlagen und das ganze Land unter Kontrolle. Wie es im Land wirklich aussieht und wie schwach die Position der auf 130 000 Mann aufgestockten sowjetischen Invasionsarmee und ihrer uniformierten afghanischen Waffengefährten wirklich ist, geht aus dem Eingeständnis des Sowjetarmisten Jurij Waschtschenko hervor, der im Januar 1983 zur Internierung in die Schweiz gebracht wurde und jetzt nach der Flucht in die Bundesrepublik Deutschland um Asyl gebeten hat.

Der 19jährige Unteroffizier sagte gegenüber der WELT: „Wo konkret ein sowjetischer Soldat steht, da ist die sowjetische Armee. Neben ihm und rundherum ist nur Afghanistan . . ."

Zu dieser Einschätzung und zu den Angaben zahlreicher anderer Beobachter paßt auch der überraschende Appell des afghanischen Staatschefs Babrak Karmal, den er jetzt an „alle irregeleiteten Landsleute" richtete, und in dem er sie aufforderte, ihre „antirevolutionäre Bewegung" aufzugeben und sich seinem Regime „im Geist islamischer Bruderschaft" anzuschließen.

Möglicherweise will man in Kabul einer sich bereits abzeichnenden Entwicklung rechtzeitig vorbeugen. Die Mudjahedin beantworten nämlich neuerdings die sowjetische Ausrottungs-Taktik mit gleicher Münze.

Dafür stehen dem Widerstand seit einiger Zeit auch die so lange entbehrten Waffen wie schwere Maschinengewehre, Raketenwerfer, Panzerminen und Granatwerfer wenigstens in bescheidenen Mengen zur Verfügung. Und die Freiheitskämpfer haben in dem jahrelangen Ringen mit den Sowjets gelernt, ihre Skrupel gegen die Anwendung von List und Tücke abzulegen.

DER KOMMENTAR

Schlagworte reichen nicht

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Nachdem sich jetzt die verbalen Nebelschwaden des Wahlkampfes in Hessen und Bremen verziehen, sollte auch über dringende wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Probleme wieder mit mehr Gelassenheit zwischen den Parteien gesprochen werden. Jedenfalls reichen bloße Schlagworte nicht mehr, auch wenn dieses bequem ist. Im Wahlkampf benutzten die Sozialdemokraten *zum Beispiel* das Albrecht-Papier noch als willkommenes Vehikel, um auf den politischen Gegner loszugehen. Noch vor einigen Tagen kündigte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt an, das, was Albrecht, George und Lambsdorff aufgeschrieben haben, wolle die SPD unter dem Titel „Dokumente der Reaktion" veröffentlichen.

Dies läßt sich nur schwer mit den Äußerungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Horst Ehmke, und des früheren Arbeitsministers Herbert Ehrenberg auf eine Linie bringen, die am Wochenende in Interviews einige Anregungen des Albrecht-Papiers als dialog*fähig oder zumindest* als einen Beitrag bezeichnet haben, durch den das Problem-Bewußtsein geschärft würde.

Um es deutlich zu sagen: dies ist kein Signal für eine Verschwägerung. Ehrenberg spricht sogar von einem, wie er meint, fehlgeleiteten Vorstoß. Aber die SPD greift ein Problem wieder auf, das auch für den Abbau der Arbeitslosigkeit ganz vorne rangiert. Es geht um die Frage, woran sich die Beiträge zum sozialen Sicherungssystem in Zukunft orientieren sollen, ob es noch zeitgemäß ist, als Bezugsgröße auf die Beschäftigten und ihren Verdienst abzustellen, oder ob außer den lohnbezogenen Beiträgen auch andere Quellen für die Finanzierung herangezogen werden müssen. Ein Thema im übrigen, das Kurt Biedenkopf schon vor Jahren aufgegriffen hatte. Er hatte für eine Lockerung der Beziehungen zwischen dem Arbeits- und dem Sozialvertrag plädiert. Albrecht hat in seinen zehn Thesen ausdrücklich *darauf hingewiesen,* daß der *Faktor* Arbeit zwar zu teuer geworden sei, was jedoch nicht an der Höhe der *Löhne liege, sondern an den Lohnne*benkosten. Und hier setzen seine Reformüberlegungen ein, ähnlich dem, was Ehmke jetzt betont hat.

Allerdings: Wenn Zwei nach einem Ausweg aus einem Dilemma suchen, so müssen sie nicht zwangsläufig in die gleiche Richtung marschieren. Wenn die SPD wieder nur auf eine bloße Umverteilung setzt, also darauf, daß künftig statt der beschäftigungsintensiven die kapitalintensiven Betriebe stärker belastet werden sollen, so macht dieses keinen Sinn. Jedenfalls läßt sich so die notwendige Dynamik in der Industrie nicht zurückgewinnen. Die Finanzierung über eine kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer ist nun wahrlich auch nicht das Ei des Kolumbus. Durch weitere Steuererhöhungen kann die Wirtschaft nicht auf einen Wachstumspfad zurückgeführt werden.

Das Problem ist von allen erkannt, und man sollte über alle Vorschläge reden, und zwar bald. Nach dem sonntäglichen Urnengang dürfte dies – hoffentlich – auch leichter sein.

Weitere SPD-Verbände sagen nein

Beschlüsse gegen Nachrüstung / Vogel warnt: Wir dürfen nicht politikunfähig werden

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Der wachsende Widerstand sozialdemokratischer Parteigliederungen gegen die mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen signalisiert, daß sich Landes- und Bezirksverbände kaum noch durch die Offenhalte-Parole der SPD-Spitze beeinflussen lassen. Nach den Parteitagen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin am vergangenen Wochenende wurde denn auch von Politikern der Koalitionsparteien *CDU/CSU* und *FDP* die Frage nach der Führungsfähigkeit der Bundes-SPD aufgeworfen.

Der neue Oppositionsführer in Bonn, Hans Jochen Vogel, hatte sich bemüht, darauf hinzuwirken, daß sich seine Berliner Genossen auf ein bedingtes Nein zur Stationierung beschränkten. Zunächst hatte er Erfolg: *Mit knapper Mehrheit votierten* die Delegierten gegen eine Ablehnung der Nachrüstung ohne Wenn und Aber. Dann machten die Befürworter eines kategorischen Neins einen neuen Anlauf – und sie setzten sich durch. Parallel dazu wurde eine Erklärung verabschiedet, in der an die in Genf verhandelnden Großmächte die Forderung gerichtet wird, „in letzter Minute noch zu einer Einigung zu kommen".

Vogel hatte, offensichtlich das negative Urteil auf das Nein ohne Wenn und Aber der baden-wüttembergischen SPD noch im Ohr, die Berliner SPD beschworen, „politikfähig" zu bleiben. Die SPD dürfe nicht sagen: „Egal, was in Genf herauskommt – wir sehen uns das überhaupt nicht an, wir bewerten das überhaupt nicht, wir nehmen das überhaupt nicht zur Kenntnis." Und: „Schließt die Möglichkeit nicht aus, daß es in Genf noch zu einer Verständigung kommt."

SEITE 2:
Der Bruch des Kanzler-Wortes
SEITE 5:
Gegen Nachrüstung

Die Delegierten der schleswig-holsteinischen SPD gingen von vornherein weiter. Einstimmig wurde ein Antrag des Landesvorstandes gebilligt, in dem die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles abgelehnt wird. Darüber hinaus wurden einseitige Abrüstungsschritte verlangt. Ein atomwaffenfreies Europa wurde als Zielvorstellung markiert.

In Hamburg war es der Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der seinen Genossen dringend empfahl, mit einer definitiven Entscheidung bis zum Bundesparteitag im November zu warten. Mit der äußerst knappen Mehrheit von 154 zu 150 Stimmen setzten sich aber die Befürworter einer Festlegung durch.

Auch in der rheinland-pfälzischen SPD zeichnet sich eine solche Tendenz ab.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt appellierte unterdessen an seine Partei, in der Raketenfrage fest zu bleiben. „Ich war einer derjenigen, die vor vier Jahren den Beschluß der NATO-Gemeinschaft (den Doppelbeschluß) herbeiführten", sagte *Schmidt in einem Interview der amerikanischen* Zeitung „USA today". Schmidt: „Ich habe keinen Grund, meine Einstellung zu ändern."

CDU-Generalsekretär Geißler meinte, wer aus Beschlüssen aussteige, die der SPD-Kanzler Schmidt durchgesetzt habe, „zerstört im Ansatz die gesamte westliche Allianz". Bundesaußenminister Genscher (FDP) kommentierte, die Sozialdemokraten seien auf dem Weg zu einer reinen Protestbewegung.

Marcos droht Demonstranten mit Waffengewalt

AP, *Manila*

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat gestern „Kommunisten" und „*Radikale" für die Unruhen* der vergangenen Woche verantwortlich gemacht und ein hartes Vorgehen gegen die Opposition angekündigt. In einer Fernsehansprache drohte Marcos, die Sicherheitskräfte würden Gewalt mit Gewalt beantworten und dabei auch Schußwaffen einsetzen. Gegen führende Oppositionelle, auch gegen mit der Opposition verbundene Unternehmer, wolle er mit Verhaftungen und gerichtlichen Maßnahmen vorgehen. Katholischen Priestern und Nonnen warf der Präsident vor, den Schulkindern „Haß gegen Marcos und gegen die Regierung" einzuimpfen.

Jaime Kardinal Sin, Primas der katholischen Kirche der Philippinen, appellierte an Marcos, durch Zustimmung zu freien Wahlen sowie durch Zulassung einer freien Presse und unabhängiger Gerichte eine „blutige Revolution" zu verhindern. Sin regte die Einsetzung eines Beratergremiums aus Vertretern der Kirche, der Regierung und der Opposition an.

Seite 3: Trauer und Protest

SPD-Politiker greifen Albrecht-Thesen auf

Ehmke und Ehrenberg differenzieren / Versicherer: Im Durchschnitt mit 58 in Rente

DW. **Bonn**

Zum ersten Male haben sich, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, sozialdemokratische Politiker positiv über Teile des wirtschaftspolitischen Papiers von Ministerpräsident Albrecht (CDU) geäußert. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, sprach im Norddeutschen Rundfunk von diskussionswürdigen Ansätzen. Der Vorschlag Albrechts, außer den *lohnbezogenen* Beiträgen auch andere Quellen für die Finanzierung der Sozialversicherung heranzuziehen, sei dialogfähig. Es sei falsch, in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit „die Beschäftigung und die beschäftigungsintensive gewerbliche Wirtschaft zu bestrafen".

Ehmke argumentierte, zur Zeit der Einführung des Sozialversicherungssystems in Deutschland vor mehr als 100 Jahren seien die arbeitsintensiven Unternehmen die wirtschaftlichen Starken gewesen. Heute hingegen seien dies die kapitalintensiven Betriebe. Die überproportionale Belastung von Unternehmen, die hohe Lohn- und damit auch hohe Kosten für die Sozialversicherung ihrer Mitarbeiter verkraften müßten, bei der Finanzierung des sozialen Netzes werde daher auch zu einer Existenzfrage für den Mittelstand. Die Sozialdemokraten könnten allerdings dem Vorschlag nicht zustimmen, die Mehrwertsteuer drastisch zu erhöhen, um Finanzierungslücken bei der Sozialversicherng zu decken.

Differenziert äußerte sich auch der *frühere Arbeitsminister Herbert* Ehrenberg (SPD) über die Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Nach seiner Auffassung, so Ehrenberg, müsse die Finanzierung der Sozialversicherung auch in Zukunft über „echte Abgaben" erfolgen. Die Arbeitgeberbeiträge sollten dabei jedoch an der Ertragsfähigkeit, nicht an der Zahl der Beschäftigten bemessen werden. Ungeachtet der für Sozialdemokraten nicht akzeptablen Vorschläge habe Albrecht möglicherweise einen Beitrag dazu geleistet, „das Bewußtsein für das Problem zu schärfen", erklärte Ehrenberg ebenfalls im NDR.

In Bonn wurde mit Interesse registriert, daß maßgebliche SPD-Politiker jetzt zu einer differenzierteren Betrachtung der Albrecht-Vorschläge finden. Vor allem im hessischen Landtagswahlkampf war das auch innerhalb der Union umstrittene Albrecht-Papier von sozialdemokratischen Politikern als Beleg für den Vorwurf herangezogen worden, von der CDU/CSU werde eine soziale Demontage betrieben. Die Ausarbeitungen des niedersächsischen Regierungschefs wurden dabei auch mit dem „Lambsdorff-Papier" aus dem Spätsommer 1982 verglichen.

DW. **Baden-Baden**

Da zahlreiche Arbeitnehmer wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden, tritt der „statistische Durchschnitts-Arbeitnehmer" in der Bundesrepublik Deutschland schon mit etwa 58 Jahren in den Ruhestand. Auf diese Tatsache hat der Geschäftsführer des Verbandes der Rentenversicherungsträger, Rudolf Kolb, im Südwestfunk hingewiesen. Würde man die allgemeine Altersgrenze auf 58 Jahre herabsetzen, wie das in jüngster Zeit gefordert wird, dann würde das durchschnittliche „Renten-Zugangsalter" vermutlich auf 55 bis 56 Jahre sinken. Kolb: „In den Kassen der Rentenversicherung sind keinerlei Mittel, um eine solche Absenkung der Altersgrenze zu finanzieren."

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Im Visier: Zimmermann

Von Werner Kahl

Unter den Kommandeuren des Bundesgrenzschutzes (BGS) herrscht Unzufriedenheit. Die Zersplitterung des Grenzschutzes in einzeldienstliche Aufgaben, unterbesetzte Einheiten und ein bürokratisiertes Personalstrukturgesetz, das 1976 den BGS an die Polizei der Länder anglich, hemmen die Fähigkeit zu verbandsmäßigem polizeilichem Einsatz. Da erscheint es zweckmäßig und nützlich, daß Kommandeure, zumal nach einem Regierungswechsel, Erfahrungen und Vorschläge dem Bundesinnenministerium unterbreiten, die sich auch an dem politischen Ziel nach mehr Truppencharakter des BGS orientieren.

Einer, der sich über seine 25 Jahre Dienst im Grenzschutz Gedanken machte, sieht nun die Batterien einer Protestoffensive auf sich gerichtet: Der Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, Ulrich Wegener, sieht in der bisher praktizierten extensiven Auslegung der Personalvertretung einen Nachteil zu Lasten der sicherheitspolitischen Aufgaben. Auf einen Kommandeur warten heutzutage nicht nur zermürbende Auseinandersetzungen, ob er einen hervorragenden Mann vorzeitig befördern und einen Versager ohne dessen Einverständnis versetzen darf; die Tendenz läßt fast erwarten, daß – wie heute schon bei den Grünen – in nicht allzuferner Zeit vor Einsätzen so lange diskutiert wird, bis Konsensfähigkeit festgestellt wird.

Es ist unvermeidlich, daß es in der Praxis des Mitbestimmungsrechtes im öffentlichen Dienst zu Spannungen und kontroversen Debatten kommt. Die Bundesregierung hat denn auch *sofort* erklärt, es sei *nicht* daran gedacht, die Rechte der Personalräte einzuschränken. Der Angriff, der gegen den erfolgreichen und populären ehemaligen Chef der Anti-Terror-Einheit GSG 9 im Bundesgrenzschutz, Ulrich Wegener, geführt wird, entspringt daher auch nicht in erster Linie der verständlichen Sorge von Personalvertretern, ihre Rechte könnten par ordre de Mufti beschnitten werden.

Den Kritikern der Erfahrungsberichte über die Mitbestimmung geht es anscheinend auch nicht so sehr darum, daß der Kommandeur Wegener und (noch) nicht Parkinson heißt. Über dem Streitfeld liegt vielmehr der Pulverdampf einer parteipolitischen Kanonade. Geschossen wird auf den Helden von Mogadischu, das Ziel ist jedoch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Schulterschluß

Von Manfred Neuber

Das gegenwärtige amerikanisch-japanische Seemanöver, das größte seit fünf Jahren, findet in eben den Gewässern statt, die im Konfliktfall von der sowjetischen Pazifik-Flotte beim Auslaufen aus Wladiwostok durchquert werden müssen.

Auch für den Anrainer Südkorea ist die westliche Präsenz bedeutsam. Das Land strebt zur Abwehr der sowjetischen Bedrohung eine engere militärische Zusammenarbeit im Fernen Osten an – eine strategische Konsequenz aus dem Abschuß des Jumbos. Seoul geht mit Washington in der Lagebeurteilung einig. Nach einer gewissen Entfremdung während der Carter-Ära soll der Reagan-Besuch im November den *neuerlichen Schulterschluß bekräftigen.*

Zur ehemaligen Kolonialmacht Japan haben die Koreaner noch ein durch alte Ressentiments gestörtes Verhältnis. Um so mehr ließ es aufhorchen, als ihr Verteidigungsminister jetzt für eine militärische Kooperation mit Tokio plädierte. Allzu eilfertig wird Japan darauf nicht eingehen, aber das Eis ist gebrochen. Südkoreas Diplomatie nutzt unterdessen die internationale Sympathiewelle für Seoul.

Seoul und Moskau unterhalten keine diplomatischen Beziehungen. Seit Mitte der siebziger Jahre leitete Südkorea jedoch eine „Politik der offenen Tür" gegenüber kommunistischen Staaten ein. Kurz vor dem Abschuß weilten erstmals sowjetische Abgesandte in Seoul, und Südkoreaner wollten an einer UNO-Tagung in der Sowjetunion teilnehmen.

Jetzt hat der Kreml *die Tür mit* brutaler Gewalt zugeschlagen. Es sollte nicht wundernehmen, wenn unter dem Eindruck der Jumbo-Tragödie die Annäherung zwischen Südkorea und der Volksrepublik China schneller vorankommt.

Atemlose Schnecke

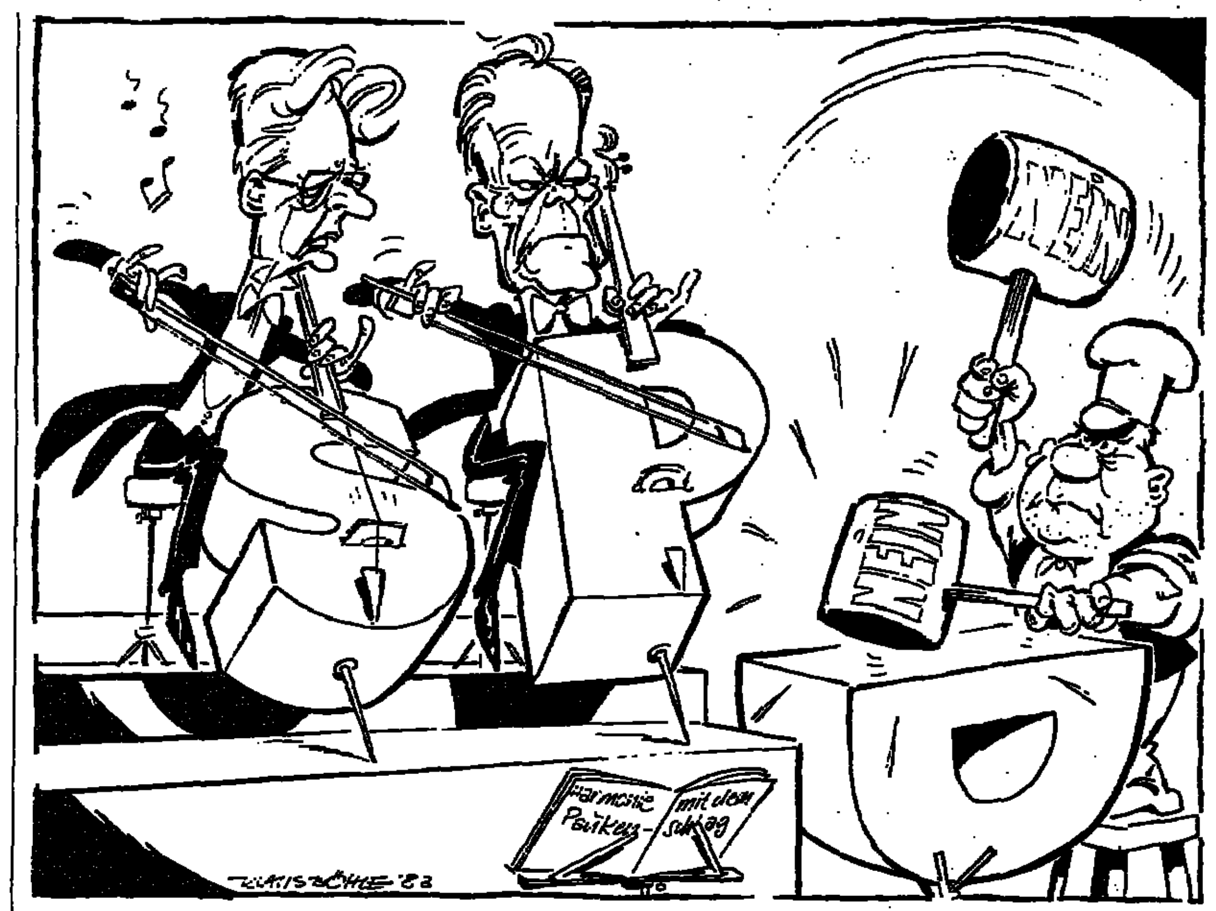
Von Heinz Barth

Wo die Politik nicht klopffest ist, behilft sie sich gern mit Symbolismen. Wenn Politiker – und neuerdings auch Gewerkschaftsführer – nicht mehr wissen, wo es lang gehen soll, drapieren sie sich häufig mit dem spätexpressionistischen Umhang der gemeinverständlichen Symbole, die optisch so einfach darzustellen sind. Sie tragen die Symbole wie harmlose Etiketten an ihrem zerschlissenen Nervenkostüm. Und gleiten damit ganz unauffällig hinüber ins Niemandsland zwischen Wirklichkeit und Märchenreich: „Ach, wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß.'"

Es ist ein Märchenreich, das sich bis zum letzten Quadratkilometer dieser Tele-Republik erstreckt. Nichts haftet besser auf dem Glas der Bildschirme als die Vordergründigkeit, die sich den Anschein tieferer Bedeutung gibt. Kein Polit-Schmock kann sich selbst erfüllen, der sich nicht zu symbolisieren weiß. Da werden Militärbasen symbolisch besetzt. Da werden Fahnen symbolisch verbrannt. Da wird für den Frieden gestorben – symbolisch natürlich. Man nennt es „die in", was der folgerichtige Komparativ von „sit in" ist.

Folgerichtig, weil niemand mehr so recht hinschaut, wenn Symboliker ihre Rückseiten auf dem Asphalt des Altweiber*sommers wärmen. Denn auch Symbole wetzen sich ab wie* Blue Jeans. Eine Erkenntnis, die noch nicht bei einigen Gewerkschaftsbossen angekommen ist. Sie möchten unseren „hard hats", die nicht nur Schaumgummi unter dem Helm haben, einen Stechuhr-Symbolismus verpassen. Genau fünf Minuten vor zwölf sollen sie fünf Minuten für den Frieden und gegen die Raketen streiken. Das schmeißt keinen Betrieb um. Das bleibt so schön an der Oberfläche. Das täuscht so schön hehren Idealismus vor. Aber es kratzt auch so schön – klammheimlich darf man wohl sagen – am Grundsatz, der bisher in diesem Land politische Streiks ausschloß.

Es ist schon erstaunlich, wieviel Löcher unser Nervenkostüm hat. Die unfreiwillige Komik wird manchen nicht bewußt, wie stillos es ist, zu harten Hüten einen löcherigen Mantel zu tragen. *Je näher der entscheidende Tag in Genf* rückt, um so heftiger vibrieren unsere geborenen Verlierer. Manchmal erinnern sie an eine atemlose Schnecke; hart an der Schale des politischen Gerangels, aber überaus empfindlich an den Fühlern, die sie schon lange vor der ersten Berührung einziehen.



„Bleib im Takt, Genosse . . .!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Bruch des Kanzler-Wortes

Von Herbert Kremp

Die Aufforderung des Oppositionsführers Doktor Vogel an die Adresse der Seinen, die SPD müsse „politikfähig" bleiben, enthält ein Eingeständnis und eine inständige Bitte. Die tolle Wortkombination sondiert das Zentralnervensystem der politischen Partei. Es geht um nicht mehr und *nicht weniger als die Fähigkeit „zu* sein", um Existenz im konkreten Bezugsfeld nationaler und internationaler Politik. Die sechs Landesverbände, die sich nun vom NATO-Doppelbeschluß der eigenen Parteitage und der eigenen früheren Bundesregierung getrennt haben, verändern die Statik der Sozialdemokratie auf dramatische Weise: Die SPD kippt um.

Die polit-ökologische Katastrophe vollzieht sich offenbar in unaufhaltsamen Schüben. Nach Baden-Württemberg, Bremen und dem Saarland formulierten nun Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin ihr Nein zum Nachrüstungsteil des zitierten Beschlusses, ohne den es einen aussichtsreichen Verhandlungsteil nicht geben kann. Die Opposition ist nicht mehr berechenbar. Als *Faktor* wechselt sie von der westlichen in die sowjetische Rechnung über. Vogels inständige Bitte, man möge doch abwarten, was in Genf am Ende herauskomme, wurde mit einem einseitigen Votum gegen die Bündnisräson beantwortet. So handelt gemeinhin eine Protest-Partei, die ihren Willen aus Träumen speist. Die Folgen sind unabsehbar.

Der Ausmarsch aus dem Konsensus hat sich lange angekündigt. Der Parteivorsitzende Brandt gibt heute offen zu (was man wußte), daß er den Doppelbeschluß nur aus Gründen der Loyalität gegenüber dem Kanzler seiner Partei vertreten habe. Dabei wirkte er *aber derart gequält, und er sprach* dabei stets so sibyllinisch, daß die Gegner der Nachrüstung um jeden Preis mit einem Blick und einem Ohr herausfinden konnten, wo Brandt wirklich stand und was er wirklich wollte. Auf diese Weise trug der Vorsitzende zum politischen Ende seines Kanzlers bei. Schmidt fiel nicht durch Hagen Tronjes Verrat, sondern infolge der Entschlossenheit des eigenen Parteigefolges, sein Bündniswort zu brechen. Sind die Deutschen, so wird nun mancher verallgemeinernd fragen, überhaupt noch bündnisfähig?

Der Bruch des Kanzler-Wortes wirkt sich auf die Genfer Verhandlungen negativ aus. Ein Erfolg schien dort nicht ausgeschlossen, solange CDU und CSU als Opposition die Regierung Schmidt in der Bündnispolitik unterstützten. Die Umsicht der Union in der wohl wichtigsten Frage der westlichen Nachkriegs-Strategie band die SPD ein. Brandt durfte und konnte *nicht mehr als mißgelaunt sein.* Den sowjetischen Kalkulatoren boten sich nur die Grünen, die Friedensbewegung und *einige* sozialdemokratische Präsidiumsmitglieder als Verbündete an. Das war nicht allzuviel. Jetzt gesellt sich die ganze SPD – von einigen Standhaften abgesehen – der Anti-Bewegung bei. Damit ändert sich die deutsche Rechnung. Die Sowjets sehen eine Chance, der Waffen-Hegemon Europas zu bleiben und durch eine neue deutsche Spaltung, nämlich die der Bundesrepublik, Westeuropa von den USA zu trennen. Je näher dieses Ziel, desto härter die Haltung in Genf.

Die SPD ist groß und bedeutend genug, um dem Westen wirkungsvoll in den Rücken fallen zu können. Und da sie in einer Frage von *nationalem* Rang der Bundesregierung den Konsensus aufkündigt, bringt sie auch den neuen Bundes*kanzler in große Schwierigkeiten.* Die Ankündigung plebiszitären Widerstandes findet sich unter dem semantischen Betrugswort von der „Gewaltfreiheit" in jedem Regionalbeschluß der SPD. Der Aufruf, außerhalb der Legalität zu handeln, um die gewählte Regierung in die Knie zu zwingen, ermutigt Radikale und Extremisten. Gerade „Politunfähige" können es fertigbringen, einen Staat regierungsunfähig zu machen oder ihn jedenfalls dem Ruch der Bündnisunfähigkeit auszusetzen. Der Schaden wäre kaum einzugrenzen.

Die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa wird von zwei Seiten angefochten: von einer massiven Desinformations- und Drohkampagne der Sowjets und vom Willen politischer Gruppierungen im Westen *selbst, ihre fundamentale Fehleinschätzung* der sowjetischen Machtnatur zur Maxime des nationalen Handelns zu erheben. Das beengt den Spielraum des Westens in Genf. Die jüngsten Konzessionen, die nach allen Berichten aufgrund des deutschen Drängens zustande kamen, gehen nach den Maßstäben militärpolitischer Räson schon viel zu weit und tragen den Stempel einer entlastenden innenpolitischen Kompromiß-Suche.

Das gilt für die europa-regionale Aufrechnung der Potentiale, die, im Widerspruch zum Punkt 6 der Williamsburger Gipfelerklärung, die 108 in Asien stationierten Sowjetsysteme festschreibt, aber nicht absenkt. Das gilt für die Einbeziehung von atomtragenden Flugzeugen in den Proporz. Das *gilt für die Verminderung der* westlichen Nachrüstung in der neuen Berechnung, wobei vor allem eine Reduktion der Pershing 2 die Frage der militärischen Effizienz aufwirft.

Diese sehr weitgehenden westlichen Konzessionen, über die sich Präsident Reagan in dieser Woche äußern wird, scheinen die sozialdemokratische Opposition aber überhaupt nicht zu interessieren. Bei den Parteitagen des Wochenendes spielten die fachlichen Seiten der Abrüstungs-Thematik keine Rolle. Man verharrte sozusagen in der abstrakten Emotion, beim einfachen „Wir wollen das Zeug nicht haben".

Hans-Jochen Vogel, der in einer Art tänzerischer Sprache das Allerschlimmste zu verhindern versuchte, forderte die Einrechnung der französischen und britischen Systeme in den schon von der Schwindsucht befallenen westlichen Proporzanteil, wohl wissend, daß es dann ein Gegengewicht zur sowjetischen Raketenbewaffnung in Europa nicht mehr geben könnte. Unter diesen Umständen wäre das Todesurteil über die NATO gesprochen, was den Wünschen eines Teils der destabilisierten SPD durchaus entgegenkäme.



Appell an die politische Raison: SPD-Fraktionsführer Vogel FOTO: AP

IM GESPRÄCH Dan Shomron

Karriere eines Optimisten

Von Rafael Seligmann

Unmittelbar nachdem internationale Terroristen im Juni 1976 einen „Air-France"-Airbus mit 253 Passagieren in ihre Gewalt gebracht hatten, um im Austausch für die Geiseln die Freilassung von 53 Gesinnungsgenossen aus israelischen und westeuropäischen Gefängnissen zu verlangen, stand die Antwort Jerusalems fest: kein Nachgeben. Denn ein Zurückweichen Jerusalems hätte einen Präzedenzfall geschaffen. Fortan wäre es PLO-Terroristen möglich gewesen, an einem beliebigen Ort auf der Welt Juden in ihre Gewalt zu bringen, um Israel ihren jeweiligen Forderungen gefügig zu machen.

Die Frage für Israels Kabinett war also, wie befreit man die Geiseln, die von arabischen und deutschen Terroristen sowie von ugandischen Soldaten auf dem Flughafen von Entebbe bewacht wurden. Vor allem, wer sollte dieses gewagte Unternehmen leiten.

Israels damaliger Premier, Itzhak Rabin, hatte ein eigenes Auswahlkriterium. Er versammelte die Spitzenmilitärs in seinem Büro und fragte jeden einzelnen nach der Erfolgs*chance für ein Befreiungsunternehmen* im fast 4000 Kilometer entfernten Entebbe. Lediglich einer war vom Erfolg restlos überzeugt. „Wenn wir es richtig anpacken, haben wir eine Erfolgschance von 100 Prozent", meinte ein sommersprossiger Brigadegeneral, damals 39, mit den nach oben gezogenen Mundwinkeln des unverbesserlichen Optimisten: Dan Shomron, seinerzeit Befehlshaber der Fallschirmjäger. Für Rabin stand damit der Kommandeur der „Operation Entebbe" fest.

Das perfekt ausgeführte Kommando-Unternehmen wurde seither zum Vorbild für zahlreiche ähnliche Aktionen. Für Israel bedeutete sie jedoch mehr – nach dem Yom-Kippur-*Krieg, in dem die israelische Armee* nur einen mühsamen, mit vielen Opfern erkauften Sieg erringen konnte, wurde das „Unternehmen Entebbe" ein Triumph, der dem nationalen Selbstwertgefühl guttat. Dan Shomron wurde zum Helden der Nation.



Oberbefehlshaber der israelischen Streitkräfte: Dan Shomron FOTO: CAMERA PRESS

Dan Shomron wurde im Kibbuz Ashdoth-Yaakov geboren. Mit 18 Jahren ging er zur Armee, wurde sofort Berufsoffizier bei den Fallschirmjägern. Im Sechs-Tage-Krieg 1967 war er bereits Kommandeur einer Einheit, die als erste zum Suez-Kanal vordrang. Sechs Jahre später, im Yom-Kippur-Krieg, half Oberst Shomron als *Kommandeur* einer Panzerbrigade, General Sharon bei der Einkreisung der Dritten (ägyptischen) Armee in Afrika.

Seither sind die beiden Männer befreundet, obgleich sie politisch weit auseinanderliegen. So protegierte Sharon den jungen „linken" General als Nachfolger des Generalstabschefs Rafael Eitan. Der neue Verteidigungsminister Arens entschied sich jedoch für den eher farblosen Mosbe Levy. Dieser wünsche, daß der populäre Konkurrent Shomron aus der Armee entfernt werden sollte. Auf das militärische Talent Shomrons *wollten jedoch* weder Arens noch der Generalstab verzichten. Shamron wurde nun zum Oberbefehlshaber aller Landstreitkräfte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Das Blatt merkt zu Hans-Jochen Vogels Vorstellungen von einem Fortgang in Genf skeptisch an:

Es war eine verwirrende Vorstellung mit so mancher Unklarheit, die Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in Bonn zum Thema Genfer Abrüstungsverhandlungen gab. Die Frage, ob die *britischen und französischen* Nuklearraketen nun eigentlich zum Mittelstrecken- oder zum strategischen Bereich zählen, blieb dabei offen. Der Eindruck, daß diese Systeme nach SPD-Meinung eventuell zweimal gezählt werden sollen, konnte erst nach der Pressekonferenz beseitigt werden. Warum Helmut Schmidt eigentlich den NATO-Doppelbeschluß herbeiführte, wenn alles so werden soll, wie es 1978 war, blieb völlig unzureichend beantwortet. Vogels großer Fehler aber besteht darin, rein militärtechnisch zu argumentieren. Würden der Sowjetunion 54 SS-*20-Raketen belassen,* die Vereinigten Staaten aber nicht nachrüsten dürfen, dann hieße das, daß die USA ihre Unterlegenheit in diesem Waffenbereich schriftlich festschreiben ließen. Das ist von einer Weltmacht politisch wohl doch zuviel verlangt.

KURIER

Die in Wien herausgegebene Zeitung schreibt über das amerikanische Unbehagen an der UNO:

Daß die UNO in großen Teilen der *US-Bevölkerung ein ungeliebtes* Kind ist, gilt nicht erst seit heute. Mehr als andere haben die Amerikaner die Kluft zwischen großem Anspruch und karger Wirklichkeit der Weltorganisation beklagt. Aber es war das Verdienst aller US-Regierungen bisher, diese Enttäuschung nicht zur offiziellen Politik werden zu lassen. Denn: Wer eine gerechtere und gewaltfreie Welt erträumt, in der die Menschenrechte über alle Systemgrenzen hinweg Geltung haben sollen, der muß gerade eine schwache UNO, stärken. Und nebenbei: Jede US-Regierung wußte im stillen auch, welch vielfältig stiller Trumpf das UNO-Hauptquartier auf amerikanischem Boden war. Das scheint nun, zumindest für den Augenblick, vorbei *zu sein. Erstmals* fand jenes „UNO raus" mancher Hitzköpfe auch bei Regierung und Kongreß der USA *keinen eindeutigen* Widerspruch. Erstmals kocht selbst der Präsident lächelnd auf diesem Feuerchen der Emotionen. Um erstmals den verdutzten UNO-Mitgliedstaaten gleich eine dramatische Kürzung des amerikanischen UNO-Budgets nachzuschicken.

Le Monde

Das Pariser Blatt befaßt sich mit dem französischen Engagement in Libanon:

Gewiß, *eine Konfrontation* zwischen den mit einem beeindruckenden Arsenal ausgestatteten westlichen Großmächten und einer mittleren Macht kann als ungleicher Kampf erscheinen. Aber die Spitzentechnologie, die den Israelis vor noch nicht allzu langer Zeit ermöglichte, syrische Raketenabschußrampen und Flugzeuge zu Dutzenden zu zerstören, sollte nicht täuschen. Der amerikanische Riese ist verwundbar. Er kann sich nur wenige Verluste an *Menschen erlauben, bevor er von der* empörten öffentlichen Meinung gezwungen wird, sich aus dem Kampf herauszuziehen. In geringerem Maße gilt das auch für Frankreich. Präsident Assad, der von einer internen Anfechtung nichts zu fürchten hat und reichlichen Waffennachschub von Moskau erhält, hat da viel größere Bewegungsfreiheit.

Bischof Hild und die These von der begrenzten Schwangerschaft

Was dem Kirchenpräsidenten von Hessen-Nassau zum Thema Nachrüstung nicht eingefallen ist / Von Enno v. Loewenstern

Helmut Hild, Kirchenpräsident von Hessen-Nassau und stellvertretender Vorsitzender der EKD, hat eine interessante Überlegung in die Raketendebatte geworfen. Der Westen, sagte er, müsse davon ablassen, starr und schematisch am Denken im Gleichgewicht festzuhalten. Es könne notwendig sein, *begrenzte Risiken* vorübergehend in Kauf zu nehmen.

Dies drängt verschiedene Fragen auf. Erstens: Seit wann denkt der Westen „starr und schematisch im Gleichgewicht"? Gerade der Nachrüstungsbeschluß zeigt, daß zwar der Wunsch nach Gleichgewicht statt eines Übergewichts der UdSSR im Westen vorherrscht. Aber starr und schematisch ist er gewiß nicht.

Die NATO hat beschlossen, notfalls 108 Raketen und 464 Marschflugkörper mit insgesamt 572 Sprengköpfen aufzustellen. Die UdSSR hat jedoch schon mindestens 361 Mittelstreckenraketen mit 1083 lenkbaren Sprengköpfen aufgestellt. Überdies rüstet die UdSSR verbissen weiter. Dennoch ist im Westen nicht der Gedanke aufgetaucht, die Zahl der eigenen Sprengköpfe zu erhöhen, um sie dem sowjetischen Potential anzugleichen. Was also heißt hier starr und schematisch?

Zum zweiten: warum „muß" justament der Westen ablassen? Warum soll den Massenmördern von Afghanistan, den Unterdrückern Polens, den Bedrohern des Weltfriedens ein Zugeständnis gemacht werden – etwa weil sie die Friedlichen sind, denen der Westen den Beweis des guten Willens schuldet?

Drittens: Was ist eine vorübergehende *Inkaufnahme? Hild hat der* Öffentlichkeit nicht verraten, wie lange das Risiko dauern soll. Die NATO hat allerdings ein vorübergehendes Risiko in Kauf genommen. Sie hat keine Mittelstreckenwaffen entwickelt, als die Sowjets damit begannen. Sie hat nicht gleichgezogen, als die sowjetische SS-20-Aufstellung 1977 anlief. Sie hat zwei Jahre das Risiko getragen, ehe sie überhaupt den Beschluß im Dezember 1979 faßte, ihrerseits nachzurüsten. Sie hat den Zeitpunkt für diese Nachrüstung auf den Herbst 1983 gelegt.

Die NATO hat beschlossen, zwischenzeitlich zu verhandeln, ob man nicht die Zahl der beiderseits bedrohenden Waffen reduzieren oder gar ganz auf sie verzichten könne. Die Sowjetunion hat jedes Einlenken abgelehnt. Sie hat zwar einmal einseitig verkündet, jetzt werde sie keine Raketen mehr aufstellen, aber dann hat sie die Aufstellung dennoch in unvermindertem Tempo fortgesetzt. Wann soll das Risiko an uns vorübergehen, wann wird die EKD erklären, daß es nun genug der Gefahr sein und wir nachrüsten sollten? Ein genauer Termin wäre wichtig.

Die vierte Frage schließlich lautet, was ein begrenztes Risiko ist. Unwillkürlich wird man an die bekannte Redensart erinnert, daß es keine begrenzte Schwangerschaft gibt. Worin soll das Risiko bestehen und wie weit darf es begrenzt werden – soll es darin bestehen, daß der UdSSR eine bestimmte Zeit lang eine Chance für einen Überfall auf die Bundesrepublik geboten wird, eine Chance, die zwar nicht völlig risikolos ist, aber doch erheblich größere Aussichten bietet als bisher? So daß ein etwas resoluterer Kreml-Herr animiert würde, zu sagen: Unter diesen Umständen sollten wir es probieren, denn wenn die dann noch nachrüsten, wird es wieder gänzlich aussichtslos, also jetzt oder nie – ?

Oder ist es so gedacht, daß das begrenzte Risiko nur mit einer begrenzten Zahl von Toten, einem begrenzten Gebiet der Verwüstung kalkuliert? Wenn ja, so wüßte man gern, wer zur Opferung vorgesehen ist.

Das Eigentümliche aller solchen makabren Appelle wider das Gleichgewichtsdenken ist, daß sie viel mit Moral – „neuer" Moral freilich, aber das Neue ist ja modern – *und wenig* mit Einzelheiten operieren. Ein wenig mehr Ehrlichkeit wäre erwünscht. Wenn die Kirche *uns sagen will, daß wir gefälligst* auf die Verteidigung der Freiheit verzichten und in die Unterwer*fung abmarschieren sollen,* dann sollte sie uns das offen sagen. Wenn sie Angst hat, ihre wahre Meinung zu äußern, weil das die verbliebenen Angehörigen der Herde endlich alarmieren würde, dann *sollte sie schweigen, so* groß die Versuchung zum Mitreden um jeden Preis für sie auch sein mag. Aber *sie sollte uns nicht* auffordern, den Krieg zu risikieren. So ganz sollte sie weder den letzten Krieg *noch die* Gewaltherrschaft damals noch ihre eigene Rolle unter jener Herrschaft vergessen haben.

Orang Aljeh, der Gott der Vulkane, zeigte sich gnädig

140 Vulkanologen aus aller Welt trafen sich zum Kongreß in Jakarta. Doch auch hundert Jahre nach dem Ausbruch des Krakatau tappen die Wissenschaftler weitgehend im dunkeln. Nur eins ist für sie sicher: Die nächste Katastrophe kommt bestimmt. Die Insulaner setzen nicht auf Wissenschaft, sondern auf ihre alten Götter.

Von KNUT TESKE

Indonesien – Land der 1000 Vulkane, von denen 128 noch als aktiv gelten und über kurz oder lang wieder ausbrechen können. Im vergangenen Jahr tat das der Galunggung, tötete mindestens 20 Menschen, holte um ein Haar aus 10 000 Meter Höhe zwei Passagiermaschinen vom Himmel und bedrohte monatelang 200 000 Anlieger. Zur Zeit explodiert nördlich von Celebes der Colo und vernichtet die Insel Unauna. 6000 Menschen wurden evakuiert. Als die Manifestation des indonesischen Übels gilt aber *schlechterdings* die Eruption des Krakatau vor 100 Jahren am 27. August 1883.

„Wir leben auf einem Pulverfaß der Natur. Wann *und* wo es *wieder* hochgeht, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß es eines Tages wieder der Fall sein wird. Und wir können nur hoffen, daß uns die Berge verschonen, die inmitten besiedelten Gebietes liegen, sonst wehe uns." Worte von J. A. Katili auf dem Vulkanologen-Symposion in Jakarta zum 100jährigen Gedenken des Ausbruchs, die betroffen machten. Mit einem verschwörerisch-ironischen Zusatz versuchte der Professor, einer der profiliertesten Kenner der asiatischen Vulkane, der düsteren Prognose zwar die Spitze zu nehmen, indem er vorschlug, der Presse davon einfach nichts mitzuteilen, erreichte damit jedoch eher das Gegenteil.

Hatte nicht schon der Anlaß dieses Treffen, zu dem sich 140 Wissenschaftler aus vier Kontinenten einfanden, die Prophezeiung Katilis voll und ganz bestätigt? Sind die 36 830 Opfer des Krakatau-Ausbruchs in der kleinen Sunda-Straße nicht Beweis genug?

Dieses Ereignis, das selbst in die nüchterne Sprache der Wissenschaftler, ehrfurchtsvoll als „Big Bang" eingegangen ist, hat für die Küstenbewohner Sumatras und Javas heute noch nicht das Stigma des Jüngsten Gerichts verloren.

Das Krakatau-Syndrom hat sich weiter vererbt

Wenn auch die äußeren Spuren des Unheils getilgt sind, die von den Fluten verwüsteten Strände und Küstengebiete längst ihren tropischen Zauber mit Palmen und weißem Sand wiedergefunden haben, so wirkt der Schock immer noch nach. Eine spürbare Beklommenheit senkte sich in den Tagen vor dem Jubiläum wie unsichtbarer Ascheregen über das Land, lähmte alle Geschäftigkeiten. Kein Handel und Feilschen mehr an den Stränden; die Boote vertäut und die Moscheen überfüllt, wo inbrünstige Gebete die Gnade Gottes erflehten, sie vor einem neuen Ausbruch zu bewahren.

Wie eine Befreiung dagegen der Tag nach dem ominösen Datum, das ohne Katastrophe verstrichen war. Plötzlich waren die Straßen wieder belebt, war das Feilschen eine Lust, das Meer wieder voll von Booten. Orang Aljeh, der atavistische Gott der Vulkane, dessen Anbetung die islamischen Priester zur Weißglut treibt, hatte diesmal ein Einsehen gehabt ...

Das Krakatau-Syndrom hat sich von Generation zu Generation weiter vererbt, vom Vater auf den Sohn, auf den Enkel. Die Geschichte von der Wildheit dieses Ausbruchs, dem ohrenbetäubenden Krach, der Finsternis, dem glühenden Ascheregen, den verdorbenen Lebensmitteln, der Hungersnot, den Tausenden von Leichen am Strand, den Seuchen, der verlorenen Heimat – diese Geschichte einer Heimsuchung wird weitergegeben, vererbt, hat bereits getanzte, ritualisierte Formen angenommen, erinnert an biblische Erzählungen gewinnt die Kraft eines Mythos.

In ihrer Panik vor dem aufgewühlten *Meer waren die Menschen tief ins* Landesinnere geflohen, hatten jahrzehntelang die Strände gemieden, an denen mit einem Schlag rund 300 Städte und Dörfer ausgelöscht worden waren. Hätten nicht die Holländer das Land schon vorher vermessen und kartographiert – die alten Siedlungen wären nicht einmal mehr ihrer Lage nach gefunden worden, so gleichmacherisch vernichtend hatten die Wassermassen bis 3,5 km landeinwärts gehaust, hatten den Urwald geplündert, Tiger, Affen und Schlangen in Massen ertränkt.

Das erste Dorf hieß „Ende des Wassers"

Genau bis an diese Demarkationslinie wagte sich um 1900 erst ein Dorf wieder vor, das sich den beschwörenden Namen „Ende des Wassers" zulegte. Wenn auch heute auf den alten Plätzen die größeren Städte wie Anjer, Merak, Tjaringin wieder neu entstanden sind, so *ist doch die* Bevölkerungsdichte dieser Gegend ganz im Gegensatz zum übrigen Java nicht mehr spürbar gestiegen.

Das ungute *Gefühl ist* eben geblieben. Dieses Gefühl des Ausgeliefertseins, abhängig zu sein von der Gnade oder Willkür ganz anderer Mächte, *überkam auch den europäischen* Besucher während eines Gedenkgottesdienstes in der Moschee von Tjaringin. Auch dieser Ort war ja total ver*schwunden, alles Leben bis auf das* einiger Kulis, die während des Untergangs Dienst auf holländischen Schiffen taten, ausgelöscht. Ein *merkwürdiges Gefühl, das* einen beschlich. Dazu die Palmenreihe am Strand. Immer wieder zog sie meinen Blick an. 20 Meter hoch mochten die schlanken Bäume sein, die sich scharf gegen den Nachthimmel abhoben ...

20 Meter hoch. Doppelt so hoch, auf 40 Meter, türmten sich damals die Killerwogen, als Palmen zu Streichhölzern, Moscheen und Häuser zur Bauklötzen und die Menschen zum Spielball der Götter wurden. Das Gefühl der Ohnmacht, die Dinge „nicht mehr im Griff" zu haben, nicht mehr steuern zu können, bekam plötzlich etwas Reales, Greifbares, Bedrohliches, gewann suggestive Kraft und konkretisierte sich zu einer Ahnung über das ganze unwirkliche Ausmaß dieses Infernos.

Die Moslems hingen an den Lippen des Predigers. Tee und Gebäck, das üblicherweise während der stundenlangen Zeremonien gereicht werden, blieben unberührt, als der Priester Breitseiten seiner Suggestivfragen abschloß: „Haben wir damals Gott gefallen? Nein, sonst hätte er den Krakatau nicht explodieren lassen. Gefallen wir Gott heute? Nein; sonst hätte er nicht den Galunggung und den Colo ausbrechen lassen."

Vulkane zur Disziplinierung der Gläubigen – Indonesien '83, 100 Jahre nach dem Jüngsten Gericht. Das Mittel scheint zu funktionieren und zwar so gut, daß der Staat, der durchaus auch auf islamischen Grundsätzen basiert, glaubt, Gegenpflöcke einschlagen zu müssen. Nicht nur Reue und Einkehr forderten daher die vielen Redner, die vom Religionsministerium abkommandiert und den Moscheepredigern attachiert waren, sondern auch Mut und den Blick nach vorne für eine Zukunft, in der der „Neue Mensch" geschaffen werden soll. Und dann korrigierten die staatlichen Verkünder viele orthodoxe Auffassungen der islamischen Priester, sprachen sich für Religion plus Wissenschaft aus, indem sie beispielsweise die Vulkanforscher als Stützen einer gottgefälligen Gesellschaft einstuften und nicht etwa, wie *es die islamischen Vertreter taten*, als Provokateure Gottes.

Eine andere Welt, dieses fernöstliche Inselreich. Kenner der Verhältnisse zweifeln sogar daran, daß Staat und Religion wirklich den allumfassenden Einfluß auf seine Menschen ausüben, den sie gerne hätten. Die freundlich lächelnde, apolitische Landbevölkerung, die 82 Prozent aller Indonesier ausmacht, entzieht sich gern staatlichem oder religiösem Machtanspruch. Dieses Sich-Nicht-Erreichen-Lassen ist Ausfluß ihres Leben mit der Gefahr. In der Stunde der Not – nur das wissen die Menschen ganz genau – versagt Hilfe von oben, ist jeder auf sich allein gestellt. Und in eben dieser Haltung fühlt man sich durch die große Katastrophe vor 100 Jahren bestätigt – eine *Katastrophe, die zudem ihre immer* vorhandene, nur knapp unter die Oberfläche zurückgedrängte Urangst vor der entfesselten Natur auf drama*tische Weise neu belebt hat.*

In den Legenden dieses Landes wimmelt es von bösen Göttern und Königen, deren Rachetaten zu Feuersbrunsten *und* Sintfluten geführt haben – mythologische Erklärungen unbegreiflicher Vorgänge.

Frühe Legenden sprechen von einer Ur-Katastrophe

Heute weiß man, daß sich auch die noch so undefinierbaren Ahnungen in ihrem Kern durchaus auf eine explosive Wahrheit zurückführen lassen. Im Pleistozoikum, vor rund einer halben Million Jahren, muß nämlich vom Krakatau aus schon einmal eine die Vorstellung *sprengende* Explosion ausgegangen sein. Sie pulverisierte den Vulkan geradezu, reduzierte seine damalige Höhe von etwa 7000 Meter auf 900 Meter, dessen Spitze heute übrigens nach dem 1883er Großausbruch nur noch mit 794 Meter Höhe angegeben wird.

Auch wenn es unwahrscheinlich klingt, so ist es wiederum doch nicht ausgeschlossen, daß der damals schon zum aufrechten Gang fähige javanische Pithecanthropus eine verwirrte Erinnerung an diesen Weltuntergang weitergegeben hat. Jedenfalls kreisen frühe Legenden immer wieder um die eine furchtbare Ur-Katastrophe, die vielleicht sogar zur Trennung von Sumatra und Java geführt hat.

Mußte da nicht der Vehement-Ausbruch an jenem Montag, des 27. August 1883, wie eine Bestätigung der alten Legenden erscheinen und verschüttet geglaubte Urängste wieder freilegen?

So überrascht es nicht, daß heute noch, so auch in den Tagen vor dem Jubiläum, die Fischer – trotz Islamisierung – immer dann ihrem vertrauten Gott Orang Aljeh opfern, wenn ihnen die Situation einigermaßen brenzlig erscheint. Waren es auch diesmal nicht mehr wie noch vor wenigen Jahrzehnten Kleinkinder, die man in den Kessel des Bromo warf, sondern nur noch ein paar Stiere, so zeigt es doch die unausrotthare Verwurzelung mit dem Aberglauben.



Proteste gegen Marcos auch aus der katholischen Kirche: Nonnen fordern ein Ende der Unterdrückung und den Rücktritt des Präsidenten. FOTO: AP

Gelb, das heißt Trauer und Protest

Seit der Ermordung des Oppositionsführers Benigno Aquino reißen die Proteste gegen das Marcos-Regime nicht ab. Der Widerstand findet Sympathie in allen Schichten der Bevölkerung. Präsident Marcos machte gestern „Kommunisten" und „Radikale" für die Unruhen verantwortlich und kündigte ein hartes Vorgehen gegen die Opposition an. Schon gibt es die ersten Toten.

Von MANFRED NEUBER

Gelb ist zur Farbe des friedlichen *Protestes gegen das korrupte* Marcos-Regime auf den Philippinen geworden. Es symbolisiert zugleich die Trauer um den ermordeten Oppositionsführer Benigno Aquino.

Autofahrer in Manila lassen gelbe Bänder im Fahrtwind flattern. Auf gelben Plakaten *geloben seine* Anhänger: „Ninoy, wir vergessen Dich nicht!" Wo Studenten demonstrieren, taucht tausendfach das Porträt Aquinos auf gelben T-Shirts auf.

Gelb könnte zum Menetekel für das selbstherrliche Präsidenten-Paar werden. Über den Slums der Acht-Millionen-Metropole steigen gelbe Luftballons auf, und bei Umzügen mit brennenden Kerzen reflektiert der gelbe Schein die Empörung auch wohlhabender Filipinos.

Avenida Ayala, Hauptader des modernen Geschäftsviertels Makati. Hier stehen Banken neben Versicherungen, Reisebüros und Agenturen ausländischer Fluggesellschaften neben Repräsentanzen multinationaler Unternehmen. Gelber Konfetti rieselt auf die Menge herab, die skandiert: „Marcos, tritt ab!"

Büroboten, Sekretärinnen und leitende Angestellte gehen auf die Straße, Bankiers und Geschäftsführer am Wegesrande geben ihre Zustimmung kund. Als ein paar Feuerwerkskörper krachen, denkt noch keiner an Schüsse der Sicherheitskräfte oder radikaler Provokateure.

„Die Geschäftswelt wendet sich jetzt auch von Marcos ab", sagt ein lange in Manila ansässiger ausländischer Finanzexperte. Als Ex-Senator Salvador Laurel, der nun als Sprecher von zwölf demokratischen Parteien auftritt, ausruft: „Die Opposition *ist nicht mehr aufzuhalten!*", brandet starker Beifall unter den Demonstranten und den Zuschauern an der Avenida Ayala auf.

Aus einigen Fenstern der Büro-Hochhäuser hängen Transparente mit den Aufschriften: „Ninoy lebt weiter unter uns" und „Macht ohne Waffen". Vereinzelt werden Plakate mit dem Bilde Marcos' und Aufrufen der Regierung zu Frieden und Einigkeit der Nation unter Johlen verbrannt.

Polizei-Streifen auf schweren Motorrädern verhalten sich auffallend zurückhaltend. Sie können dem mächtigen Bürgermeister des Stadtteils Makati, Nemesio Yabut, keine Gasse bahnen. Vergeblich versucht er, sich Gehör zu verschaffen. Bevor der Zorn der Menge sich gegen ihn richtet, bringen die Leibwächter den Bürgermeister in Sicherheit.

Zu den Zusammenstößen, bei denen die ersten Toten und Verletzten gemeldet werden, kommt es im Umkreis des Malacanang-Palastes. An mehreren Tagen hintereinander wollen militante Gruppen zum Amtssitz des Präsidenten vordringen; sie werden von der Bereitschaftspolizei zurückgehalten. Die Demonstrationen schwellen auf mehr als 500 000 Teilnehmer an.

Vor dem „Tag der nationalen Trauer", vier Wochen nach dem Attentat auf Aquino und am Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechtes 1972, das de jure aufgehoben ist, aber per Dekret angewendet werden kann, hielt die Regierung in einer Verlautbarung – ob nur zum Schein für die Öffentlichkeit, das sei dahingestellt – Armee und Polizei zur Besonnenheit an.

Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung abgestellte Sicherheitskräfte sollen danach keine Schlagstöcke und Schußwaffen tragen. An strategisch wichtigen Plätzen und an Orten, die als Sammelpunkte für Demonstrationen publik gemacht werden, treten jedoch schwerbewaffnete Geheimpolizisten in Zivil in Erscheinung.

General Fabian Ver, der Stabschef der philippinischen Streitkräfte, spricht von „außergewöhnlicher Toleranz" der Regierung. Er läßt jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Armee mit aller Härte eingreifen würde, sobald das Regime durch einen Aufstand gefährdet erscheint.

Im Dschungel der Vermutungen über mögliche Drahtzieher des At*tentats auf Benigno Aquino* bei dessen Rückkehr aus dem Exil in den Vereinigten Staaten am 21. August 1983 wird von Gesprächspartnern in Manila, deren Integrität außer Frage steht, der Name Ver nicht kategorisch ausgeschlossen. General Ver ist mit der Präsidenten-Frau Imelda verwandt und könnte ihr im Falle des Todes ihres schwerkranken Mannes die Macht sichern.

Allen öffentlichen Beteuerungen der Imelda Marcos, sie werde sämtliche Ämter (mit Gouverneursposten und Ministerrang sind es insgesamt 44!) niederlegen, wird in Manila kaum Glauben geschenkt. Nach einem Verzicht auf jede politische Machtausübung („im nächsten Jahr"?), so kündigt Imelda Marcos an, werde sie sich allein den Geschäften der Familie Marcos widmen.

Auf Flugblättern ruft in diesen Tagen die Bewegung „Gerechtigkeit für Ninoy; Gerechtigkeit für alle" zu einem Boykott aller Unternehmen des Präsidenten und seiner Clique auf. Häufige Stromausfälle in Manila schüren die Angst vor Anschlägen. Kaufhäuser registrieren sinkenden Umsatz, große Hotels verzeichnen einen starken Rückgang der Buchungen – um so höher muß das Fluchtkapital aus den Philippinen veranschlagt werden.

Als sei die tropische Inselwelt noch in Ordnung, treffen sich auch an diesem Samstag morgen um acht Uhr salopp gekleidete Minister, Berater des Präsidenten, Parlamentarier und Journalisten zum zwanglosen Frühstück im Coffee Shop des Inter-Continental Hotels in Makati. Hier tagt der „365-Tage-Club", die (auch sonn-)tägliche Nachrichtenbörse höchsten Ranges.

Beim Ernst der Lage im Lande verblüfft den ausländischen Gast der frivole Ton an dieser Tafel. Über die Konsequenzen des Mordes an Aquino, die Farce der Untersuchung und die Beteuerung der Unschuld durch den Präsidenten wird mit derben Scherzen gesprochen. Ob Marcos-Anhänger oder -Gegner, man pflegt verbindlichen Umgang.

Ein Minister, der im gelben Sporthemd erscheint, muß ironische Fragen nach seinem Übertritt zur *Pro*testbewegung über sich ergehen lassen. „Wir lachen eben, um nicht weinen zu müssen", erklärt mir Maximo Soliven. Er *studierte* mit Günter Gaus bei Henry Kissinger in Harvard, gibt das Hochglanz-Magazin „Manila" heraus – und schreibt scharfe politische *Kolumnen, in denen oft* klassische Parabeln wohl den Horizont der Zensoren übersteigen, in eher obskuren politischen Publikationen.

„Wenn mein Haus nicht inzwischen durchwühlt ist", sagt er dem britischen Presseattaché, der sich Informationsmaterial von Soliven ausleihen möchte. „Wenn nicht auch auf mich eine Kugel wartet", erwidert er *auf meine Bitte nach einem weiteren* Treffen. Nach der Verhängung des Kriegsrechts 1972 saß er zusammen mit Aquino in einer Zelle.

Der *ermordete Oppositionsführer* (Aquino vor dem Heimflug in den Tod: „Ich möchte lieber auf den Philippinen erschossen als in Boston von einem Taxi *überfahren werden*") scheint allgegenwärtig zu sein – als Märtyrer überragt seine Aura gewiß die politischen Möglichkeiten als Oppositionschef.

Trotz einseitiger Berichterstattung des Funks und Fernsehens (mit Ausnahme eines katholischen Senders), in der Überzahl regimeloyale Zeitungen, ist auf den Philippinen echte Information möglich; denn Englisch ist hier Umgangssprache, und englisch-sprachige Publikationen aus dem Ausland sind (meistens) erhältlich. Was die einheimische Presse verschweigt, wird manchmal mit Hilfe von Kopiergeräten in Umlauf gebracht.

Ein Filipino, der aus Tokio mit einer Video-Kassette mit der Aufschrift „Playboy Lovers" durch den Zoll in Manila kam, brachte den brisanten Filmstreifen ins Land: Aufzeichnungen amerikanischer und japanischer Fernsehleute an Bord des Flugzeuges, aus dem Aquino in „Schutzhaft" geführt und beim Betreten seiner Heimat erschossen wurde. Diese und andere Kopien von Fernseh-Berichten aus dem Ausland haben die Glaubwürdigkeit des Marcos-Regimes auch in jenen Schichten der Bevölkerung erschüttert, denen es unter seiner autoritären Herrschaft nicht schlecht ging.

Die gelbe Schleife am Revers des Geschäftsanzuges oder des salonfähigen bestickten Tropenhemdes der Filipinos, nach amerikanischem Brauch als Wunsch nach einer glücklichen Heimkehr (aus dem Vietnamkrieg, der Geiselhaft in Iran), *ist* heute in Manila keine bloße modische Attitüde, sondern Ausdruck des Willens nach politischer Veränderung *nach 18 Jahren, in den die* Worte Aquinos pervertiert wurden: „Der Gerechtigkeitssinn des Menschen macht die Demokratie möglich, die Ungerechtigkeit durch die Menschen macht sie notwendig."

Haftbefehl gegen Arafat aufgehoben

dpa, Venedig

Der Haftbefehl, den venezianische Justizbehörden Anfang September gegen den Chef der PLO, Yassir Arafat, erlassen hatten, ist widerrufen worden. Arafat stand unter dem Verdacht, italienischen Terroristen Waffen beschafft zu haben. Wegen des gleichen Vorwurfs wurde jetzt ein Haftbefehl gegen Salah Khalef, einen Gesandten Arafats, ausgestellt. Khalef, der heute Geheimdienstchef der Untergrundbewegung El Fatah in der PLO ist, soll sich vor Jahren in Paris mit dem italienischen Linksterroristen Mario Moretti getroffen haben, um über Waffenlieferungen der PLO an die „Roten Brigaden" zu verhandeln.

Die Untersuchungen der venezianischen Behörden hatte ihren Ausgang genommen, als im September 1979 in der Lagune von Venedig eine Segeljacht beschlagnahmt worden war, die aus dem Nahen Osten stammende Waffen an Bord hatte. Geständige italienische Terroristen hatten anschließend angegeben, die Waffen stammten von der PLO und seien außer für die „Roten Brigaden" auch für andere europäische Untergrundorganisationen wie die baskische ETA und die irische IRA bestimmt gewesen.

Moskauer Diplomaten hatten IRA-Kontakte

dpa, Dublin

Drei vor zwei Wochen aus der Republik Irland ausgewiesene Sowjetdiplomaten haben offenbar Kontakte zur Untergrundorganisation IRA unterhalten. Die Ausweisung war mit „nicht hinnehmbaren Aktivitäten" begründet worden. Bislang wurde in der Öffentlichkeit reine Spionage vermutet. Jetzt verlautete aus Kreisen der Sicherheitsbehörden, die Sowjets hätten unter anderem mit Führern der verbotenen Irisch-Republikanischen Armee (IRA) heimlich über Waffenlieferungen im Austausch gegen Informationen über britische NATO-Anlagen in Nordirland gesprochen. Die irischen und britischen Sicherheitsbehörden hätten bei der Aufdeckung der Aktivitäten eng zusammengearbeitet, hieß es weiter.

Truppenparade in Ost-Berlin

F. D. Berlin

Mit großem propagandistischem Aufwand hat die „DDR"-Führung den „30. Jahrestag der Kampftruppen" begangen. Am Samstag paradierten in Ost-Berlin rund 10 000 Angehörige der paramilitärischen Betriebskampftruppen in voller Bewaffnung vor SED-Chef Erich Honecker. Die westalliierten Stadtkommandanten protestierten wie in der Vergangenheit mit „Nachdruck" gegen eine derartige militärische Veranstaltung im „sowjetischen Sektor von Berlin", die eine eindeutige Verletzung des entmilitarisierten Status der Stadt darstelle.

Während abkommandierte „Jungpioniere" auf Befehl den Angehörigen der „Kampftruppen" Blumen überreichen mußten, kam es am Alexanderplatz zu einem Zwischenfall. Ein Mann rief vor der Ehrentribüne der SED-Prominenz mehrmals: „Haltet die Schnauze!" Er wurde sofort von „Ordnern" des Staatssicherheitsdienstes abgeführt.

DAG unterstützt „Mahnminuten"

rtr, Hamburg

Die Führungsgremien der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) haben sich in Hamburg dem DGB-Aufruf an die Arbeitnehmer angeschlossen, am 5. Oktober zwischen 11.55 und 12.00 Uhr mit einer Arbeitsniederlegung für den Frieden zu demonstrieren. Die „Mahnminuten" seien als Appell an die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika zu verstehen, äußerste Anstrengungen für den Erhalt des Friedens zu unternehmen, erklärte ein DAG-Sprecher.

Kirche „kein Asyl für Gewalttäter"

hey, Bonn

Bei möglichen Auseinandersetzungen *zwischen Nachrüstungsgegnern* und der Polizei sollen die Kirchen für Gewalttäter nicht als Zufluchtsort zur Verfügung stehen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Lohse, betonte gestern im Deutschlandfunk: „Es gibt keine sogenannten Asyle in unserer modernen Gesellschaft, wo irgendjemand, der sich gegenüber den Gesetzen strafbar gemacht hat, in einen Raum der Straffreiheit fliehen könnte.

Lohse sprach sich aber gegen zusätzlich vorgenommene Schutzmaßnahmen aus. Vielmehr solle die Kirche, die in der Vergangenheit mit Besetzungen „fertiggeworden" sei, sich bemühen, Gegensätze zu verhindern und engagierten Bürgern unterschiedlicher Richtungen Gesprächsmöglichkeiten anzubieten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Vorboten der CDU sondieren in Prag

C. G. STRÖHM, Prag

Die Reise in die Tschechoslowakei, von der die CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft gerade zurückkehrte, verdient aus mehreren Gründen Beachtung weit über den Rahmen hanseatischer Landespolitik hinaus. Es handelte sich um die erste *Begegnung „auf breiter Front"* zwischen der CDU und der kommunistischen Führung in Prag. Dabei waren sich die tschechoslowakischen Gesprächspartner offenbar bewußt, daß die CDU in Hamburg zwar Oppositionspartei, im Bund aber die maßgebende Kraft der Regierungspolitik ist. Auch in Prag, wo die Uhren manchmal langsamer gehen als anderswo im Ostblock, ist man inzwischen zu der Erkenntnis gelangt, daß nach menschlichem Ermessen mit den Unionsparteien in Bonn auf lange Sicht als Regierungs- und damit Entscheidungsträgern zu rechnen ist.

Eine Hamburger Schwalbe macht naturgemäß keinen (Prager) Frühling – aber der Besuch von der Elbe an die Moldau könnte dazu führen, daß sich auf der tschechoslowakischen Seite eine gelöstere Haltung gegenüber der CDU durchsetzt. Bei fast allen osteuropäischen und sowjetischen Kommunisten, bei den Tschechoslowaken aber in besonderem Maße, herrschte viele Jahre lang die irrige Meinung vor, die SPD sei auf die Bonner Staatsmacht gewissermaßen abonniert – und die „Reaktionäre und Revanchisten" in den Unionsparteien könne man getrost ignorieren. Nun hat der Regierungswechsel in Bonn zu einem langsamen, aber stetigen Umdenken geführt: Sowohl in Prag wie anderswo mußte man sich auf neue Gesprächspartner einstellen.

Die Hamburger CDU-Abgeordneten unter ihren Fraktionsvorsitzenden Hartmut Perschau präsentierten sich den offiziellen tschechischen Gesprächspartnern als aufmerksame, aufgeschlossene Leute, die keineswegs „mit dem *Messer* zwischen den Zähnen herumlaufen" (wie das nicht nur in Prager Karikaturen, sondern manchmal auch in Kommentaren der kommunistischen Parteipresse noch unlängst dargestellt wurde). Eines allerdings haben die Hamburger Abgeordneten ebenso klar zu erkennen gegeben: Es kann und soll keine Verwischung der ideologischen und politischen Positionen beider Seiten geben, wie man es bei manchem Sozialdemokraten von Bahr bis Brandt bei deren Gesprächen im Osten immer wieder erleben mußte. Daß das Regime der Tschechoslowakei nicht die Zustimmung oder gar den Beifall eines westlichen Demokraten finden kann, versteht sich von selbst. Ebenso unsinnig wäre es, von den Trägern der kommunistischen Macht in Prag Beifall oder Verständnis für westliche Demokratie, Pluralismus und Meinungsvielfalt zu erwarten.

Weil die Unionsabgeordneten unbelastet vom Zwang sind, sich – wie etwa manche Sozialdemokraten – gegenüber den Kommunisten als „wahre Sozialisten" und „Anhänger des *Fortschritts" profilieren und* beweisen zu müssen, konnte man in Prag schnell zur Sache kommen. Denn ob uns das tschechoslowakische Regime gefällt oder nicht – die Bundesrepublik und die CSSR sind Nachbarn; der Hamburger Hafen spielt für die Tschechoslowakei eine wichtige Rolle als Umschlagplatz, die Elbe mündet in der Bundesrepublik in die Nordsee – und entspringt in Böhmen. Daraus ergeben sich auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Verkehrs, des Umweltschutzes Berührungspunkte, *gemeinsame Interessen und* sicher auch Konflikte, die abseits und jenseits aller Ideologie gelöst werden müssen. Hier liegt die wirkliche Aufgabe einer in ihren Methoden pragmatischen Ostpolitik, ohne daß man deswegen die eigenen grundsätzlichen Positionen über Bord gehen läßt.

Die Hamburger Gäste haben ihren Prager Gastgebern signalisiert, daß die Bundesrepublik auch unter der neuen CDU-Kanzlerschaft gesprächsbereit und offen für die Lösung gemeinsam interessierender *Fragen ist. Sicher spielt dabei in der* Union auch die Überlegung eine Rolle, Osteuropa nicht allein dem Außenminister und FDP-Vorsitzenden Genscher zu überlassen.

„In der Türkei überwiegt eine ausgewogene Beurteilung der deutschen Ausländerpolitik"

Entscheidend ist für Ankara die Haltung der Bundesregierung / WELT-Interview mit Außenminister Ilter Türkmen

DW. Ankara

Der Terror armenischer Gruppen, der historische Hintergrund und die Berichterstattung deutscher Medien über diesen Konflikt stehen ebenso auf der Agenda des türkischen Außenministers wie die Ausländerpolitik Bonns oder die Beziehungen zur EG und innerhalb der NATO. Mit Minister Ilter Türkmen sprach Oguz Akalin.

WELT: Herr Minister, die jüngsten Attentate armenischer Terroristen auf türkische Diplomaten und Einrichtungen haben Sie dazu veranlaßt, erneut Frankreich und einige Nahostländer der Unterstützung armenischer Terrororganisationen zu bezichtigen. Darf man erfahren, worauf sich Ihr Verdacht stützt?

Türkmen: Ich habe kein Land böser Absichten beschuldigt. Ich habe von *Ländern gesprochen, in denen der* armenische Terror Unterstützung findet. Die Lage in Frankreich muß aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Frankreich ist ein Land geworden, in dem die Terror-Aktionen der Armenier am häufigsten vorkommen. In Frankreich haben die staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten Sendungen ausgestrahlt, die als eine Ermutigung für die armenischen Terroraktionen betrachtet werden können. Daher habe ich Frankreich im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen auf türkische Diplomaten erwähnt.

WELT: Seit fast zehn Jahren werden türkische Diplomaten in aller Welt Ziel solcher Attacken. Doch Ankara schwieg bis vor kurzem zu diesem Problem. Würden Sie dies nicht als ein Versäumnis betrachten, wenn man bedenkt, daß die *Armenier ein Gebiet von* Transkaukasien bis Mersin und Iskenderun als ihre Heimat bezeichnen, zu der viele türkische Provinzen gehören?

Türkmen: Man kann nicht behaupten, daß die Türkei bisher geschwiegen habe. Die Türkei hat stets erklärt, daß die Behauptungen der Armenier und ihre Propaganda die historischen Realitäten bewußt entstellt, nicht der Wahrheit entsprechen. Natürlich wurde die türkische Aufklärungskampagne um so intensiver, je häufiger die Terroraktionen wurden. Die territorialen Ansprüche der armenischen Terrororganisationen hatten und haben kein erst zu nehmendes Fundament. Die Armenier haben nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit territoriale Ansprüche erhoben. Was die Gebietsforderungen anbelangt, möchte ich auf folgendes hinweisen: Die Frage wurde schon vor sechzig Jahren geklärt. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde zwischen der Türkei und der damals unabhängigen armenischen Republik ein Abkommen unterzeichnet, wonach Armenien auf alle territorialen Ansprüche verzichtete. Im Abkommen von Gümrü haben es die Armenier 1921 gleichzeitig akzeptiert, daß nicht wir gegen die Armenier, sondern die Armenier Massenmord gegen die Türken begangen haben. Die Gebietsansprüche der Armenier wurden übrigens durch ein Abkommen mit der Sowjetunion endgültig geregelt. Wie Sie wissen, wurden die Grenzen der Türkei außerdem im Lausanner Vertrag genau festgelegt. Die Türkei hat keinen Handbreit Boden an irgend jemand zu verschenken. Wir betrachten solche Forderungen als abenteuerliche Wunschträume armenischer Terrororganisationen.

WELT: In diesem Zusammenhang werden auch *deutsche Massenmedien* von türkischen Zeitungen scharf kritisiert, weil die Medien in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Vorwürfen gegen die Türkei angeblich armenische Racheakte zu rechtfertigen versuchten.

Türkmen: Ich möchte hier vor allem darauf hinweisen, daß die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland in der Beurteilung des Terrorismus den gleichen Standpunkt vertreten. Bei der Bekämpfung des Terrorismus gewährt uns die Bundesregierung Unterstützung. Was die Presse in der Bundesrepublik anbelangt, so muß ich bemerken, daß die Haltung eines Teils der deutschen Medien sehr bedauerlich ist. Insbesondere manche Fernsehsendungen haben in der türkischen Öffentlichkeit einen außerordentlich negativen Eindruck hinterlassen.

WELT: Wie wird die scharfe antideutsche Kampagne der türkischen Zeitungen, in denen der ehemalige Bundeskanzler Schmidt als Nachfolger Hitlers bezeichnet wurde und die Behandlung der Türken mit der gegen die Juden im Dritten Reich verglichen wird, von der türkischen Öffentlichkeit aufgenommen?

Türkmen: Ich glaube, in der Türkei überwiegt eine ausgewogene Beurteilung der deutschen Ausländerpolitik. Es wäre falsch, die Situation nach den Publikationen in einigen Zeitungen zu bewerten. Wir beurteilen dieses Problem nicht nach Zeitungsberichten, sondern nach der Haltung der Bundesregierung und der deutschen Behörden.

WELT: Freizügigkeit für Türken im EG-Raum ist ein Reizwort, das die Bundesregierung immer wieder beschäftigt. Gehen Sie davon aus, daß diese seinerzeit mit der Türkei abgeschlossene Vereinbarung, wie ursprünglich vorgesehen, 1986 angewandt wird und Anatoliens Bauernsöhne in Massen nach Westen strömen werden?

Türkmen: Die Freizügigkeit entspricht einer gemeinsamen Verpflichtung der *EG-Mitgliedsländer,* die das Assoziierungsabkommen mit Ankara unterzeichnet haben. Ich glaube, daß die Frage der Freizügigkeit im Rahmen der Gesamtbeziehungen der Türkei mit der EG behandelt werden muß.

WELT: Ankara hat bei verschiedenen Anlässen erklärt, die neue demokratische Regierung werde nach den Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG stellen. Wie realistisch ist diese Absicht, wenn man bedenkt, daß die noch junge *türkische Industrie* Schwierigkeiten im Konkurrenzkampf mit den starken Industrien anderer EG-Länder haben könnte. Befürchten Sie außerdem nicht, daß der Widerstand Frankreichs und vor allem Griechenlands in den zuständigen Gremien der EG das Vorhaben der Türkei vereiteln könnte?

Türkmen: Wir haben nicht gesagt, daß die Nachfolgeregierung einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG stellen wird. Wir haben lediglich erklärt, daß wir als Übergangsregierung diese Option offenhalten. Einen solchen Schritt zu unternehmen obliegt wohl der nachfolgenden türkischen Regierung. Ich kann übrigens Ihre Meinung bezüglich des Konkurrenzkampfes zwischen den Industrien der EG-Länder und der Türkei nicht teilen. Für uns gilt die Tatsache, daß eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG sowohl für die Türkei als auch für die EG wirtschaftliche Vorteile hätte. Wir vertreten außerdem den Standpunkt, daß eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG auch einen wichtigen politischen Aspekt hat.

WELT: Wie beurteilen Sie die türkisch-griechischen Beziehungen?

Türkmen: Die Türkei hat in ihren Beziehungen mit Griechenland ernsthafte Probleme. Es ist bekannt, daß wir sie auf dem Wege der Verhandlungen lösen wollen. Griechenland hat die Verhandlungsphase auf Eis gelegt. Im übrigen haben wir die griechische Regierung stets davor gewarnt, Aktionen gegen die politische Stabilität der Türkei zuzulassen.

WELT: Ist die NATO Ihrer Meinung nach noch voll funktionsfähig, wenn man bedenkt, daß innerhalb des Bündnisses Meinungsverschiedenheiten bestehen, die seit Jahren ihrer Lösung harren?

Türkmen: Es ist natürlich, daß zwischen Verbündeten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Meiner Meinung nach existiert zwischen der Mehrzahl der NATO-Länder eine feste Grundlage der Solidarität. Trotz mancher Differenzen sind wir der Meinung, daß die NATO in der Lage ist, diese Schwierigkeiten zu überwinden und die für die gemeinsame Verteidigung erforderliche Kraft aufzubringen.

WELT: Mehrere von Ihren Sicherheitsbehörden als Rechts- wie *Linksradikale gesuchte türkische* Staatsbürger beantragen in der Bundesrepublik Deutschland unter Vorgabe politischer Verfolgung politisches Asyl. In Deutschland sind Meinungsverschiedenheiten darüber aufgetreten, ob das Auslieferungsbegehren der Türkei in bestimmten Fällen gerechtfertigt ist. Folter ist in diesem Zusammenhang ein häufig zitierter Vorwurf. Was sagen Sie dazu?

Türkmen: Hier müssen wir zwei Aspekte unterscheiden. 1. Wir haben mit der Bundesregierung eine Vereinbarung getroffen, wonach die Bundesrepublik diejenigen türkischen Staatsbürger ausliefert, die sich in der Türkei eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Eine Ausnahme bilden die Delikte, die in der Türkei mit der Todesstrafe geahndet werden. 2. Was die Vorwürfe bezüglich der angeblichen Folter anbelangt, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Folter bei uns durch Gesetz strengstens verboten ist. Diesbezüglichen Vorwürfen wird nachgegangen. Falls festgestellt wird, daß Beamte sich der unmenschlichen Behandlung schuldig gemacht haben, werden sie vor Gericht gestellt und bestraft.

WELT: Dank guter Handelsbeziehungen mit den arabischen Ländern konnte die Türkei ihre Ausfuhren mehr als verdoppeln. Auch politisch zeigt ihr Verhältnis zu den islamisch-arabischen *Ländern* ein verändertes Gesamtbild. Bedeutet dies eine Abkehr vom Westen?

Türkmen: Auf gar keinen Fall. Wir sind nicht das einzige Land in der Welt, das seine Handelsbeziehungen zu den Ländern des Mittleren und Nahen Ostens ausgeweitet hat. Auch europäische Länder haben ihre Ausfuhren in diese Region der Welt erweitert. Der Grund dafür ist, daß die erdölproduzierenden Länder einen großen Markt darstellen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sich an den partnerschaftlichen Banden der Türkei mit dem Westen etwas geändert hätte.

Marshall-Plan soll Mittelamerika voranbringen

Vorschlag der amerikanischen *UNO-Botschafterin / Auch Costa Rica setzt sich dafür ein* / Zahlreiche Gegenargumente

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Die Kissinger-Kommission für Mittelamerika wird in absehbarer Zukunft ihre Empfehlungen für oder gegen einen mittelamerikanischen Marhsall-Plan abgeben müssen. Der Kommission gehören Mitglieder beider Parteien, der Republikaner und Demokraten an, und sie sollen Präsident Reagan bei der Aufgabe beraten, eine kohärente, langfristige Politik in Mittelamerika zu entwickeln.

Der Vorschlag eines Marshall-*Plans kam in den USA von der UNO*-Botschafterin Jeane Kirkpatrick. In Mittelamerika wurde er bereits vor vier Jahren von dem angesehenen costaricanischen Wirtschaftspolitiker Rodrigo Madrigal Nieto angeregt. Er inspiriert sich am Wiederaufbauplan Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA von 1947 bis 1951 zwölf Milliarden Dollar in 16 europäische Länder pumpten, um die Kriegsfolgen überwinden zu helfen. Über diesen Denkansatz hinaus zeichnet sich jedoch noch nicht Konkretes ab, nicht zuletzt, weil der Plan in den USA von Regierungsbeamten torpediert wird, die ihre Bedenken gern den Journalisten unter der Bedingung mitteilen, daß ihre Namen ungenannt bleiben. Sie führen folgende Argumente ins Feld:

- Mittelamerika ist mit seinen 22,3 Millionen Einwohnern so klein, daß man seine Probleme nicht mit denen des Nachkriegseuropa vergleichen kann.
- Europa war ein vorwiegend demokratischer Kontinent mit Verwaltungstradition: Finanzielle Hilfe erreichte diejenigen, für die sie bestimmt war, während sie in Mittelamerika im allgemeinen gestohlen werden.
- Europa war ein industrialisierter *Erdteil,* der im Krieg seine Fabriken verloren hatte, in die nach ihrem Wiederaufbau erfahrene Arbeiter einzogen, die in ihnen zu arbeiten wußten.
- Der Mashall-Plan für Europa wurde von gleichberechtigten Partnern auf beiden Seiten des Ozeans verwaltet, während Mittelamerika aus politischen Gründen keine gemeinsame Verwaltung akzeptieren wird.

Der Marshall-Plan wurde 1947 gestartet. *Maßgeblich* war die Sorge, daß Armut und wirtschaftliche Unordnung dem Kommunismus in die Hände spielen, weil freie Institutionen nur in geordneten Verhältnissen überleben können. Daß Mittelamerika eine relativ kleine Bevölkerung hat, würde die Aufgabe eher erleichtern. Der Hilfeplan wäre auch billiger, was seine Annahme im Kongreß erleichtert. Allerdings scheinen die Berechnungen des US-Botschafters in Guatemala, Frederic Chapin, zu niedrig zu sein. Er geht davon aus, daß der Plan während fünf Jahren nur 700 *Millionen Dollar* kosten würde.

Die Annahme, daß hier zum ersten Mal die Erfahrungen des Marshall-Plans auf Lateinamerika übertragen werden würden, ist nicht korrekt. Das geschah bereits 1949 im Rahmen des weltweiten „Point 4"-Hilfeprogramms Trumans, um Entwicklungsländern technische und wirtschaftliche Hilfe zu bringen.

Costa Rica wird zwei Hauptziele des Plans nennen: Die Entwicklung der Landwirtschaft, um den Geist fortschrittlichen Unternehmertums in die Bauernschaft zu tragen, und die Entwicklung der Industrie durch Transfer neuer Technologie. Begreiflicherweise geht Costa Rica von der Voraussetzung aus, daß der Plan sich auf bilaterale Abkommen stützen soll, da es selbst bereits alle Voraussetzungen bietet und nicht warten will, bis diese auch in den in eigene und fremde Bürgerkriege verstrickten Nachbarländern gegeben sind. Madrigal Nieto sieht *darin sogar* einen Vorteil für das Gelingen des Plans: Wenn die Nachbarn die Vorteile in Costa Rica beobachten, werden sie versuchen, ihre bewaffneten Konflikte beizulegen, um ebenfalls davon zu profitieren. (SAD)

ASALA – Neuer Kopf in der Hydra des Terrors

Parallelen mit der PLO / Ziele auch in Europa

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Bei dem Kürzel ASALA (Armenian Secret Army for the Liberation of Armenia) für „Geheimarmee zur Befreiung Armeniens" und der Frage nach ihrer künftigen Rolle im internationalen Terrorismus runzeln selbst abgebrühte israelische Nachrichtendienstler die Stirn. Denn dieser geheimen und gut organisierten armenischen Terror-Gruppe wird wachsende Bedeutung im Szenario politisch motivierter Gewalt zugemessen. Der Anschlag auf das französische Generalkonsulat in Berlin war die jüngste blutige Spur armenischer Terror-Kader. Erst am 15. Juli dieses Jahres hatte die ASALA auf dem Flughafen Orly bei Paris eine Bombe gezündet. Es gab sieben Tote und 55 Verletzte. Kurz darauf, am 27. Juli stürmte ein armenisches Terror-Kommando die Türkische Botschaft in Lissabon – acht Tote. Taktisch neu bei diesem Anschlag: die Terroristen sprengten sich beim Sturm der portugiesischen Polizei selbst in die Luft. Die Öffentlichkeit erlebte durch ASALA eine neue Dimension des Terrors.

Bei alldem sind Parallelen des armenischen Terrors zum Ursprung palästinensischer Gewaltanwendung erkennbar. Die Wurzeln zur Rechtfertigung dieses Terrors aus der Sicht der ASALA reichen bis ins Jahr 1915. Damals seien 1,5 Millionen Armenier von den Türken niedergemacht worden, sagen sie.

Seit Mitte der 70er Jahre sind zwei armenische Gruppen mit terroristischer Ausrichtung aufgetaucht: Die sogenannte JCAG (Justice Commandos of the Armenian Genocide), das „Justizkommando des armenischen Genozids" und die ASALA. Während die erste Formation weitgehend westlich und anti-kommunistisch orientiert ist, geht die entschieden größere Gefahr im Kontext des internationalen Terrorismus von der marxistisch orientierten ASALA aus. Deren Terror-Kader haben den wissenschaftlichen Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben. Ihr Terror ist Teil der internationalen revolutionären Bewegung.

Kampf gegen „Zionismus und Imperialismus"

Der Kampf zielt nicht mehr nur, so besagen jüngste Erklärungen, auf türkische Institutionen und Personen, sondern gegen „Imperialismus und Zionismus" überall in der westlichen Welt. Vor diesem ideologischen Hintergrund muß auch der enge Kontakt der ASALA zur PLO, und zwar zu deren marxistischen Gruppierungen PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) unter George Habbasch und der DPELP (Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas) unter Nayef Hawatmeh gesehen werden. In der Vergangenheit erhielten die Kommandos der ASALA (die Gruppe zählt zirka 1200 aktive Mitglieder) in Beirut und in PLO-Camps im Libanon Ausbildung und logistische Unterstützung.

Abu Firas, PLO-Vertreter in der Türkei, gab denn auch offen zu: „In unseren Lagern trainieren wir sie für den Kampf gegen Israel; wenn sie in anderen Ländern Terror-Anschläge verüben, können wir dafür nicht verantwortlich gemacht werden." Unter den Armeniern, die im Libanon leben, beschritten besonders junge Intellektuelle unter dem Schutz der PLO seit 1975 den Pfad des Terrors, ähnlich der palästinensischen Befreiungsorganisation, um international auf sich aufmerksam zu machen und politisch diplomatische Anerkennung zu erfahren.

Tote und Verwundete interessieren nicht mehr

Bis vor kurzem waren Bombenanschläge mit exakt eingestellten Zeitzündern die taktisch bevorzugte Methode der armenischen „Geheimarmee". Menschenleben sollten geschont, die Ausmaße der Sachschäden hingegen sollten möglichst groß sein. Bei dem dabei verwandten Sprengstoff handelte es sich fast stets um ein in der Tschechoslowakei hergestelltes *Material,* das sogenannte „Semtex-H.". Doch diese Methoden haben sich geändert. Tote und Verwundete werden in letzter Zeit immer mehr in Kauf genommen. Trotz der Zerschlagung der militärischen Infrastruktur der PLO in West-Beirut und im Südlibanon, sehen hochrangige israelische Geheimdienstkreise im Bündnis der ASALA mit den Palästinensern auch künftig die größte Gefahr aus den Reihen des internationalen Terrorismus. Denn während zwar PLO-Chef Arafat in den eigenen Reihen um Prestige und Profil kämpfen muß, sind die vom Regime in Damaskus unterstützten radikalen „Volksfronten für die Befreiung Palästinas" von Habbasch und Hawatmeh die eigentlichen „Ziehväter" der ASALA-Terroristen, noch weitgehend funktionsfähig. Von Syrien unterstützt wird aber auch der ehemalige Fatah-Mann Abu Nidal mit seiner Organisation „Schwarzer Juni". Abu Nidal gilt, so Israels Experten, als Speerspitze eines nach Europa zielenden Terrors, hinter dem die Syrer stehen. Die Kommandos des von Arafat abgefallenen Abu Nidal pflügten ja schon in der Vergangenheit eine blutige Spur. Nach Erkenntnissen der israelischen Terrorismusabwehr liegt die größte terroristische Bedrohung nicht nur für Israels Institutionen, sondern weltweit, in einem Zusammenspiel der ASALA mit der Gruppe um Abu Nidal.

Daß die *Ziele* der ASALA *nicht* mehr nur türkische sein werden, kristallisiert sich immer mehr heraus. Vor allem Frankreich gilt als primäres Angriffsobjekt: einmal lebt dort eine große armenische Bevölkerungsgruppe, zum anderen lockt die geostrategische Lage im Zentrum Europas terroristische Kader verschiedenster Couleur geradezu magnetisch an. Paris gilt immer noch als wichtigste Drehscheibe für die „Kontaktnahme" unter terroristischen Gruppen im Herzen Europas. Frühere Anschläge der ASALA auf französischem Boden belegen diese Thesen. Der Hydra des internationalen Terrorismus ist ein extrem gefährlicher Kopf nachgewachsen.

„Reden von Hitler und Reagan vergleichen"

Anregung der GEW / Aktuelle Stunde in München

PETER SCHMALZ, München

Mit der Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), den Unterricht – dem DGB-Aufruf an die Arbeitnehmer folgend – am 5. Oktober für fünf Minuten zu unterbrechen und am 20. Oktober einen „Friedenstag" an den Schulen zu veranstalten, muß sich der bayerische Landtag auf seiner nächsten Plenarsitzung befassen. Die CSU-Fraktion hat ihren „entschiedenen Widerstand" gegen Gewerkschaftsversuche angekündigt, Bayerns Schulen „als Basis für politische Agitation" zu mißbrauchen, und beantragte eine aktuelle Stunde unter dem Thema: „*Störung des* Schulfriedens durch Aufrufe der GEW zur Agitation in den bayerischen Schulen in Zusammenhang mit sogenannten Friedensaktionen." CSU-Fraktionschef Gerold Tandler gegenüber der WELT: „Es kann nicht Aufgabe einer Berufsorganisation sein, zu politischen Fragen von außen in die Schulen hineinzuwirken und unterrichtsbestimmende Maßnahmen zu treffen."

Die Gewerkschaft arbeitet seit Schulbeginn konsequent auf den 20. Oktober hin, an dem im gesamten Bundesgebiet gegen die Nachrüstung durch Pershing-II-Raketen demonstriert werden soll.

Nachdem das bayerische Kultusministerium sich geweigert hatte, am Demonstrationstag schulfrei zu geben, *rät die Gewerkschaft den Lehrern* zu „biegsamem" Verhalten: „Alle interessierten Kollegen gestalten dann ihren Unterricht an diesem Tag, am Tag davor und danach so, daß sich möglichst alle Schüler in möglichst vielen Fächern mit diesem Thema auseinandersetzen müssen." Daß es der Gewerkschaft dabei nicht um die Rüstung allgemein und damit um Waffen in Ost und West gleichermaßen geht, sondern einzig und allein um eine Schülerbeeinflussung gegen die westlichen Waffensysteme, wird in einem weiteren Satz dieser „Friedens-Anleitung" offen zugegeben. „Damit", so heißt es in der GEW-Zeitschrift, „stellt sich nun die Frage, welche Aktionen, Methoden, Themen eignen sich am besten, Schülern das Thema Frieden, eingeengt auf die den Frieden bedrohende Aufstellung von 564 Raketen in Westeuropa, nahezubringen".

Den Gewerkschaftsfunktionären fiel dazu einiges ein: Friedenslieder lernen; „Reden von Hitler und Reagan vergleichen"; die Schule zur atomwaffenfreien Zone erklären; aufzuzeigen, „wie vollgepumpt mit Waffen, Kasernen, Soldaten und Rüstungsbetrieben Bayern, besonders dessen Süden ist".

Bayerns GEW-Vorsitzender, der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Kurz, rechtfertigt die Aufforderung zur pädagogischen Agitation mit dem Hinweis, die Lehrer hätten „die historische Aufgabe, Halt zu sagen". Kultusminister *Hans Maier dagegen* forderte die SPD auf, sich von ihrem Genossen Kurz zu distanzieren und meint über den GEW-Appell an die Lehrer: „Aufrufe dieser Art dienen nicht dem Frieden, sondern bauen Feindbilder auf und provozieren Unfrieden." Dahinter stecke der „plumpe und demagogische Versuch, Lehrer und Schüler für eine einseitige Agitation gegen die Verteidigungspolitik der früheren und der gegenwärtigen Bundesregierung zu mißbrauchen".

Herzlicher Empfang für Weizsäcker in Wittenberg

Strenge Auflagen der Behörden beim Kirchentag

HANS-R. KARUTZ, Wittenberg

Mit einem Kirchentag in gefaßter statt freudiger Stimmung, aber mit starker innerer Anteilnahme der Christen und herzlichen Willkommensgrüßen für Richard von Weizsäcker und andere Gäste, vollzog sich am Wochenende das letzte von sieben „DDR"-Christentreffen. Einschränkende Auflagen der Behörden und deutliches Mißtrauen der Sicherheitsorgane, vor allem gegenüber rund tausend, teils von weither angereisten Jugendlichen, setzten der freien Entfaltung des Kirchentages Grenzen.

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker war in seiner Eigenschaft als EKD-Ratsmitglied gemeinsam mit seiner Frau Marianne schon während des Eröffnungsgottesdienstes am Freitagabend von vielen Besuchern umringt und angesprochen worden. Als Präsidiumsmitglied des „Deutschen Evangelischen Kirchentages" in Frankfurt/Main richtete Weizsäcker am Sonntag vor 8000 bis 10 000 Besuchern auf dem Wittenberger Marktplatz die guten Wünsche der Protestanten in der Bundesrepublik aus. Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt in der „DDR", den die Behörden nach längeren Verhandlungen erlaubten, hatte Weizsäcker während seines „Friedensgebetes" vor 2500 Zuhörern in der Stadtkirche Martin Luthers auf die Bedrohung der Bundesrepublik und anderer Staaten durch die sowjetische Raketenrüstung hingewiesen und sich entschieden dagegen gewandt, „bestehende Schutzlosigkeiten festzuzurren". Anknüpfend an die Weltkirchenrats-Tagung in Vancouver sagte Weizsäcker, wahren Frieden könne es nicht geben, „wenn es nicht überall für alle Gerechtigkeit gibt".

„Für Klassenkampf"

Die auch im „DDR"-Maßstab als besonders linientreu bekannten SED-Funktionäre im Bezirk Halle hatten offenbar versucht, durch besonders strenge Auflagen keinen Besucher-Zulauf à la Dresden (100 000) oder Erfurt und Rostock (je 20 000) entstehen zu lassen. Das offizielle Kirchentags-Plakat durfte erst nach zähen Verhandlungen in die Schaufenster gehängt werden, vor der Stadtkirche waren lediglich zwei weiß-violette Kirchenfahnen aufgezogen. Im Wittenberger Stadtbild wies sonst so gut wie keine Sichtwerbung auf das festliche Ereignis hin.

An Schulen im Bezirk untersagten Lehrer, den offiziellen runden gelbgrünen Kirchentagsaufkleber mit ins Klassenzimmer zu bringen. Der Weißenfelser Superintendent berichtete darüber im Verlauf einer Pressekonferenz, bei der ähnliche Aktionen aus Erfurt bekannt wurden. Bei dieser Gelegenheit sollen Lehrer auf Einwände der Schüler, die ihnen das offizielle Kirchentags-Motto entgegenhielten, geäußert haben: „Wir sind für Klassenkampf, nicht für Vertrauen!"

„Kirche und Schießbefehl"

Posten des Staatssicherheitsdienstes patrouillierten an den wichtigsten Schauplätzen des Kirchentagsgeschehens und in der Stadt. Zahlreiche junge Leute in einer für die Staatsorgane aufreizend lässigen Kleidung trugen unbeanstandet das Zeichen „Schwerter zu Pflugscharen" – ein Motto, was am Sonntagnachmittag auch in der offiziellen Schlußveranstaltung gemeinsam mit dem Wort „Frieden schaffen ohne Waffen" *zitiert wurde*.

In mehreren öffentlichen Foren kamen harte Fragen zur Sprache, die zum Teil jedoch – weil sie thematisch nicht in den Rahmen paßten – erst im Laufe des Sonntags beantwortet werden sollten. Beim Forum „Christsein im Lutherjahr" zitierte der neue Magdeburger Bischof Christoph Demke Anfragen wie: „Was sagt die Kirche zum Schießbefehl?" „Wie hilft die Kirche den politischen Gefangenen?"

In einer Fragestunde zu den Ergebnissen von Vancouver antwortete der anhaltinische Kirchenpräsident Eberhard Natho (Dessau) auf die Frage zum Verhältnis der beiden deutschen Delegationen bei dieser Zusammenkunft mit den Worten: „Hervorragend! Schwesterlich-brüderlich – wir brauchen kein Programm zur Wiedervereinigung der Kirche, wir sind vereint, so wie wir hier zusammen sind." Starker Beifall!

Auf einem Jugendgottesdienst am Sonntagvormittag warnte Alt-Bischof Werner Krusche (Magdeburg) davor, zum „Spießbürger mitten im Sozialismus" zu werden. Er erwähnte frühere scharfe Auseinandersetzungen mit der SED wie 1953 über die „Jungen Gemeinden" oder die Verbotsaktionen der Partei gegen die „Pflugschar"-Aufnäher. Mit Jesu Hilfe seien stets Wege geebnet worden, „auch wenn es manchmal lange, sehr lange dauert".

General mit „Heil Hitler" begrüßt

PETER PHILIPPS, Loccum

Um 18.20 Uhr war das Experiment gescheitert, war bewiesen, daß es trotz der propagandistischen Formel von der „Gewaltfreiheit" in diesem Land nicht mehr möglich ist, an jedem Ort und zu jedem Thema ohne Polizeischutz miteinander zu reden. Denn zu dieser Minute verkündete am Freitag der Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Hans May, daß die Tagung „Konfliktaustrag und innerer Friede" beendet sei, bevor sie überhaupt hatte beginnen können. Militante „Friedenskämpfer" hatten mit ihrer Blockade der Akademie einen Sieg errungen, der sich für die *Friedensbewegung* insgesamt aber wohl sehr schnell als Pyrrhussieg erweisen wird.

Knapp 50 Teilnehmer waren eingeladen worden, um in der klösterlichen Abgeschiedenheit des niedersächsischen Dorfes miteinander zu sprechen, über Möglichkeiten zu diskutieren, wie man einen „heißen Herbst" bei den Demonstrationen gegen eine mögliche Nachrüstung vermeiden kann. Je ein Abgeordneter der vier Bundestagsfraktionen sollte dabeisein – genauso wie ein Vertreter der „Graswurzelrevolution" (Gruppierung der Friedensbewegung), Spitzenbeamte aus den Innenministerien des Bundes und der Länder, Vertreter der Polizei und der Bundeswehr, Repräsentanten der Kirche und aller Teile der Friedensbewegung, ein Verfassungsrichter sowie eine Handvoll Journalisten.

Bereits von 12 Uhr an glich die idyllisch gelegene Akademie mehr einer belagerten Festung als einer gastlichen, kirchlichen Stätte. Etwa 150 militante Störer, Vertreter der „Autonomen Friedensbewegung", ließen niemanden mehr hinein oder heraus. Am liebsten hätten sich die Randalierer medienwirksam von Polizeieinheiten davontragen lassen als „gewaltlose Opfer staatlicher Gewalt". Doch die Chance wurde ihnen nicht gewährt. Also holten sie einen Polizeidirektor gewaltsam aus der Akademie heraus. „Henkt das Schwein", ertönte der Ruf. – Mit blutigen Händen und auf Umwegen kam der Beamte später wieder ins Haus. Ein Bundeswehrgeneral mußte es sich gefallenlassen, mit „Heil Hitler, du Dreckskerl" angesprochen zu werden. Von Baden-Württembergs Polizeipräsident Alfred Stümper wurden denunziatorische „Steckbriefe" aufgehängt.

Weitere SPD-Landesverbände gegen Nachrüstung: Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein

Vogels Appell ignorierten die Genossen

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Appell des eigens an die Spree gereisten Bonner SPD-Fraktionschefs Hans-Jochen Vogel an die Berliner Genossen, bei ihrer Entscheidung zur Nachrüstungsfrage „nach dem heutigen Verhandlungsstand zu entscheiden und nicht auszuschließen, daß es in Genf noch zu einer Verständigung kommt", hielt sich am Wochenende im Berliner Internationalen Congress Centrum nur für die Dauer einer Abstimmung auf fruchtbarem Boden. Nachdem eine erste Abstimmung noch ein knappes Votum gegen eine Ablehnung der Nachrüstung „ohne Wenn und Aber" erbracht hatte, setzten sich in einem zweiten Anlauf die Befürworter eines kompromißlosen „Neins" unter den Berliner Sozialdemokraten durch. Sie appellierten allerdings an die beiden Großmächte, „in letzter Minute noch zu einer Einigung zu kommen".

Hinfällig und als gescheitert zu bezeichnen war damit der Versuch Hans-Jochen Vogels, die Berliner SPD und ihre 13 Bundesparteitagsdelegierten auf eine Linie zu trimmen, die entsprechend dem Kurs der Bonner Partei und Fraktionsspitze keine Entscheidung vor dem außerordentlichen Bundesparteitag im November vorsieht.

142 Delegierte lehnten schließlich eine mögliche Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen ohne jeden Vorbehalt ab, lediglich 62 standen der besonneneren Linie Hans-Jochen Vogels und damit einer Kompromißformel näher, die vor dem Landesparteitag von „rechten" Delegierten auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht worden war: „Die Berliner SPD lehnt die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen ab, wenn die beiden Großmächte zum vorgesehenen Stationierungstermin nicht nachweisen können, alles unternommen zu haben, um zu einer Einigung in Genf zu gelangen." Daß die USA jedoch diesen Nachweis immer hätte führen können und somit die Berliner Vorbehalte gegen eine Stationierung hinfällig geworden wären, ließ den linken Flügel der Berliner SPD keine Ruhe finden. Er folgte ebensowenig den Verständigungsversuchen des potentiellen Weizsäcker-Gegenkandidaten Harry Ristock, der ein endgültiges Stationierungs-Nein erst bei einem vollständigen Scheitern der Genfer Verhandlungen beschlossen wissen wollte.

In seiner Grundsatzrede zum Thema „Entspannung und Abrüstung – den Frieden sichern" vertrat Vogel noch einmal die Auffassung, daß die Raketenpotentiale von Frankreich und Großbritannien gemäß dem sowjetischen Vorschlägen nicht ignoriert werden dürften. Vogel bezeichnete es als „schlechterdings unakzeptabel", daß es beim derzeitigen Stand der Verhandlungen nicht auch zu einem Treffen der Außenminister „und der beiden letzten Endes verantwortlichen *Staatschefs kommt*". Er sehe immer noch „Möglichkeiten für einen vernünftigen Kompromiß". Allerdings wisse die SPD, daß Kompromisse nicht alle Wünsche erfüllen könnten. Vogel bekräftigte nochmals, er teile keinesfalls die Haltung von Parteimitgliedern, die ein „Nein" zur Nachrüstung nicht vom Gang der Verhandlungen abhängig machten, sondern grundsätzlich sähen. Er respektiere allerdings eine derartige Haltung. Wer jedoch zum grundsätzlichen „Nein" neige, müsse wissen, daß das Ringen um Frieden, Sicherheit und Entspannung auch nach dem Herbst 1983 weitergehen müsse.

Vergebens riet Bahr, erst einmal Genf abzuwarten

hs, Tönning

So gespalten das Votum der Hamburger SPD zur Frage der Nachrüstung ausfiel – so geschlossen berannten *die* schleswig-holsteinischen Genossen den NATO-Doppelbeschluß. Ihr Parteitag in Tönning lehnte einstimmig die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Der Beschluß soll sowohl für den Fall einer Einigung bei den Genfer Verhandlungen gelten wie für die Möglichkeit, daß es nicht zu einem Abkommen zwischen den beiden Supermächten kommt. Vergeblich hatte sich der Abrüstungsexperte Egon Bahr für ein Hinausschieben der Entscheidung ausgesprochen. Bahr hatte den Delegierten empfohlen, bis zum Ende der Genfer Verhandlungen in zwei Monaten „die Nerven" zu behalten.

Der wiedergewählte Landesvorsitzende Günther Jansen begründete die Empfehlung des Vorstands für „einseitige Abrüstungsschritte" und „wirksame Rüstungskontrollvereinbarungen". Einseitige Vorleistungen in der Friedenspolitik – so sagte Jansen – würden Vertrauen schaffen. Die Strategie des militärischen Gleichgewichts und der atomaren Abschreckung habe einen Punkt erreicht, an dem den Menschen „mehr Angst als Sicherheit" eingeflößt werde. Der schleswig-holsteinische SPD-Chef sagte, er schätze das Risiko bei einer einseitigen Abrüstung geringer ein als bei einer Fortsetzung der Rüstungsspirale.

Jansen, der als Gast den früheren Landesvorsitzenden Jochen Steffen mitgebracht hatte, griff vor allem die USA an. Er warf Washington vor, mit einem Abrücken von der Entspannungspolitik eine der Grundlagen des NATO-Doppelbeschlusses verlassen zu haben. Zudem werde von den USA auch die Möglichkeit erwogen, mit der Pershing II einen Erstschlag zu führen. Der Landesvorsitzende bewertete die Bereitschaft der Sowjetunion, ihre SS-20- Raketen bis auf den Stand des entsprechenden britischen und französischen Potentials zu verschrotten, als „geeignetes Angebot, dem eine europäische Sicherheitskonferenz *zum weiteren Abbau* von Kernwaffen folgen könne".

Der Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm, prophezeite für die Wahlen in vier Jahren, daß es dann keine Spekulationen um rot-grüne Bündnisse mehr geben werde. Bis dahin werde die grüne Wahlbewegung „an ihrem inneren Widerspruch zwischen fundamentalen Oppositionen und Reformen auseinanderbrechen". *Zur Werftenpolitik* meinte Jansen, daß zur Lösung „ein Stück Planwirtschaft im positiven Sinne" eingeführt werden müsse.

Die Mahner fanden in Hamburg keine Mehrheit

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Knapper ging es nicht: Mit 154 gegen 150 Stimmen forderten die Delegierten des Hamburger SPD-Parteitages *ein* Verbot der Stationierung neuer Atomwaffen und ein Nein zum Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses. Und mit 146 zu 144 Stimmen sprach sich der Parteitag dafür aus, die Hansestadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Noch Anfang September war die Parteilinke mit einem Antrag der gleichen Stoßrichtung am Widerstand des Mitte/Rechts-Lagers und innerhalb der eigenen Fraktion gescheitert.

Während der Bundestagsabgeordnete Schmidt-Bergedorf, im Lande der Pyramiden weilte, brachte ausgerechnet ein Antrag aus seinem Parteikreis den mühsam gefundenen Konsens *innerhalb des Landesvorstands* in Gefahr. Die Spitze des hanseatischen Landesverbandes hatte in einem Leitantrag Weiterverhandeln statt Nachrüsten empfohlen, aber ausdrücklich auch die Bedrohung durch die Sowjetunion genannt, und den „drastischen Abbau" der SS-20-Raketen verlangt. Der Bergedorfer Antrag C 15 fegte diese moderate Formulierung vom Tisch, er forderte *„einseitige Abrüstungsschritte, um* endlich einen Abbau von Atomwaffen zu ermöglichen".

Die Garde der Genossen, die vor einer solchen Vorleistung warnten, war ansehnlich: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mahnte, daß der Westen die Nachrüstung als *„Instrument zur Abrüstung"* in den Genfer Verhandlungen benötige. Er sagte: „Ein Nein zu den Verhandlungen würde dem Einfluß des NATO-Doppelbeschlusses und damit der Sicherheit in Europa nicht dienen. Nach dem 2. *November ist Zeit* genug für ein Nein." Der ehemalige Bundesverteidigungsminister Hans Apel erklärte: „Der NATO-Doppelbeschluß ist ein progressiver Beschluß." Innensenator Alfons Pawelczyk beschwor die Delegierten: „Es versteht kein Mensch, wenn wir in der Schlußrunde vom Karussell springen." Und der frühere Bürgermeister Hans-Ulrich Klose sinnierte: „So sehr ich den Be*schluß von Baden-Württemberg in*haltlich begrüße –, daß er einstimmig gefaßt worden ist, war kein guter Dienst an dieser Partei."

Ein stolzes Aufgebot an Leitfiguren, die zuvor den Landesvorstandsantrag zur Befriedung der zerstrittenen Parteibasis mit ausgearbeitet hatten. Doch die Delegierten waren offenbar schon mit einer so festen, auf das Votum ihrer Kreisverbände *fixierten Überzeugung in den Partei*tag gegangen, daß das Argumentationsfeuerwerk der eloquenten Spitzengenossen nichts ausrichtete.

Für Steel war der Parteitag ein klarer Sieg

Führungskrise bei den britischen Liberalen beigelegt / Differenzen mit den Sozialdemokraten bleiben

FRITZ WIRTH, London

Der Beifall für David Steel wurde mit der Stoppuhr gemessen. (Er dauerte fünf Minuten und 31 Sekunden.) Den empfindsameren Liberalen in der Halle zu Harrogate standen Tränen in den Augen, als der junge Held der Partei, David Steel, auf den sehr alt gewordenen „Elder Statesman" der Liberalen, Jo Grimond, zuging und mit einem Handschlag versuchte, die Generationslücke der Partei zu schließen. Während dieses alles geschah, schlich fast unbemerkt Cyril Smith, der Chef-Dissident dieses Parteitags, aus der Halle. Dies alles war nicht nach seinem Geschmack.

So endete der Parteitag in bemühter und sorgfältig exerzierter Harmonie. *Erfolg und Mißerfolg dieser fünf* Tage von Harrogate müssen an drei Kriterien gemessen werden: 1. Konnte die Führungskrise um David Steel beigelegt werden? 2. Ist die Kluft zwischen Parteibasis und Partei-Establishment überwunden worden? 3. Hat der Zustand und die Zukunft der Allianz mit den Sozialdemokraten Schaden genommen?

Was die Führungsfrage angeht, so war Steel der eindeutige Sieger dieses Parteitages. Seine Machtbefugnisse und seine Autorität in der Partei blieben unangetastet. Er behielt sein Vetorecht bei der Abfassung des Wahlmanifests und damit praktisch das letzte Wort in allen parteiprogrammatischen Fragen. Zugleich blockte der Kongreß den Versuch ab, ihm einen Stellvertreter zur Seite zu stellen.

Opfer dieses Kampfes um einen Stellvertreter für Steel wurde der ehemalige Fraktionsgeschäftsführer Cyril Smith. Er stand hinter diesem Vorstoß, Steel zu entlasten, und erwies sich dabei als ein schlechter Taktiker und ein noch schlechterer Verlierer.

Trotz dieser Erfolge in den Diskussionen um seine Person und sein Amt und trotz des rauschenden Schlußbeifalls waren die übrigen Auftritte Steels nicht überzeugend. Seine Parteitagsrede war reich an Polemik, aber arm an wegweisender Standortbestimmung, der die Liberalen dringend bedürfen. Statt dessen schlug er auf die politischen Gegner ein. Seine Attacken gegen die Tories und besonders Frau Thatcher wären begreiflich gewesen, stünden Unterhauswahlen bevor. Da sie jedoch mindestens noch vier Jahre entfernt sind, waren es rhetorische Hammerschläge ins Leere.

Dagegen fehlte jeder Hinweis auf die innerparteilichen Probleme zwischen den „Populisten" an der Basis, die die Partei von unten her durch kommunalpolitische Aktivitäten stark machen wollen, und dem Establishment, das die Macht durch Allianzen, Koalitionen und parlamentarische Profilierung in Westminster anstrebt. Diese Gegensätze sind in *Harrogate überdeckt, aber nicht beseitigt* worden.

Unverhohlen offen dagegen bieten sich weiterhin die Risse und Meinungsverschiedenheiten im Verhältnis zu den Sozialdemokraten dar. Beide Parteien befinden sich in der Frage der gemeinsamen Kandidaten-Auswahl für die nächsten Wahlen zum Europa-Parlament und zum Unterhaus weiter auf Kollisionskurs. Die Liberalen wollen, daß diese Kandidaten weitgehend an der Parteibasis zwischen den Ortsverbänden ihrer eigenen Partei und der SDP ausgehandelt werden. Die SDP dagegen möchte diese Kandidaten auf höchster Führungsebene aushandeln. Aus gutem Grund, denn die Liberalen sind in allen Ortsverbänden wesentlich stärker und würden somit dafür sorgen, daß sie mit einem Übergewicht an Kandidaten in diese Wahlen gehen.

In Verteidigungsfragen gibt es bei den Liberalen noch eine starke Fraktion „unilateraler Abrüster". Die Partei ist für eine Beendigung der britischen Rolle als unabhängiger Nuklearmacht und hat starke Bedenken gegen die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper in Großbritannien. Die SDP dagegen möchte die britische Polarisflotte mindestens noch bis in die neunziger Jahre hinein beibehalten und hat kaum noch prinzipielle Einwände gegen amerikanische Marschflugkörper auf britischem Boden.

Der neue SDP-Parteichef David Owen machte diese Position als Schlußredner des liberalen Parteitags unmißverständlich klar und erntete dafür lautstarken Protest. Owen versöhnte die Liberalen mit dem Versprechen, daß er bereit sei, unter Steel zu dienen, wenn die Liberalen nach der nächsten Unterhauswahl mehr Abgeordnete ins Parlament bringen als die SDP.

Indonesiens junge Offiziere rücken nach vorn

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Niemand war überrascht, als der indonesische Präsident Suharto seinen langjährigen Vertrauten, Benny Murdani, zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte berief. Mit dieser Beförderung zeichnet sich das Ende der Ära der Freiheitskämpfer ab, der „Generation von '45". General Murdani (50), bis zu seiner Ernennung Geheimdienstchef und Spezialist für Kommando-Operationen, gilt als der Mann, der an der Seite Suhartos den Generationenwechsel im Sinne politischer Kontinuität vollziehen kann.

Ein anderer Nachwuchsoffizier, den Suharto in eine Position politischen Vertrauens hochhob, ist Tri Sutresno. Mit 48 Jahren ist er der Benjamin unter Indonesiens Spitzengenerälen und als Absolvent der ersten Klasse der Militärakademie von Magelang der klassische Nachwuchsgeneral. Tri Sutresno stammt aus Zentraljava und wacht jetzt als Kommandant der Jakarta-Region über Ruhe und Ordnung.

Politische Kreise in Indonesien sehen in Tri Sutresno den Mann der Zukunft. Ob er es wird, ist Spekulation. Gewiß ist jedoch, daß die Militärs – auf unbestimmte Zeit – die Macht behalten werden. Nur sie sind imstande, das Riesenreich der 13 000 Inseln zusammenzuhalten und wirtschaftlich zu entwickeln. Selbst regimekritische Politiker schätzen, daß es noch gut 15 bis 20 Jahre dauern dürfte, um eine funktionsfähige Administration, die dazu notwendige Infrastruktur und ein politisches System aufzubauen.

Um so wichtiger ist die Frage, wer die Militärs von morgen sind. Diejenigen, die sich darüber am meisten sorgen, sind die, die es am besten wissen müßten – die Generäle von gestern. Werden die Jungen zu der Verfassung von 1945 stehen? Werden sie nach der Staatsphilosophie Pancasila ihre Macht ausüben? Wie können sie die Tradition einer Volksarmee erhalten, wenn ihnen die Verbundenheit zum Volke fehlt? Die nachrückende Generation besteht nicht aus Freiheitskämpfern; bei ihnen handelt es sich um professionelle Soldaten. Sie wollen einer mit modernen Waffen ausgerüsteten Streitmacht angehören, die Indonesien gegen äußere Gefahren verteidigen kann. Denn das zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean gelegene Inselreich ist strategisch wichtig. Militärplaner in Jakarta meinen, der Kampf um die Freiheit ihrer Nation werde sich in Zukunft auf See entscheiden.

Jahrelang haben die jetzt ausscheidenden Generäle auch darüber diskutiert, ob die von ihnen praktizierte Doppelfunktion der Streitkräfte, „Dwi Fungsi" genannt, auf die junge Generation übertragen werden soll. „Dwi Fungsi" heißt, daß die Soldaten neben ihrer Aufgabe zur Landesverteidigung auch die Verpflichtung haben, aktiv am Aufbau der Nation mitzuwirken. Die Indonesier nennen das die „soziale Funktion". Im September vorigen Jahres wurde „Dwi Fungsi" gar als Gesetz verankert und den Magelang-Absolventen als Imperativ auf den Weg gegeben.

Wie aber werden die neuen Generäle „Dwi Fungsi" in die Tat umsetzen? Im praktischen Alltag pflegen die Ideale von Pancasila zu verblassen, die zur Mäßigung und Toleranz, zum Streben nach Demokratie und sozialer Gerechtigkeit mahnen. Es lockt die Versuchung, auf die durch das „Dwi-Fungsi-Gesetz" legitimierte Macht im Stil von Diktatoren zu reagieren. Bei Gesprächen mit jungen Offizieren wird deutlich, daß sie darauf warten, an die Schaltstellen der Macht zu gelangen. Sie wollen das Tempo der Entwicklung beschleunigen, frischen Wind in die Amtsstuben der Zivilisten blasen, die den Fortschritt eher hemmten als förderten.

Politiker werden unter ihnen wenig zu sagen haben, eine Entwicklung, die schon vor einem Jahr begann. Der Nationalismus wird neuen Auftrieb erhalten mit einer gezielten Politik zur Förderung der einheimischen Unternehmerschaft der „Söhne der Scholle" und Maßnahmen zur Integration der Chinesen, die im Wirtschaftsleben dominieren.

Autor, Intendant und Globetrotter – Ernst Schnabel wird 70 Jahre alt

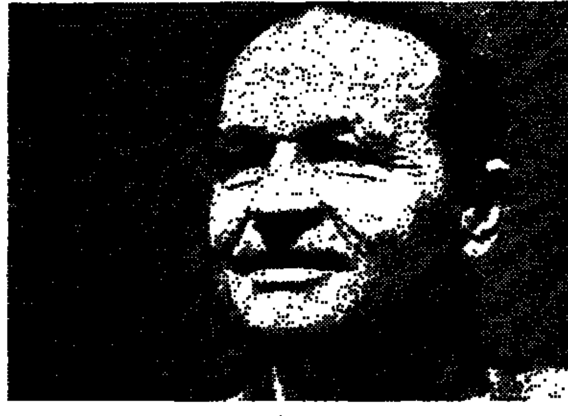
Zuhause auf vielen Kommandobrücken

Nach einem mittelgroßen Schiffsbrand im Hamburger Hafen sprach in der Abendsendung des NWDR der Reporter Burkhard Nadolny mit einem ungenannt bleibenden Partner über die Risiken, die *Verhütungsmaßnahmen, die Verant*wortlichkeiten in einem solchen Fall. Der Mann wußte offenbar sehr gut Bescheid; es stellte sich heraus, er war 14 Jahre zur See gefahren, auf Segelschiffen, auf Hapag-Dampfern und zuletzt auf einem Geleitboot der Kriegsmarine. „Und was machen Sie jetzt?" fragte Nadolny zum Schluß. „Oh, ich bin hier beim Funk", sagte der Gewährsmann.

Es war – nur wenige dürften seine Stimme erkannt haben – der Intendant Ernst Schnabel, im Jahre 1951 erst ein paar Monate auf diesem Posten, den er bis 1955 innehaben sollte. Die zuständigen Gremien hatten bemerkenswerterweise den fähigsten und erfolgreichsten Autor des Hauses an die Spitze der von den Engländern neugeschaffenen Anstalt gestellt, *die bei der Wiederbelebung des* geistigen und politischen Lebens in ihrer Besatzungszone eine so große Rolle gespielt hat.

Mit dem Mariner aus Zittau in der Oberlausitz (heute vor 70 Jahren wurde er geboren) wehte eine kräftige *Meeresbrise durch das Haus in der* Rothenbaumchaussee, ein mächtiger Schuß große weite Welt. Schnabels besondere Stärke war das Feature, ja man kann sagen, daß er diese Gattung auf deutschen Ätherwellen erst heimisch gemacht hat. Neben dem *Dokumentarischen, das ihn auch als* Bearbeiter von Anne Franks Tagebuch fesselte („Spur eines Kindes" – ein Taschenbucherfolg, dessen Einnahmen er zur Gänze für einen humanitären Zweck stiftete), faszinierte ihn die Gleichzeitigkeit der Vor*kommnisse auf unserem Erdball*, wie sie in Hörspielen wie „Der 29. Januar" oder „Ein Tag wie morgen" zum Ausdruck kommt (ebenfalls in Buchform erschienen).

Ernst Schnabel war nach vorläufiger Beendigung seiner seemännischen Laufbahn schon literarisch *hervorgetreten*, auch war er kurze Zeit Dramaturg an einer kleinen Bühne gewesen. So konnte gleich nach Kriegsende sein Schaffen gleichsam voll orchestriert einsetzen. Mit und für Helmut Käutner schrieb er 1947 den Film „In jenen Tagen", der ganz auf der Linie seiner Novellen und Hörspiele liegt, wie etwa die 13 Stories in „Sie sahen den Marmor nicht" (1949), in denen der Ausschnitt, das



Brachte einen Schuß weite Welt in die Chefetage des NWDR: Ernst Schnabel
FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

Episodische, vielfach zum gestalterischen Prinzip erhoben ist.

Aber auch der große planetarische Überblick gehört dazu, den man sich auf keine Weise besser als mit dem Flugzeug verschaffen kann. 1951 machte Schnabel, nachdem er als Reporter über die Berliner Luftbrücke auf den Geschmack gekommen war, eine Flugreise rund um die Erde in neun Tagen (daraus wurde „Interview mit einem Stern"), und seither ist Fliegen sein erklärtes Hobby. So kann es auch nicht überraschen, daß bei seiner Beschäftigung mit dem antiken Griechenland, die in den Romanen „Ich und die Könige" und „Der sechste Gesang" gipfelte, Dädalus, der erste Überwinder der Schwerkraft, und der Meeresbezwinger Odysseus im Vordergrund stehen. Für den „Sechsten Gesang" bekam Schnabel 1957 den Fontanepreis.

Intendant blieb, wie gesagt, dieser unruhige und rebellische Geist nicht lang. Er sah sein schriftstellerisches Werk als die wichtigere Aufgabe an und zog sich auf das gemeinsame *Dritte Programm von NDR und SFB* zurück, zum Schluß nur noch auf die „Literarische Illustrierte" des Dritten Fernsehprogramms des SFB, in der er manchen originellen Einfall verwirklichen konnte – auch manchen nicht so übermäßig tragfähigen, wie das Vorlesen von Romanen mit verteilten Rollen –, bis es dort zu einer Art Palastrevolte der Autoren gegen den Berliner Intendanten Franz Barsig kam, und Schnabel daraufhin seine Tätigkeit beendete. Seither lebt er als freier Schriftsteller in einer stillen Villenstraße von Berlin-Westend, wenn er nicht gerade nach alter Gewohnheit die Welt umsegelt, wie erst kürzlich – die Reise bezahlte „Geo" – auf einem prosaischen Container-Schiff.

HELLMUT JAESRICH

KRITIK

Blicke in Stube und Küche

Früher hatte die Kunst, etwas mit Festlichkeit und Würde zu tun. Das haben wir längst vergessen. Über lange Zeiten hin hat sie sich mit großen Gegenständen und erhabenen Stoffen abgegeben. Auch das müssen wir wohl vergessen. Sogar der Krimi bietet Ungewöhnliches. Nicht einmal die Klamotte ist mit gewohnt Alltäglichem zufrieden.

Nur das deutsche Fernsehen sieht darin seine Erfüllung. **Gestern bei Müllers** heißt eine neue ZDF-Sendung, auf sechs Folgen geplant, die diesem Ideal beängstigend nahekommt. Sie zeigt Familienalltag vom Vortag, durch Einblendung der Freitagabendnachrichten sozusagen auf den neuesten Stand gebracht. Was nicht für jedermann unbedingt normal und alltäglich ist, soll als normal und selbstverständlich betrachtet und hingenommen werden. Beim besten Willen läßt sich da weder ein ernstes noch ein heiteres Problem ausfindig machen, nichts ist sinnbildhaft, nichts beispielhaft, aber auch nichts unterhaltsam an diesen „Momentaufnahmen einer Familie".

Vielleicht sollte man in den nächsten Folgen statt der Nachrichten oder schon vorher eine Unterhaltungssendung oder die Mainzelmännchen einblenden; das macht die Sendung gewiß kurzweiliger. Oder die Zuschauer sollten den Bildschirm aus dem Kasten entfernen; durch den leeren Rahmen können sie denn Stube und Küche betrachten und was sich da abspielt. Wenn auch nicht alles wie bei Müllers abläuft, so wäre damit doch das ideale Ziel und Nonplusultra trivialer Fernsehdramaturgie erreicht

EO PLUNIEN

STUDIO

Mehr als ein Dutzend Topstars von Funk, Fernsehen, Film, Schallplatte und Sport werden in diesem Jahr vom Saarländischen Rundfunk mit den begehrten Trophäen **Goldene Europa** ausgezeichnet. Neben den bereits bekanntgegebenen „Stars des Jahres" Mireille Mathieu und Udo Jürgens sowie den „Entertainern des Jahres", den Polit- und Show-Moderatoren Friedrich Nowottny und Alfred Biolek, werden unter anderen auch die Aerobic-Tänzerin Sydne Rome für den „Trend des Jahres" und die Popmusik-Gruppe Geier Sturzflug mit ihrem Titel „Bruttosozialprodukt" für den „Gassenhauer des Jahres" ausgezeichnet.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hirnrissige Position

Die „Friedensbewegung" ist bisher ihrem Anspruch, eine Bewegung für den Frieden zu sein, in der Wirklichkeit nicht gerecht geworden:

● Solange die „Friedensbewegung" nicht überzeugend aufzeigt, wie sie in derselben Sicherheit, in der wir aufgrund der atomaren Abschreckung in den letzten 35 Jahren in Europa gelebt haben, aus dieser Abschreckung heraus will, solange sind Bewegungen in diese Richtung Bewegungen gegen den Frieden.

Das hat zur Konsequenz, daß die sogenannte „Friedensbewegung" gegen einen Krieg protestiert, den es gar nicht gibt und nach menschlichem Ermessen gar nicht geben kann, gleichzeitig aber schweigt sie zu den fürchterlichen Kriegen z. B. in Afghanistan, der Golf-Region oder im Libanon. Eine solche Position ist hirnrissig und steht jenseits aller Vernunft.

● Solange in Genf verhandelt wird, sind Bewegungen, die die Überlegenheit sowjetischer Rüstung hinnehmen und den Westen der Möglichkeit des Drucks auf die Sowjetunion berauben, ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen, Bewegungen gegen den Frieden.

● Solange die „Friedensbewegung" denen die Friedensbereitschaft und Friedensfähigkeit abspricht, die nicht glauben, daß Frieden wollen allein ausreicht und das wilde Tier damit zu bändigen ist, daß man es an die Wand malt, solange ist diese Bewegung eine Bewegung gegen den Frieden.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Grass, Referent,
CDU/CSU-Fraktion, Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,

wo sind diejenigen geblieben, die lauthals gegen die Nachrüstung der westlichen Welt protestieren, amerikanische Soldaten beschimpfen oder bei Empfängen – wie durch einen Landtagsabgeordneten der Grünen geschehen – einen amerikanischen General mit Blut bespritzen, als die russische Luftwaffe ein ziviles Flugzeug der koreanischen Fluggesellschaft mit 269 Menschen an Bord abgeschossen hat? In dieser Untätigkeit zeigt sich die ganze Verlogenheit derjenigen, die für die Erhaltung des Friedens demonstrieren, Zufahrten *von amerikanischen* Kasernen belagern ohne auch nur den Tod der 269 Menschen zu beklagen.

Nach diesem Ereignis erhebt kein Landtagsabgeordneter und evangelischer Pfarrer mahnende Worte gegen *diese unmenschliche Handlungsweise* russischer Soldaten, die ein wehrloses, ziviles Flugzeug abgeschossen haben. Die Einseitigkeit der Haltungsweise der Friedensinitiativen, der Grünen oder anderer linken Sektierern zeigt sich nach diesem beklagenswerten *Ereignis. Sehr deutlich* wurde dies bei einer Demonstration am 13. August 1983 an der Berliner Mauer, als man gegen die Amerikaner wegen ihrer angeblichen Einmischung in Mittelamerika demonstrierte, wobei die Demonstranten die *Mauer*, die die *menschlichen* Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen verhindert, nicht zur Kenntnis nehmen wollten.

Wer jetzt nicht aufgewacht ist und noch immer die eigenartige Handlungsweise der Friedensapostel und deren utopischen Vorstellungen unterstützt, darf sich nicht wundern, wenn er eines Tages nicht mehr in einem freien Land lebt. Teuflisch wirkt sich die Ideologie aus, wenn mit ethisch religiösen Grundsätzen und theologischen Betrachtungen *versucht wird, das Handeln gegen* jegliche Vernunft zu rechtfertigen. Nach diesem sehr traurigen Ereignis wurde es klar, wie ideologisch durchdrungen die Vertreter der Friedensinitiativen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Gerulf Herzog,
Hauptamtlicher
Erster Kreisbeigeordneter,
Gießen

Wort des Tages

» Das sind die drei Tugenden, die in der wahren Liebe gründen: Geduld, Stärke, Beharrlichkeit. Sie finden sich im Wipfel des Baumes der Liebe, der mit dem Licht des heiligsten Glaubens gekrönt ist. Die Seele, die sie besitzt, wird emporgerissen und keiner kann ihr etwas anhaben. «

Katharina von Siena, Kirchenlehrerin (1347–1380)

Kostenrechnung

Bei *dem grausigen* Tod von 269 Menschen im Luftverkehr hat man schnell die Mörder gefunden, die ganze Welt ist mit Recht entsetzt.

Auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland aber kommt in einer Woche jahraus, jahrein fast die *gleiche Zahl Menschen ums Leben.* Wer ist hier der „Barbar"? Wir Autofahrer, die Gesetzgeber, die Interessenvertreter? Das Leid der Hinterbliebenen und Angehörigen ist unermeßlich. Dieses unangenehme Thema schiebt man aber – wenn nicht selbst *bestroffen – schnell zur Seite* und geht zur Tagesordnung über, gehören doch diese bedauerlichen Straßenopfer schon längst zur Tagesordnung.

Was kostet uns dieses barbarische Straßensterben?

Hier in Dänemark hat die Direktion für das Straßenwesen in Kopenhagen kürzlich folgende „Preise" für Verkehrsopfer genannt:

● 1 Toter = 3,2 Millionen dkr. (ca. 900 000,– DM);
● 1 Verletzter = 233 000 dkr. (ca. 65 200,– DM).

In der Bundesrepublik Deutschland dürften diese „Preise" ähnlich hoch liegen. Das bedeutet bei jährlich ca. 13 000 Verkehrstoten ca. 11,7 Milliarden DM und bei jährlich ca. 470 000 Verletzten ca. 30,6 Milliarden DM, insgesamt ca. 42,3 Milliarden.

Das ist also das erschreckende „Defizit der Straße" nur bei den Toten und Verletzten. Was bedeutet demgegenüber das so gerne zitierte Defizit der Deutschen Bundesbahn, die in ihren schlimmsten Jahren nur einige hundert Unfallopfer zu beklagen hatte? Es ist doch politisch schizophren, einerseits die immer höheren Defizite der Bahn zu beklagen, andererseits aber nichts zu unternehmen, um diese Entwicklung aufzuhalten. Kürzlich konnte man vernehmen: „Nicht *Eisenbahner*, besonders Politiker fahren die Defizite in die Bahnkasse."

In den letzten Jahren hat man 136 000 Kilometer neue Straßen gebaut, aber nur ganze 13 Kilometer DB-Neubaustrecken. Nichts gegen eine gesunde Straßenentwicklung, wann aber endlich gelingt es den Verkehrspolitikern der Schiene gegenüber der Straße, schon im Hinblick auf die oben genannten bedauerlichen Straßenopfer und geldlichen Defizite, einen angemessenen Rang zu sichern?

Max Kreutzfeldt,
Helsingor / Dänemark

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNGEN

Der Düsseldorfer Maler und Objektemacher Professor **Günther Uecker** ist mit dem Kaiserring der Stadt Goslar für das Jahr 1983 ausgezeichnet worden. Uecker gilt als Entdecker neuer bildnerischer Mittel und ist vor allem durch seine Nagelbilder bekannt geworden. Mit **Otto Piene** und **Heinz Mack** hat er 1958 die Künstlergruppe „Zero" begründet, die nach Expressionismus und Bauhaus als der erste eigenständige deutsche Beitrag zur Kunst dieses Jahrhunderts bezeichnet wurde. Der seit 1975 an Maler oder Bildhauer von Weltruf vergebene Kaiserring wurde bisher unter anderem an **Henry Moore, Max Ernst, Victor Vasarely** und **Joseph Beuys** gegeben.

*

Hartmut Derendorf, Associate Professor für Pharmazie an der University of Florida, und **Jürgen Maibaum**, Münster, wurden mit dem mit 10 000 Mark dotierten Rottendorf-Preis für ihre wissenschaftlichen Arbeiten ausgezeichnet. Der Preis wird alternierend für Arbeiten auf dem Gebiet der Pharmakologie und Pharmazie sowie für Verdienste um die niederdeutsche Sprache vergeben.

*

Professor Dr. Dr. h. c. **Hellmut Friese**, emeritierter Ordinarius für Wissenschaftliche Photographie der TU München, wurde in Würdigung um die Grundlagenforschung in der wissenschaftlichen Photographie das Bundesverdienstkreuz verliehen.

GEBURTSTAGE

Senator Dipl.-Ing. **Günter Peddinghaus**, Mitbegründer und langjähriger Präsident der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) und Mitglied des Kuratoriums der Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft, vollendet am 27. September sein 75. Lebensjahr. Peddinghaus, von 1939 bis 1977 ununterbrochen Geschäftsführer der Firma Carl Dan. Peddinghaus, einem der größten Hersteller Europas für Spezialschmiedeteile, ist Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

*

Prof. Dr. **Wilhelm Grote**, Direktor der Neurochirurgischen Universitätsklinik Essen, wird am 27. September 60 Jahre alt. Grote, Autor zahlreicher Publikationen und Inhaber vieler Ehrenämter, hat nach seiner Berufung als Ordinarius für Neurochirurgie in Essen 1968 „aus dem Nichts" an den Essener Städtischen Krankenanstalten eine Neurochirurgische Klinik aufgebaut.

ARD / ZDF / III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Das Kind mit den grünen Augen
11.40 Wahl-Nachlese Hessen
12.20 Wahl-Nachlese Bremen
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Umbo
Porträt des Fotografen Otto Umbehr
von Dagmar Voss
17.00 Bilder aus dem Kasten
17.15 Spaß muß sein
Mit Hanni und dem Walroß
17.40 Tele-Lexikon
Luftpost
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Glanz und Elend der Kurtisanen (5)
Achtteilige Fernsehserie nach Balzac
Regie: Maurice Cazeneuve
21.15 Kontraste
Gedrängel in Ost-Berlin – von der ungewöhnlichen Reiselust Bonner Politiker / Die deutsch-deutschen Beziehungen vor einem ungewissen Herbst – Studiogespräch / Kampfappell der Betriebskampfgruppen – ein Aufmarsch in Ost-Berlin – und wie das DDR-Fernsehen darüber berichtet
Moderation: Peter Schultze
21.45 New York, New York
Sendung von Werner Baecker
Mit einem Beitrag über das Diana-Ross-Konzert im Central Park, einem Rückblick auf die hundertjährige Geschichte der Metropolitan Opera und einem Besuch bei Skitch Henderson u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Erzählungen eines Nachbarn
Japanischer Spielfilm, 1947
Regie: Yasujiro Ozu
0.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mathematik und Experiment
2. Wirklichkeit und Modellvorstellungen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Dem Fälscher auf den Fersen
Was war los um 1500?
Kinder entdecken Geschichte in Nürnberg
Regie: Armin Dahlen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Die Straßen von San Francisco
Reporter des Todes
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Thommys Pop-Show
Video-Hits mit Thomas Gottschalk
20.15 Stichproben
Informationen für Verbraucher
21.00 heute-journal
21.20 Looping
Dt. Spielfilm, 1981
Mit Shelley Winters, Hans-Christian Blech, Sydne Rome u. a.
Regie: Walter Bockmayer
Carmen und Johnny sind Schausteller alten Stils, das heißt sie haben gegen die modernen Fahrgeschäfte wenig zu bieten, was das Publikum noch interessieren könnte. Johnny hat sich deshalb abgewöhnt, von einem Looping zu träumen, dieser atemberaubenden, magenberauschenden Bahn – bis eines Tages Tanja auftaucht ...
23.10 Filmforum
Zwischen den Bildern
Dreiteilige Dokumentation
2. Montage im dokumentarischen Film
0.10 heute

Auf dem Rummelplatz zuhause: Die Stripperin Tanja (Sydne Rome, r.) und Inga (Ingrid Caven), Tochter einer Kunstschützin (Looping – ZDF, 21.10 Uhr)
FOTO: TELEBUNK

III.

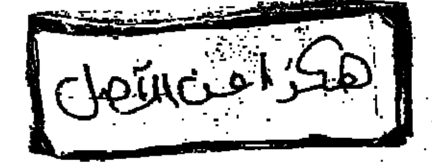
West
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur der Bundeswehr
21.45 Krank sind wir alle
Psychosomatische Tagesklinik Bielefeld
22.15 Sport-Platz
23.00 Letzte Nachrichten

Nord
18.00 Sesamstraße
18.30 Mensch, ärgere dich doch (2)
19.00 Eine Klassenreise (2)
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
zu Gast mit Gästen
Heute: Klaus Stephan
21.30 Papiertheater
Das Schwert des Damokles
22.30 Dr. Mambos Musikjournal
23.00 Peru
23.30 Letzte Nachrichten

Hessen
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Arbeit – Beispiele für ihre Humanisierung (2)
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Am Tag danach
21.15 Drei Aktuell
21.30 Columbo: Mord à la carte
US-Spielfilm, 1977
22.40 Kultur – aktuell in Hessen

Südwest
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3,
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Jenseits unserer Grenzen
21.05 Opas Weltraum-Utopien
Flash Gordons Flug zum Mars
21.25 Näher betrachtet:
Olympia – made in USA
22.25 Jazz am Montagabend

Bayern
18.15 Halt die Luft an!
18.45 Rundschau
19.00 Ein Tag beim Rennen
Amerik. Spielfilm, 1937
20.45 Rundschau
21.00 Das historische Stichwort
21.05 Z. E. N.
21.10 Der stille Kampf um die Donau
21.55 Blickpunkt Sport
22.55 Aus Forschung und Lehre
23.40 Rundschau



Am 20. September 1983 entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der

Zeitungsverleger und Chefredakteur

Dr. jur. Fritz Blume

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes, des Niedersächsischen Verdienstordens, des Eisernen Kreuzes und anderer Auszeichnungen

im Alter von 82 Jahren.

In tiefer Trauer
Elisabeth Blume geb. Wenckebach
Dr. jur. Fritz Blume
und Frau Elfi geb. Meyer

Jever, Hohnholzstraße 14

Die Trauerfeier findet am 29. September 1983 um 14 Uhr in der Stadtkirche zu Jever statt. Die Beisetzung erfolgt später im engsten Familienkreise. Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Karl Schlotmann

* Hannover, 22. Dezember 1901
† Unna, 24. September 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Emeli Schlotmann geb. Moller
Herbert und Marie-Luise Götz geb. Schlotmann
Andreas Götz
Rüdiger und Anne-Dore Roos geb. Schlotmann
Ulrich, Klaus und Christian Roos

4750 Unna, Jägerweg 13

Die Beisetzung ist im engsten Familienkreis.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 30. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Gelände der Maschinenfabrik STROMAG GMBH in 4750 Unna, Hansastraße 120, statt.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, Kto. Deutsche Bank Essen (BLZ 360 700 50) Nr. 2 471 902.

Kurz vor Vollendung seines 82. Lebensjahres verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit am 24. September 1983 der Mitgründer unseres Unternehmens

Dipl.-Ing. Karl Schlotmann

Träger des Bundesverdienstkreuzes
Träger der Verdienstmedaille des VDAM

Sein unternehmerischer Weitblick und seine Tatkraft haben unser Unternehmen zu dem gemacht, das es heute darstellt.

Bis in seine letzten Tage hat sich Herr Schlotmann als Aufsichtsratsvorsitzender für die Belange der Firmengruppe und das Wohlergehen der Belegschaft eingesetzt.

Wir verlieren mit ihm eine Persönlichkeit, von der wir voller Dankbarkeit Abschied nehmen. Sein Vorbild ist uns stete Verpflichtung.

Gesellschafter, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft
der
Maschinenfabrik STROMAG GMBH
PINTSCH BAMAG Antriebs- und Verkehrstechnik GmbH
sowie aller übrigen Firmen der STROMAG-Gruppe im In- und Ausland

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 30. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Gelände der Maschinenfabrik STROMAG GMBH in 4750 Unna, Hansastraße 120, statt.
Die Beisetzung ist im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, Kto. Deutsche Bank Essen (BLZ 360 700 50) Nr. 2 471 902

Mit tiefer Trauer nehmen die deutschen Zeitungsverleger Abschied von ihrem Kollegen

Dr. Fritz Blume

geb. 14. 8. 1901 gest. 20. 9. 1983

Ehrenmitglied des Präsidiums des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger

Dr. Fritz Blume hat sich um Auf- und Ausbau des Pressewesens in der Bundesrepublik in besonderer Weise verdient gemacht.

Sein Leben wurde durch großes publizistisches Verantwortungsbewußtsein und Engagement für die gemeinsamen Anliegen seines Berufsstandes geprägt. Zur Gründung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger im Jahre 1954, dessen Präsidium er mehr als ein volles Jahrzehnt angehörte, haben seine Initiativen entscheidend beigetragen.

Wir verlieren mit Fritz Blume einen Freund und eine profilierte Persönlichkeit. Wir trauern um ihn.

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V.
Alfred Neven DuMont
Präsident

Bonn, den 22. September 1983

Der Generalbevollmächtigte unseres Unternehmens und Chefredakteur unserer beiden Tageszeitungen, der

Zeitungsverleger

Dr. jur. Fritz Blume

ist im Alter von 82 Jahren verschieden.

Er hat sofort nach dem Tode von Herrn Enno Mettcker im Jahre 1946 die Leitung unserer Firma übernommen und ihr zu neuer Blüte verholfen. Dafür und für sein fürsorgliches Verhalten uns allen gegenüber danken wir ihm sehr herzlich.

C. L. Mettcker & Söhne GmbH
Buchdruckereien und Zeitungsverlage
Jever Wittmund Esens Wiesmoor

Hajo Allmers **Dr. jur. Fritz Blume jun.**

Für den Gesamtbetriebsrat
Georg Doden

Am 24. September 1983 verstarb unser Mitgesellschafter

Dipl.-Ing. Karl Schlotmann

Träger des Bundesverdienstkreuzes
Träger der Verdienstmedaille des VDMA

Als Geschäftsführer hat er den Beginn unseres Unternehmens mitgestaltet. Sein ausgewogenes Urteil und sein unternehmerischer Mut begleiteten uns bis zu seinem Lebensende.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied. Sein Wirken ist uns Vorbild und Verpflichtung.

Gesellschafter, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft
der
FRÖMAG
Fröndenberger Maschinen- und Apparatebau GmbH
5738 Fröndenberg, Am Klingelbach 2

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 30. September 1983, um 14.00 Uhr auf dem Gelände der Maschinenfabrik STROMAG GmbH in 4750 Unna, Hansastraße 120, statt.
Die Beisetzung ist im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, Kto. Deutsche Bank Essen (BLZ 360 700 50) Nr. 2 471 902

Unsere liebe, fürsorgliche Mutter und Großmutter

Elisabeth Brinkmann

geb. Deters
* 1. 3. 1898 † 22. 9. 1983

ist friedlich eingeschlafen.

Marianne Seib, geb. Brinkmann
Dr. Thomas Brinkmann
Erna Brinkmann, geb. Fuhrmann
Anne und Katrin
Joachim Claus Brinkmann
Dr. Karl-Erich Brinkmann
Kirsten Brinkmann, geb. Ebsen

Hamburg 52
Hemmingstedter Weg 139

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 29. September 1983, um 14 Uhr in der Kapelle des Groß-Flottbeker Friedhofes, Stiller Weg.

Am 17. September 1983 ist

Paul Wienbeck

Präsident des Amtsgerichts a. D.

im 77. Lebensjahr verstorben.

Menschlichkeit und Gerechtigkeitssinn haben das *Bild dieses hervorragenden Richters geprägt.*

Seine vorbildliche Amtsführung als Präsident des Amtsgerichts Hamburg in den Jahren 1965 bis 1975 ebenso wie seine Verdienste um die Jugendgerichtsbarkeit haben ihm weit über die Grenzen seines Gerichts hinaus Anerkennung eingetragen.

Die hamburgische Justiz wird sein Andenken mit Dankbarkeit bewahren.

Der Präses der Justizbehörde
Eva Leithäuser
Senatorin

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüdeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; *Bundeswehr: Rüdiger Moniac*; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; *Feuilleton: Dr. Peter Dittmar*, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); *Reise-WELT* und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, *Horst-Alexander Siebert*

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; *London: Helmut Voss*, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: *Werner Thomas; New York:* Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tieljen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel (02 28) 20 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 758

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr 46

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: *Axel Springer Verlag AG*, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

In der „DDR" 5847 ohne Studienplatz

AP, Berlin

Abiturienten in der „DDR" haben keinen Anspruch auf einen Studienplatz. Darauf hat nach Angaben des Berliner Informationsbüros West (IWE) die „DDR"-Zeitschrift „Das Hochschulwesen" hingewiesen. Das Studium sei eine „gesellschaftliche Anerkennung" und stelle hohe Anforderungen. Es sei nicht so, daß, wie in manchen Eingaben behauptet *wurde, ein Anspruch, und noch dazu* auf einen bestimmten Studienplatz bestehe. Die Zahl der Bewerber zum Hochschulstudium müsse die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze übersteigen, weil nur so eine Auswahl möglich sei, schrieb das Blatt.

Gegenwärtig beträgt nach Angaben der Zeitschrift das Verhältnis von Bewerbern zu Studienplätzen in der „DDR" eineinhalb zu eins. Anfang Juli hatten nach diesen Angaben 5847 Bewerber für das im September beginnende Studienjahr noch keine Zulassung. Vor allem gibt es für die Fächer Medizin, Zahnmedizin, Psy*chologie, Pharmazie, Biologie sowie* Außenwirtschaft und Binnenhandel weit mehr Bewerber, als Plätze vorhanden sind.

Weitere Vorwürfe gegen Schmähling

ms. Bonn

Das Bundesverteidigungsministerium sieht sich mit einem „Nachlaß" besonderer Art des abgelösten Chefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Admiral Elmar Schmähling, konfrontiert. Schmähling hatte 30 bis 35 Angehörige des MAD in der Beurteilung ihrer Fähigkeiten heruntergestuft. Ein erster Überblick hat ergeben, daß es sich durchweg um Soldaten handelt, die entweder Mitglieder beziehungsweise Sympathisanten der Unionsparteien sind oder aber die Schmähling kritisch gegenübergestanden haben. Ein Teil von ihnen bereitet jetzt „Gegendarstellungen" zu den von Schmähling verfügten Beurteilungen vor. Andere wiederum richten sogar förmliche Beschwerden an das Bundesverteidigungsministerium, um auf diesem Weg eine Korrektur durchzusetzen. Schmähling selbst soll künftig im Amt für Studien der Bundeswehr in Bensberg eingesetzt werden.

Weinberger: USA berücksichtigen Interessen Asiens

DW. Tokio/Peking

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat in Tokio versichert, *daß die USA bei* den Raketen-Verhandlungen mit der Sowjetunion in Genf nicht die Interessen Japans und anderer asiatischer Staaten opfern wollten. Nach Auskunft japanischer Regierungssprecher sagte Weinberger, die Politik der USA bei den amerikanisch-sowjeti*schen* Gesprächen über eine Verringerung der Mittelstreckenwaffen habe sich nicht grundlegend verändert. Washington strebe weiter eine „weltweite, ausgewogene und überprüfbare" Lösung der Raketenfrage an.

Weinberger, der am Samstag in Tokio eingetroffen war, nahm damit in einem Gespräch mit dem japanischen Außenminister Shintaro Abe zu der in Japan laut gewordenen Besorgnis Stellung, daß Änderungen in der Verhandlungsposition der USA in Genf darauf hinauslaufen könnten, der Sowjetunion die Beibehaltung ihrer 108 auf Ziele in Asien gerichteten SS-20-Raketen zu ermöglichen. Abe setzte sich dafür ein, daß die Genfer Verhandlungen „unter einem globalen Gesichtspunkt" betrieben werden müßten, bei dem Asien nicht geopfert werden dürfe.

Vor seinem Abflug nach Peking kritisierte Weinberger gestern die sowjetische Führung. Der Abschuß des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges und die „illegale Nachkriegsbesetzung japanischen Territoriums" hätten bewiesen, daß „die sowjetische Führung von Verfolgungswahn besessen, korrupt und barbarisch" sei. Während seines eintägigen Aufenthalts in Japan hatte der US-Minister eine stärkere japanisch-amerika*nische Zusammenarbeit im Verteidi*gungsbereich als Mittel zur Erhaltung des Gleichgewichts im pazifischen Raum befürwortet.

Im Mittelpunkt der am Sonntag begonnenen fünftägigen Gespräche Weinbergers mit der Pekinger Führung steht die sicherheitspolitische *Lage in Asien sowie amerikanisch*-chinesische Kontakte auf dem Gebiet der Verteidigung. Washington hatte kürzlich mit der Lockerung der Auflagen zum Export von Technologie und Computern Waffenlieferungen nach China ermöglicht. Der Verteidigungsminister wird in Peking unter anderen auch den Spitzenpolitiker Deng Xiaoping treffen.

Wie Reagan die amerikanischen Vorschläge für Genf erweitert

Neue Konzession bei Stationierung bedeute keinen Verzicht auf Waffengleichgewicht

TH. KIELINGER, Washington

Die Vereinigten Staaten haben in Genf eine globale Begrenzung aller atomaren Mittelstreckenraketen vorgeschlagen, mit einem wichtigen Zusatz: Sie sind bereit, in Europa weniger Systeme aufzustellen, als ihnen entsprechend der Einigung auf eine globale Obergrenze zustünde.

Dies ist der überraschende Kern der neuen westlichen Verhandlungsposition, die nach langen Gesprächen innerhalb der Beratungsgremien der NATO jetzt von Präsident Reagan abgesegnet und den Sowjets in Genf unterbreitet worden ist.

Entsprechend dieser neuen Position würden die USA die nicht in Europa aufgestellten Waffen aber durchaus produzieren. Doch sollen sie dann nur innerhalb Amerikas gelagert und für Dislozierung im Notfall bereitgehalten werden.

Wie Beamte der Reagan-Regierung am Wochenende in detaillierten Briefings für die Presse erläuterten, bedeutet der mögliche Verzicht auf Stationierung amerikanischer Waffen aber nicht einen Verzicht auf Waffengleichgewicht in Europa. Auf keinen Fall wird die NATO weniger Systeme dislozieren, als Moskau nach einer Einigung in Genf gegenüber dem Westen im Felde behält.

Da die Sowjetunion Mittelstrecken*raketen an zwei geographisch ge*trennten Orten stationiert, im europäischen und im asiatischen Teil der Sowjetunion, der Westen aber nur in einer geographischen Region, nämlich in Europa, Nachrüstung plant, besteht unter dem Prinzip der „globalen Begrenzung" theoretisch die Möglichkeit, daß die NATO vis-à-vis Moskau numerisch stärker erscheint: Sie könnte ja alle erlaubten Systeme in den an der Nachrüstung beteiligten Ländern aufstellen, während die Sowjets ihre Dislozierung aufspalteten, in eine europäische und eine asiatische Region, und darum eben gegenüber der NATO numerisch un*terlegen blieben, und zwar genau um* die Anzahl der in Asien als Bedrohpotential aufgestellten Mittelstrekkenraketen.

Der westliche Vorschlag bedeutet mithin eine wesentliche Konzession: Er verzichtet auf die volle Ausschöpfung der erlaubten Obergrenze und will nur soviel an eigener Nachrüstung einführen, als Moskau abzüglich seiner in Asien aufgestellten Systeme an *Mittelstreckenpotential* behält.

Orientierungspunkt ist also, wie Moskau nach der Einigung auf eine gemeinsame globale Obergrenze disloziert, also sein eigenes Bedrohpotential verteilt. Der Westen wird auf seinem Gebiet nicht weniger aufstel*len, als ihm vom Osten aus gegen*übersteht. Aber auch nicht – wie theoretisch erlaubt – mehr. Somit ergäbe sich als Folge der nicht ausgeschöpften Quote, daß in den beiden Regionen Europa und Asien zwei verschiedene Situationen entstünden: Waffenparität in Europa, und faktische Überlegenheit Moskaus in Asien.

Dieser Tatbestand ist in der gesamten Weltpresse bisher falsch dargestellt worden, wie die amerikanischen Experten sagen. Bisher wurde aufgrund von Indiskretionen immer berichtet, die USA würden den Sowjets ihre 108 gegen China und Japan in Stellung gebrachten SS-20-Raketen belassen (freilich nur de facto, nicht de jure), wenn sich Moskau zu einer Gleichgewichtsformel in Europa bereitfände.

„An eine solche Abmachung ist nicht gedacht", erklärte ein Regierungsbeamter emphatisch. Das Gleichgewicht, das in Europa zustan*dekäme, macht vielmehr eine westli*che Konzession aus: Den Verzicht auf volle Ausschöpfung der ausgehandelten globalen Obergrenze. Aber die Arithmetik des Ganzen würde Moskau zu scharfen Reduktionen seines Mittelstreckenarsenals zwingen.

US-Regierungskreise erläutern dies an folgendem Zahlenbeispiel: Gesetzt den Fall, man einigte sich auf eine globale Begrenzung in der Höhe der NATO-Nachrüstung, also 572 Systeme (Sprengköpfe) und Moskau wollte alle seine gegenwärtig auf Asien gerichteten 108 SS-20-Raketen behalten. Dann wären von der Obergrenze 572 bereits 324 Sprengköpfe *„vergeben" (die SS 20 ist mit je drei* Sprengköpfen ausgestattet). Es blieben noch 248 Raketensprengköpfe übrig, das macht knapp 83 SS-20-Träger aus, die Moskau gegen Westeuropa in Stellung bringen könnte – eine wesentliche Reduktion von den gegenwärtig 250 auf die NATO gerichteten SS 20, nicht gerechnet die hunderte von älteren SS 4 und SS 5.

Innerhalb dieses Zahlenspiels wür*de die westliche neue Verhandlungs*position also besagen, daß die NATO nicht mehr als 248 eigene Sprengköpfe mit Mittelstreckenreichweite disloziert. Da sich der „Waffenmix" aus Cruise Missiles und Pershing 2 entsprechend der Proportion der ausgehandelten Gesamtreduzierung verringert, käme mithin ungefähr eine Stationierung von 200 Cruise Missiles und 48 Pershing-2-Raketen zustande. Diese Zahl würde sich erhöhen müssen, falls Moskau bei Verringerung seiner Dislozierung in Asien die auf Europa gerichtete Waffenzahl erhöhen wollte.

In jedem Fall bleibt das Prinzip der „globalen Begrenzung" erhalten. Entsprechend wehrt sich das Weiße Haus gegen Formulierungen, Moskau werde „für eine Einigung in Europa mit Übergewicht in Asien belohnt". Vielmehr müßten die Sowjets, so heißt es in Washington, unter den Bedingungen des neuen westlichen Vorschlags harte Entscheidungen über ihre geographisch auseinanderliegenden Dislozierungsstätten treffen, was in jedem Fall zu einer wesentlichen Reduktion ihres Bedrohpotentials führen würde.

Für die deutsche Politik hat die neue Verhandlungsposition in Genf nicht nur den Vorteil, daß sie auf eine möglichst niedrige Zahl von zu stationierenden Pershing-2-Raketen abzielt. Man hat jetzt auch die Amerikaner quasi als Nachrüstungsland mit in die INF-Entscheidung eingebunden, da sie alle Mittelstreckenwaffen bei sich lagern müßten, die in Europa nicht stationiert werden.

Ohne auf konkrete Zahlen einzugehen, wird Präsident Reagan in seiner heutigen Rede vor der UNO-Vollversammlung den neuen westlichen Verhandlungsvorschlag vortragen und ihn zusammen mit anderen Ideen zur Waffenreduktion zu einem weit gefaßten neuen amerikanischen Abrüstungsvorstoß bündeln. Daß er *die Sowjets zu größerer Verhand*lungsbereitschaft beim Abrüstungsdialog herausfordere, hatte er bereits in einer Radioansprache am Samstag angekündigt. Diese Rede, aufgenommen im Studio der „Stimme Amerikas", wurde unter Einschaltung besonderer Übertragungsverstärker zu einer Ansprache Präsident Reagans an das sowjetische Volk.

Rogers leitet US-Operationen in Libanon

SAD/DW. Brüssel/Beirut

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers ist als Oberbefehlshaber aller US-Streitkräfte in Europa mit der Leitung der amerikanischen Militär-Operationen in Libanon betraut worden, verlautete im Hauptquartier der Allianz in Brüssel. Diese Richtlinien habe Rogers von Präsident Reagan erhalten.

In informierten Kreisen heißt es dazu, General Rogers habe im Rahmen des erteilten Auftrags freie Hand und müsse für seine Entscheidungen nicht in Washington rückfragen. Mit seinen Verpflichtungen als Oberbefehlshaber der NATO gerate Rogers dabei nicht in Konflikt.

Das US-Schlachtschiff „New Jersey" (58 000 Tonnen) ist gestern zu der vor Beirut kreuzenden US-Flotte gestoßen und verstärkt mit ihren neun 40-Zentimeter-Geschützen deren Feuerkraft beträchtlich. Bisher hatten 14 US-Kriegsschiffe mit fast 12 000 Mann Besatzung, mehr als 90 Flugzeugen und einigen Kampfhubschraubern vor der Küste operiert und das US-Kontingent der in Beirut operierenden Friedenstruppe unterstützt.

Trotz intensiver Konsultationen über eine Feuerpause gingen die Kämpfe in Libanon weiter und konzentrierten sich in der Nacht zum Sonntag auf die südlichen Vororte Beiruts, wo sich die libanesische Armee und schiitische Milizen gegenüberstehen. Am Samstag waren bei den Kämpfen mindestens drei Menschen getötet und 27 verletzt worden.

Syrien soll die PLO-Guerrillagruppe „El Fatah" aufgefordert haben, neun Bataillone mit rund 10 000 Mann aus dem Bekaa-Tal in Libanon abzuziehen. Der Abzug der unter dem Befehl von PLO-Chef Arafat stehenden Verbände dient nach Ansicht von Beobachtern einer Stärkung der Position der PLO-Rebellen unter Abu Mussa, die zusammen mit drusischen Milizen gegen die Regierung Gemayel kämpfen. Tausend Arafat-Leute sollen bereits abgezogen sein.

Präsident Gemayel hat, wie Radio Beirut meldete, nach dem Scheitern der Verhandlungen über eine Waffenruhe einen Vorschlag der Arabischen Liga akzeptiert, mit dem syrischen Staatschef Assad und dem saudiarabischen König Fahd zu Friedensgesprächen zusammenzutreffen.

„Figaro" bleibt bei seiner Darstellung

SAD, Paris

Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro" hat ein weiteres Mal über den Beschuß einer Boeing der „Air France" in einem der Flugkorridore nach West-Berlin berichtet. Damit hielt der „Figaro" seine Meldung der vergangenen Woche trotz des Dementis des Quai d'Orsay aufrecht, präzisierte jedoch, daß sich der Vorfall vor sechs Monaten ereignet habe.

Der „Figaro" meldete jetzt, die Boeing sei auf dem Flug nach West-Berlin von Jagdflugzeugen der „DDR" unter Beschuß genommen worden, dann aber in West-Berlin auf dem Flughafen Tegel gelandet und nicht, wie ursprünglich berichtet, in Ost-Berlin zur Landung gezwungen worden. Die Piloten der „Air France" hätten im August erneut strikte Anweisungen erhalten, unter keinen Umständen die ihnen reservierten Luftkorridore zu verlassen. Die Mitgliedstaaten der NATO seien über den Vorfall nicht unterrichtet worden. Der Zwischenfall sei jedoch auf der Luftfahrt-Konferenz von Montreal erörtert worden. Er solle außerdem vor *den Bundestag* gebracht werden.

Moskau: CIA warnte Nixon

AP/rtr/dpa, Moskau/Tokio

Die sowjetischen Medien haben die These verbreitet, der ehemalige US-Präsident Richard Nixon habe eine Platzreservierung für die südkoreanische Boeing KAL 007 storniert, weil der amerikanische Geheimdienst CIA „nicht gewagt" habe, ihn in den Tod zu schicken, und ihn in letzter Minute gewarnt habe. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass und Radio Moskau nannten den entsprechenden Bericht der Illustrierten „Quick" einen „Beweis" für ein Komplott der CIA, den Jumbo-Jet über sowjetisches Gebiet zu schicken.

Jedoch hatte die „New York Post" bereits am 3. September berichtet, Nixon wäre an Bord der Maschine gewesen, wenn er nicht eine Einladung abgelehnt hätte, zu den Feiern zum 30. Jahrestages des amerikanisch-südkoreanischen Verteidigungspaktes nach Seoul zu fliegen. Ein ehemaliger Mitarbeiter Nixons teilte mit, der frühere Präsident habe sich gegen die Einladung entschieden.

Paul Wienbeck

Amtsgerichtspräsident a. D.

* 21. April 1907 † 17. September 1983

In Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied

Hans Jürgen Wienbeck
Jan Wienbeck
Lore Stubmann, geb. Wienbeck
John de Boer
Ursula Dorna

Binderstraße 13, 2000 Hamburg 13

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Kreise stattgefunden.

Eine große Persönlichkeit, ein überzeugender Unternehmer ist von uns gegangen.

Dr.-Ing. Friedrich Wieland

starb am Morgen des 24. September 1983
im 71. Lebensjahr.

Sein Leben war sein Unternehmen. Ihm widmete er seine ganze Kraft. Bis zu seinem plötzlichen Tode stand er in der vollen Verantwortung für sein Lebenswerk.

Vorsorge und Fürsorge für seine Familie und für seine Mitarbeiter bestimmten sein Handeln. Sein Leben und sein Wirken waren geprägt von Disziplin, Energie und persönlicher Bescheidenheit.

Wir trauern um ihn in Respekt, Dankbarkeit und Liebe.

Geschäftsführung, Betriebsrat und Mitarbeiter der
F. Wieland elektrische Industrie GmbH
Bamberg

Beisetzung am Mittwoch, dem 28. September 1983, 14.00 Uhr.

Mit Feuer und Schwefel

Bm. – Da hat der Rat der Stadt Solingen den Beschluß gefaßt, seine kommunalen Anteile am gemischtwirtschaftlichen RWE zu nutzen, um die Verwaltung des Stromgiganten zu zwingen, seine Braunkohlenkraftwerke bis April 1984 so zu entschwefeln, daß nur noch 400 Milligramm je Kubikmeter in den Himmel gepustet werden.

Das Recht zu solcher Forderung, das die Solinger im Aufsichtsrat mit Feuer und Schwefel durchsetzen möchten, beziehen sie aus der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die diese 400 Milligramm vorschreibt. Für Steinkohle muß dieses Ziel bis zum April 1984 erreicht sein, was technisch auch möglich ist. Für Braunkohle wurden die Fristen vom Gesetzgeber weiter hinausgeschoben.

Dabei gibt es einen Vertrag zwischen dem RWE und dem Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, wonach das RWE zusichert, die Braunkohlenkraftwerke nach dem bewährten Trockenentschwefelungsverfahren auf 650 Milligramm zu drücken.

Fragt man den Solinger Rat, ob ihm eine Adresse bekannt sei, die auf dieser Erde Naßentschwefelungsverfahren für Braunkohlenkraftwerke anbietet, die den Wert von 400 Milligramm erreichen, so bekommt man zur Antwort, dafür sei der Aufsichtsrat des RWE nicht zuständig. Dies sei Sache des Vorstandes. Und fragt man den Vorstand des RWE, so lautet die Antwort: „Nein, das ist noch nicht Stand der Technik."

Wozu wohl hat der Gesetzgeber die längeren Fristen für die Braunkohlenentschwefelung eingeräumt? Die Solinger täten gut, ihre emotionale Forderung zu überdenken. Wo Schwefel ist, da muß nicht auch gleich der Teufel los sein.

Preis und Absatz

Mk. – Auch wenn manches Mal aus naheliegenden Gründen das Gegenteil behauptet wird, in der Landwirtschaft haben die Preisgesetze ihre Gültigkeit noch nicht vollständig verloren. So weist das Bundesernährungsministerium jetzt darauf hin, daß im ersten Halbjahr der Verbrauch von Rindfleisch in der Bundesrepublik um 4,2 Prozent auf 578 000 Tonnen gesunken ist. Damit hat sich der nachgebende Trend fortgesetzt, der nicht zuletzt auf die im Vergleich zum Schweinefleisch wesentlich höheren Preise zurückzuführen ist. Gleichzeitig hat die Produktion von Rindfleisch angezogen. Verwundern kann dieses eigentlich nicht. Trotzdem werden in der offiziellen Politik solche Zusammenhänge zwischen Preis und Absatz und Produktion negiert. Besonders fatal ist dies, da aufgrund von Umfragen feststeht, Rindfleisch rangiert in der Beliebtheit ganz vorn. Wenn ein solches Produkt aufgrund zu hoher Preise, die ohne staatliche Interventionen nicht haltbar wären, aus dem Markt gedrängt wird, spätestens dann sollte doch über die Maßnahmen nachgedacht werden.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS / Jahresversammlung in Washington

Zur Lösung der Schuldenkrise können keine Fortschritte erwartet werden

CLAUS DERTINGER, **Washington**

Die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, die US-Präsident Reagan morgen in Washington offiziell eröffnet, wird keine Fortschritte zur Lösung der internationalen Schuldenkrise bringen. Die Aktionsfähigkeit der internationalen Institutionen ist blockiert durch die Weigerung des US-Kongresses, Haushaltsmittel für ihre Finanzierung bereitzustellen. Der IWF kann deshalb keine neuen Hilfszusagen mehr geben.

Das zeichnet sich nach der entscheidenden Sitzung der Zehnergruppe ab, der die Finanzminister und Notenbankchefs der zehn wichtigsten Industrieländer und der Schweiz angehören. Solange die USA nicht ihren 8,4-Milliarden-Anteil zur Aufstockung der IWF-Mitgliederquoten von 61 auf 90 Milliarden Sonderziehungsrechte (1 SZR = 2,80 DM) und der „Allgemeinen Kreditvereinbarungen" von 6,4 auf 18,5 Milliarden SZR leisten, wird der IWF über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) von den Notenbanken der Zehnergruppe und Saudi-Arabiens auch nicht jene 6 Milliarden erhalten, die er zur Finanzierung der Lücke zwischen seinen Kreditzusagen und seinen langfristig gesicherten Refinanzierungsmitteln braucht.

Die hinter der BIZ stehenden Zentralbanken sehen nicht ein, warum ausgerechnet sie den IWF in die Lage versetzen sollen, Kredite an jene Länder vor allem in Lateinamerika zu geben, an denen die Amerikaner das größte wirtschaftliche und politische Interesse haben. Dies und die Ankündigung von IWF-Direktor de Larosier, der Fonds könne keine neue Kreditzusage mehr geben, ist als eine bewußte Demonstration zu werten: Zunächst sollen die USA eine Entscheidung über die vereinbarte Aufstockung der regulären IWF-Mittel fällen.

Die Weigerung des US-Kongresses belastet das Klima der Washingtoner Währungstagung. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesbankchef Karl Otto Pöhl glauben allerdings, daß die USA vor dem Jahresende doch noch ihre Finanzverpflichtungen gegenüber dem IWF erfüllen werden.

Auf der Basis dieser Hoffnung haben die Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe am Wochenende auch über die künftige Politik des IWF diskutiert. Ihr Hauptziel ist es, die Leistungsfähigkeit des Fonds angesichts der wachsenden Ansprüche seitens der schuldengeplagten Entwicklungsländer sicherzustellen. Dabei geht es vor allem um die Weiterführung des sogenannten erweiterten Zugangs, eines Sonderkreditfensters des IWF, das nach der zweiten Ölkrise geöffnet wurde und bei Inkrafttreten der Quotenerhöhung wieder geschlossen werden sollte, was allerdings bedeuten würde, daß den besonders bedrängten Ländern künftig weniger Kredite zur Verfügung stünden.

Um dies zu verhindern, will der IWF eine schrittweise Reduzierung dieser Kreditfazilität von bisher jährlich 150 Prozent der Mitgliedsquote für einen Dreijahreszeitraum erreichen. Für das nächste Jahr könnte sich ein Kompromiß bei 110 bis 125 Prozent abzeichnen. In den Folgejahren sollen jeweils neue niedrigere Obergrenzen festgelegt werden, die sich an der aktuellen Bedarfssituation orientieren. Der IWF wird also, wie es der Bundesfinanzminister formulierte, auf knappe Sicht fahren.

Im Zehnerklub bestand Einigkeit, daß der IWF weiter an seiner streng auflagengebundenen Kreditpolitik festhält, die freilich nicht den Intentionen der Empfängerländer entspricht, die im Interimskomitee, dem Steuerungsgremium des IWF, ebenfalls ein Wort mitzureden haben. Dennoch glaubte man, daß die Strategie einer festen, in Einzelfällen aber flexiblen Haltung, wie sie die Zehnergruppe formulierte, auch eine Einigung auf gewisse Grundsätze im Interimsausschuß ermöglicht.

In der Diskussion über die Weltwirtschaftlage, die durch eine kräftige Erholung in den USA und Kanada, aber einen immer noch nicht selbsttragenden Aufschwung in Europa – auch in der Bundesrepublik – gekennzeichnet ist, stand die Sorge über die hohen amerikanischen Zinsen im Vordergrund.

US-AKTIENMÄRKTE

Geldmengenzahlen schaffen ein günstiges Anlageklima

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Nach dem sommerlichen Auf und Ab herrscht nun an den US-Aktienmärkten eine echte Haussestimmung. In der vergangenen Woche durchbrach der populäre Dow-Jones-Industrie-Index gleich zweimal alte Rekordmarken; ernst zu nehmende Broker setzen auf eine Fortsetzung des Aufwärtstrends, wobei sich das Kaufinteresse auf traditionelle Wachstumswerte konzentriert. Das Schwergewicht liegt auf ausgewählten Qualitätspapieren wie IBM und General Motors. Mit dramatischen Kursausschlägen wird vorerst nicht gerechnet.

Bestimmt wird das günstigere Anlageklima von der Erwartung, daß die US-Notenbank die Konjunktur jederzeit durch eine großzügigere Geldpolitik abstützen kann. Nachdem das Aggregat M 1 (Bargeld und Sichteinlagen) in der letzten Berichtswoche noch einmal um 3,1 Milliarden Dollar gesunken ist, liegt es jetzt um 5,3 Milliarden Dollar unter dem für das dritte Quartal auf sieben Prozent festgesetzten Wachstumsziel. Der Korridor für das Gesamtjahr 1983 beträgt fünf bis neun Prozent. Hinzu kommt, daß die steigenden Unternehmensgewinne den Cash-flow vergrößern und die Firmen in die Lage versetzen, die Fremdfinanzierung einzuschränken.

Diese Entwicklung spricht für eine Kreditverbilligung in den nächsten Monaten. Am Freitag fielen die Zinsen für Notenbanktagegeld von durchschnittlich 9,44 auf 9,13, für dreimonatige Treasury Bills von 8,92 auf 8,83 und für siebenjährige Treasury Notes von 11,54 auf 11,35 Prozent. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, daß das US-Finanzministerium über die Woche 14,25 Milliarden Dollar versteigerte, die problemlos vom Markt aufgenommen wurden. Wie es jedoch nach der Jahreswende aussieht, ist eine andere Frage. Nicht bestritten wird an der Wall Street Martin Feldsteins Prognose, wonach die langfristigen Zinsen 1984 wieder anziehen, weil die staatliche Defizitfinanzierung mit dem wachsenden privaten Geldbedarf zusammenstößt.

Zwei weitere Faktoren beeinflussen zunächst die US-Börsen: Wie im Vormonat erhöhte sich der amerikanische Verbraucherpreisindex im August um 0,4 Prozent. Für die ersten acht Monate betrug das Preisplus 3,4, seit Jahresfrist 2,6 Prozent; die offiziellen Voraussagen für 1983 und 1984 bewegen sich um fünf Prozent. Abzuwarten sind allerdings die Auswirkungen der Trockenheit im Mittelwesten, Rohstoffe verteuern sich schon auf breiter Front. Als Stimulans erwies sich die Zunahme der Aufträge für langlebige Gebrauchsgüter um 0,3 (Juli: minus 2,9) Prozent.

Der „Dow" gewann im Wochenverlauf 29,88 Punkte; Gewinnmitnahmen drückten ihn am Freitag um 1,93 auf 1255,59 Punkte. Der breitere Nyse-Index stieg um 1,90 (minus 0,13) auf 98,07 Punkte. Der „Dow" liegt nun um 62 Prozent über dem Stand vor Beginn der Hausse im August 1982.

Lubbers' Handschrift

Von BODO RADKE, Den Haag

Der dem niederländischen Parlament jetzt vorliegende Haushaltsvoranschlag für 1984 der Mitte-Rechts-Regierung ist unverkennbar geprägt von der wirtschaftsfreundlichen Einstellung der liberal-konservativen Minister und ihrer Amtskollegen vom rechten Flügel der christlich-demokratischen Partei. Entsprechend positiv reagierten die Arbeitgeber und ihre Verbände auf diesen Budgetentwurf. Aus dem Lager der Gewerkschaften und der Linkspolitiker dagegen reichen die kritischen Äußerungen bis zu dem Vorwurf, das Kabinett wolle in geradezu „unmoralischer" Weise die freie Wirtschaft auf Kosten der sozial Schwächsten fördern.

Den vielen angekündigten Kürzungen im Bereich der Sozialleistungen mit dem Ziel einer Sanierung der holländischen Staatsfinanzen steht nämlich der Verzicht auf global 1,3 Milliarden Gulden (1,16 Milliarden Mark) für das kommende Jahr gegenüber, die der Staatskasse bisher aus der Wirtschaft in Form dieser oder jener Abgabe zuflossen. So soll die Körperschaftssteuer zunächst um fünf und später nochmals um weitere drei Prozent gesenkt werden. Außerdem werden mittleren und kleinen Betrieben sowie allen Angehörigen freier Berufe größere Steuerabzugsmöglichkeiten als in der Vergangenheit eingeräumt und fiskalische Anreize für Investitionen geboten.

Doch es sind nicht nur diese im Budgetentwurf vorgesehenen konkreten Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen, die in Wirtschaftskreisen mit Genugtuung registriert werden. Mindestens ebenso erfreulich findet man die liberalen Akzente in der Regierungserklärung zum Thema des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft. In dieser programmatischen Erklärung, die von Königin Beatrix in der traditionellen Form einer „Thronrede" bei der Eröffnung des neuen parlamentarischen Sitzungsjahres verlesen wurde, fand sich zum Beispiel die Ankündigung, daß sich die Regierung energisch um einen Abbau bürokratischer Bevormundung im Bereich des Geschäftslebens bemühen wolle. Dieses Versprechen wurde noch von dem Zusatz ergänzt, der Staat sollte sich prinzipiell von Dingen fernhalten, die „durch andere mindestens so gut" erledigt werden können.

Auch die in der Regierungserklärung enthaltene Formulierung, auf längere Zeit werde eine Gesundung der Wirtschaft allen jenen zugute kommen, die jetzt von manchen harten Einsparungen im Bereich der Sozialleistungen getroffen werden, verrät die Handschrift von Ministerpräsident Ruud Lubbers und des Vizepremiers van Aardenne, die beide aus Unternehmermilieu stammen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Ablehnung dieser These durch die linken Oppositionsparteien und die Gewerkschaftsspitze auf verbale Proteste beschränkt bleibt.

Schon gibt es genug lautstarke Drohungen, den Niederlanden ständen „belgische Verhältnisse" bevor, wenn das Mitte-Rechts-Kabinett nicht schleunigst die Diskrepanz zwischen rigorosen Kürzungen der Ausgaben für den öffentlichen Dienst sowie die soziale Sicherheit auf der einen Seite und großzügiger Zuteilung von Vorteilen für die Wirtschaft auf der anderen korrigiere.

Der Hinweis auf „belgische Verhältnisse" ist natürlich eine Anspielung auf den zweiwöchigen Streik im öffentlichen Dienst des Nachbarlandes, dessen katastrophale Auswirkungen auf die Volkswirtschaft des Königreiches der Flamen und Wallonen noch nicht zu übersehen sind. Ähnliche Protestaktionen in Holland, die keineswegs ausgeschlossen werden können, würden alles wieder in Frage stellen, was sich an vorsichtigen Hoffnungen auf einen allmählichen Aufschwung der niederländischen Wirtschaft gebildet hat.

Anzeichen dafür sind durchaus vorhanden. Der Außenhandel Hollands hat sich im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres mengenmäßig beim Export wie beim Import um vier Prozent vergrößert. Der niederländische Einzelhandel meldete für diesen Vergleichszeitraum eine Umsatzsteigerung um drei Prozent. Und für die Industrie wird bis zum Jahresende eine Zunahme der Investitionen um neun Prozent gegenüber 1983 erwartet.

AUF EIN WORT

„Höherqualifizierung von Mitarbeitern ist alles andere als „sozialer Luxus", sondern notwendige Voraussetzung im Wettbewerb der Firmen und bei der Behauptung im Berufsleben."

Lothar F. W. Sparberg, Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH

FOTO: DIE WELT

Florierender Markt für Gebrauchtwagen

dpa, **Flensburg**

Zum sechsten Mal hintereinander haben in einem Monat des Jahres 1983 mehr als eine halbe Million Kraftfahrzeuge den Besitzer gewechselt. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, berichtete, wurden im August 503 000 Kraftfahrzeuge auf dem privaten und gewerblichen Gebrauchtwagenmarkt auf neue Halter überschrieben. Davon waren 452 000 Pkw. Das bedeutet gegenüber August 1982 einen Zuwachs um gut elf Prozent und um zehn Prozent allein bei den Pkw. Damit gingen von Januar bis August dieses Jahres ingesamt knapp 4,25 Millionen gebrauchte Kfz – darunter 3,77 Millionen Pkw – auf neue Besitzer über. Dieses Ergebnis übertraf das des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 7,3 Prozent insgesamt und bei den Pkw um 6,6 Prozent.

AUTO-INDUSTRIE

Verlauf der IAA erfüllt die Branche mit Zuversicht

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Auch der letzte Tag der Jubiläumsausstellung brachte den Automobilbauern einen bisher nicht erreichten Massenandrang. Mit rund 1,25 Millionen Besuchern – ein Viertel mehr als vor zwei Jahren – schloß die 50. Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) am Sonntagabend nach zwei Wochen ihre Tore. Der Verlauf der Ausstellung, hielt Automobilverbands-Präsident Horst Backsmann in seinem Schlußwort fest, hat auch den Schwung widergespiegelt, den die Automobilkonjunktur seit einigen Monaten gewonnen hat.

Das drückt sich nicht nur in den steigenden Neuzulassungen im Inland aus, sondern auch in zufriedenen Stimmen von Ausstellern aus dem Zuliefererbereich. Die Zulieferer berichten von wieder steigenden Aufträgen.

Die Nutzfahrzeugproduzenten leiden dagegen besonders im Schwerstfahrzeug-Bereich, noch unter weltweit gedämpften Geschäften. „Wir hoffen, daß die Automobilindustrie ihren Schwung auch auf die übrige Wirtschaft überträgt", betonte Backsmann.

Gestützt wird seine Annahme von dem hohen Anteil jüngerer Besucher, die einer Verbandsumfrage zufolge innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Auto erwerben wollen und die IAA zur Vorinformation nutzten. Im Vordergrund ihres Interesses standen Backsmann zufolge „sparsame Fahrzeuge, die zugleich zügiges Fahren erlauben". Der Automobil-Präsident erinnerte daran, daß die in Frankfurt gezeigten Automobile im Schnitt 15 Prozent weniger Kraftstoff als vor fünf Jahren verbrauchten und niedrigere Abgaswerte hätten als je zuvor. Auf diesem Weg gelte es für die Branche weiterzugehen.

SAARSTAHL

Arbed will im Oktober Sanierungskonzept vorlegen

dpa/VWD, **Völklingen**

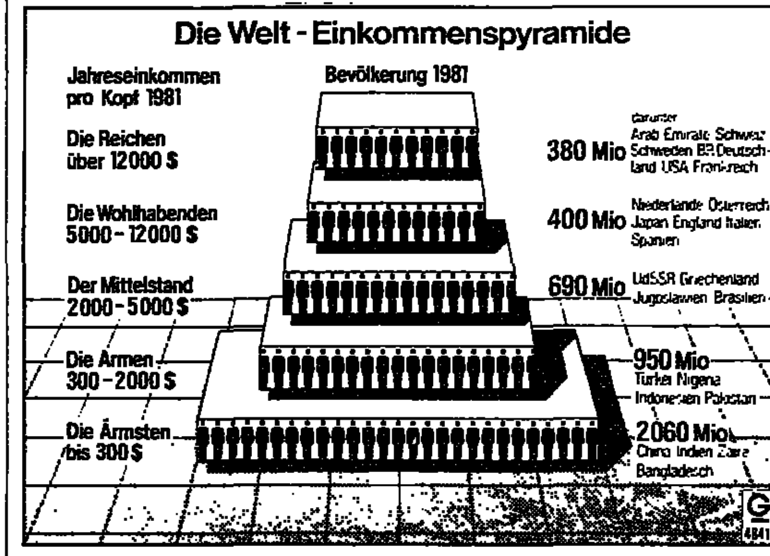
Die Unternehmensleitung der vom Konkurs bedrohten Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, wird das ihr von der Bundesregierung für die Gewährung neuer Finanzhilfen auferlegte Sanierungskonzept, das zu drastischen Kosteneinsparungen führen soll, am 12. Oktober in Bonn vorlegen. Das teilte ein Unternehmenssprecher mit. Nach seinen Worten ist in den vergangenen Wochen jeder der noch bestehenden 17 200 Arbeitsplätze bei Arbed Saarstahl auf seine Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit unter die Lupe genommen worden.

In der ersten Oktoberwoche soll darauf aufbauend eine Ergebnisplanung im Blick auf einen möglichen Personalabbau und den Finanzbedarf erstellt werden. Noch ist unklar, ob es bei Arbed Saarstahl zu Massenentlassungen kommt. Die Bundesregierung hatte bei ihrem geforderten Sanierungskonzept ausdrücklich auf diese Möglichkeit hingewiesen. Seitens der Unternehmensleitung war in den letzten Wochen von einem Personalabbau um 4350 Beschäftigte bei Saarstahl die Rede.

SPD und DGB im Saarland haben jedoch entschieden Widerstand gegen Massenentlassungen angekündigt und wollen nur vorzeitigen Pensionierungen älterer Arbeitnehmer über staatlich finanzierte Sozialpläne zustimmen.

Arbed Saarstahl hat in den letzten fünf Jahren bereits 2,8 Milliarden Mark öffentliche Hilfen in Form von Zuschüssen und Bürgschaften von Bund und Land erhalten. Zur Abwendung des Konkurses braucht das Unternehmen allein für dieses Jahr voraussichtlich noch mindestens 86 Millionen Mark Finanzhilfe. Dieser Mittelbedarf war bereits vor einiger Zeit angemeldet worden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Hälfte der viereinhalb Milliarden Erdbewohner fristet ihr Leben in bitterer Armut. Nach Berechnungen leben mehr als zwei Milliarden Menschen in Ländern wie China, Indien oder Bangladesch, wo die Wirtschaftsleistung pro Kopf und Jahr 300 Dollar oder weniger beträgt. Die Armen Europas, wie Griechen und Jugoslawen, gehören im Weltmaßstab durchaus zum Mittelstand. Die Gruppe der Reichen umfaßt nur acht Prozent der Weltbevölkerung. QUELLE: GLOBUS

Günstige Aussichten im Nahost-Handel

Hamburg (dpa/VWD) – Die mittel- und langfristigen Aussichten der deutschen Exportwirtschaft in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sind nach Ansicht des Vorsitzenden des Nah- und Mittelost-Vereins (NuMOV), Hans-Otto Thierbach (Deutsche Bank), durchaus positiv zu beurteilen. Allerdings werde an die vergangenen Exportzuwachsraten in diesem Raum von jährlich 17 Prozent (1975 bis 1981) kaum angeschlossen werden können. Sie dürften sich jedoch dennoch auf hohem Niveau einpendeln, meinte Thierbach.

Weg der Kurse

	23. 9. 83	16. 9. 83
Boeing	43	41,75
Chrysler	30,50	29,25
Citicorp	37,375	37,625
Coca-Cola	53,25	48
Exxon	37,375	38
Ford Motors	64,375	61,375
IBM	125,75	123,50
PanAm	7,75	7,25
US Steel	29,875	29
Woolworth	36,875	35,25

Ölpreis erhöht

New York (AP) – Nach mehr als einjähriger Pause erhöht Großbritannien wieder den Preis für sein Nordseeöl. Aus informierten Industriekreisen in New York verlautete, die Kunden seien davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Preis für das am meisten verlangte Vierziger-Öl pro Barrel (= 159 Liter) mit Wirkung vom 1. Oktober um 15 Cent auf 29,90 Dollar erhöht werde. Andere Sorten des britischen Nordseeöls würden um bis zu 50 Cent auf 30,40 Dollar erhöht.

Westhandel der Sowjetunion

Berlin/Moskau (VWD) – Angesichts stagnierender Energiepreise sind für die Sowjetunion in den 80er Jahren Terms-of-Trade-Gewinne nicht zu erwarten. Damit aber entfalle ein Faktor, der für die Expansion des sowjetischen Westhandels in der zurückliegenden Dekade entscheidend war, erklärte Jochen Bethkenhagen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin auf einem Workshop in Moskau. Bereits 1983 werde die UdSSR aufgrund des Ölpreisrückgangs Einnahmeverluste im Westhandel von 2,5 bis drei Milliarden Dollar hinnehmen müssen. Hinzu kommen Preisrückgänge beim Erdgas. Es müsse damit gerechnet werden, daß der Anteil der UdSSR am Außenhandel der OECD-Länder wieder abnehmen wird.

EG-Inflationsrate

Brüssel (rtr) – Die Jahres-Inflationsrate der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist nach Angaben des Statistischen Amtes der EG im August auf 8,2 Prozent (von 8,4 Prozent im Juli) gefallen. Wie das Amt mitteilte, stiegen die Verbraucherpreise im August um 0,4 Prozent, verglichen mit 0,7 Prozent im Vormonat. Mit 2,7 Prozent sei der jährliche Preisanstieg in den Niederlanden am geringsten ausgefallen, gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland mit drei Prozent und Großbritannien mit 4,5 Prozent. Dagegen mußten die griechischen Verbraucher eine Inflationsrate von 20 Prozent und die italienischen eine solche von 13,6 Prozent verkraften.

Uranvorrat für fünf Jahre

Frankfurt (dpa) – Mit einem Uranvorrat von etwa 10 000 Tonnen Natur-Uran können die elf bundesdeutschen Atomkraftwerke mehr als fünf Jahre lang Strom erzeugen. Der Lagervorrat reiche damit für etwa 460 Milliarden Kilowattstunden Strom, heißt es in einer Mitteilung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt.

Erdöl-Reserven

Neu-Delhi (AP) – Die Weltreserven an Erdöl werden nach Berechnungen der Weltenergiekonferenz in 33 Jahren und sechs Monaten erschöpft sein. Trotz der tendenziellen Verknappung sei jedoch bis zum Jahre 1990 nur mit einem bescheidenen Anstieg der Ölpreise zu rechnen.

Londoner Kassapreise

	23. 9. 83	16. 9. 83
Kupfer (£/t)	1036,5	1023
Blei (£/t)	282,25	265,754
Zink (£/t)	557,5	541
Zinn (£/t)	8537,5	8430
Gold ($/Unze)	413,125	406,125
Silber (p/Unze)	796,25	779,05
Kakao [1] (£/t)	1483,5	1510,5
Kaffee [2] (£/t)	1753,5	1729,5
Zucker (£/t)	147	145
Kautschuk (p/kg)	76,25	74,5
Wolle (p/kg)	400	400
Baumwolle [3] (cts/lb)	87,70	89,10

[1] Abladung Dezember; [2] Abladung November; [3] A-Index-Preis Liverpool

VEREINIGTE STAATEN

Multis verloren die erste Schlacht um Ländersteuer

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Multinationale Unternehmen, die in den USA Niederlassungen besitzen, müssen zunächst die Einheitssteuer, die in 13 amerikanischen Bundesstaaten erhoben wird, weiter entrichten. Präsident Reagan ist einem Vorschlag seines Wirtschaftskabinetts nicht gefolgt und hat die Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Obersten Gerichtshof in Washington abgelehnt. Statt dessen soll eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern des Bundes, der Länder und der US-Wirtschaft zusammensetzt und von Finanzminister Regan geleitet wird, den internationalen Streit schlichten.

In einem von Engländern angestrengten Prozeß hatte der Supreme Court im Juni zugunsten der Bundesstaaten entschieden, die die Steuerbasis der Niederlassungen verbreitern, indem sie den amerikanischen Abgaben alle globalen Aktivitäten, gemessen an Umsatz, Aktiva und Lohnsumme, zugrunde legen. Entfällt auf das US-Bundesland beispielsweise ein Drittel der Aktivitäten, kann es ein Drittel der weltweit zu versteuernden Gewinne belasten. Die Mehrkosten der „Multis" werden auf 750 Millionen Dollar jährlich veranschlagt. Davon entfallen allein 500 Millionen Dollar auf Reagans Heimatstaat Kalifornien.

Wie Finanzminister Regan erklärte, wird die Arbeitsgruppe auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ebenso Rücksicht nehmen wie auf die Rechte der amerikanischen Länder. Offen ist zur Zeit noch, ob auch die betroffenen ausländischen Regierungen gehört werden. Angestrebt werden gleichlautende Bilanz- und Steuervorschriften; mit einer Entscheidung ist erst 1984 zu rechnen. Die Briten haben schon protestiert.

HANDELSPOLITIK / Schweizer Bank kritisiert zunehmenden Protektionismus

EG verliert ihr liberales Feigenblatt

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

In der Handelspolitik verliert die Europäische Gemeinschaft immer mehr ihr liberales Feigenblatt. Ein Urteil von draußen, in der nüchternen Beschreibung einer Schweizer Großbank, fällt häufig treffender aus als das, was in Reden als Eindruck vermittelt wird. So stellt die Schweizerische Bankgesellschaft in ihrer Schrift „Protektionismus – Herausforderung der achtziger Jahre" zur Außenwirtschaftspolitik schlicht fest: „Im Rahmen der EG steht die Bundesrepublik mit ihren Ansichten aber zunehmend isoliert da."

Die Bank konstatiert einen Trend zu nationalen Alleingängen in der EG. Nach außen präsentiere sich die Gemeinschaft geschlossen und solidarisch in ihrer Außenhandelspolitik. Hingegen fehle es nicht an internen Streitigkeiten, welche die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten und die Freiheit des Binnenmarktes bedrohen. Und dann listet die Bank eine ganze Latte französischer Sünden auf. Andererseits halten die Franzosen Kritikern die eigenen Handelshemmnisse vor, die häufig alles andere als gering sind und in den vergangenen Jahren noch zugenommen haben.

Die Bank weist weiter auf eine Untersuchung hin, wonach abseits des Agrar-Protektionismus 1980 bereits 16 Prozent der EG-Einfuhren von Industriegütern durch nichttarifäre Handelshemmnisse getroffen wurden. Das gab es im Vergleichsjahr 1974, als die Auswirkungen des ersten Ölpreisschocks noch nicht voll durchgeschlagen waren, nicht. Allerdings, und das ist besonders fatal, ist dieses keine Entwicklung, die nur in der EG registriert wird. So stieg in den USA der Anteil des Warenverkehrs, der durch Handelshemmnisse getroffen wurde, von sechs auf 21 Prozent und in Japan von null auf vier Prozent.

Was die Bank über den „Prügelknaben Japan" schreibt, sollte in der öffentlichen Diskussion auch in Europa stärker berücksichtigt werden. Soweit der wirtschaftliche Erfolg der Japaner auf einem Gefälle in der Wettbewerbsfähigkeit sowohl in preislicher Hinsicht als auch im Hinblick auf den Standard der Produkte und die Verkaufsanstrengungen beruht, „werden die alten Industrieländer ihr Ungleichgewicht im Handel nur mit Produktivitätsverbesserungen korrigieren können".

Bei einem Exportanteil von einem Drittel des Sozialprodukts wissen Regierung und Unternehmen in der Bundesrepublik nach Ansicht der Bank nur zu gut, wie abhängig die deutsche Wirtschaft von offenen und wohlfunktionierenden Märkten ist. Nur, was nützt dies, wenn die deutsche Sicht in der EG nicht mehr tragfähig ist, wie angemerkt wird.

SCHWEDEN / Finanzskandal um Stahlhersteller

Von der Kursliste gestrichen

R. GATERMANN, Stockholm

Das Präsidium der Stockholmer Fondsbörse faßte Freitag abend einen in der 120jährigen Geschichte des Hauses einmaligen Beschluß: Es strich zwei Gesellschaften, den weltbekannten Spezialstahlhersteller Fagersta und die *Holdinggesellschaft* Kinnevik, von der Börsenliste. Dieser Schritt, mit dem ein privater Machtstreit seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, kann für Fagerstas unternehmerische Zukunft weitgehende Folgen haben, nachdem sich jetzt Stimmen mehren, wonach die Gesellschaft zumindest so lange, wie die Kapitalseite ungeklärt ist, von den Sanierungsverhandlungen für die schwedische Spezialstahlindustrie ausgeschlossen werden soll.

Die Affäre Fagersta–Kinnevik begann, als völlig überraschend mitgeteilt wurde, daß der Spezialstahlerzeuger seinen eigenen Hauptaktionär Kinnevik kaufen will. Der Preis lag bei umgerechnet rund 300 Millionen Mark. Hinter dieser Transaktion *stand ein Streit innerhalb der Finanzfamilie* Stenbeck: Bruder Jan will mit Hilfe von Mutter Märtha seine Schwestern Elisabeth und Margarethe ausmanövrieren. Als nach und *nach bekannt wurde, daß bei diesem* Versuch mehrfach gegen die Börsenregeln verstoßen wurde, indem geheime Optionen vereinbart wurden, den zweitausend Kinnevik-Aktionären *unterschiedliche Offerten* gemacht worden waren und es allgemein mit einer genauen Information haperte, beschloß das Börsenpräsidium zu Beginn dieses Monats, die *Notierung für Fagersta und Kinnevik* so lange einzustellen, bis ein neuer Emissionsprospekt herausgegeben wird. Bei Fagersta weigerte man sich vor allem mit der Begründung, man verfüge bereits über mehr als 50 Prozent des Kinnevik-Kapitals, ein Prospekt mit neuen Konditionen sei juristisch nicht möglich.

Die Affäre droht jedoch noch einen weiteren bedeutenden Spezialstahlhersteller mit in den Strudel zu ziehen: Sandvik. Es besteht bereits eine enge Kapitalverknüpfung zwischen Stenbeck, Kinnevik und Fagersta. Bei der Neuverteilung würde jedoch aus Sandvik eine Fagersta-Tochter werden, während die beiden bisher Geschwister sind. Die Aufsichtsräte der drei Gesellschaften sind ebenfalls weitgehend identisch. Um „Sandvik *zu retten*", *griff das größte* Bauunternehmen Schwedens, die Skanska Cementgjuteriet (SCG), die zu Beginn dieses Jahres mit elf Prozent an Sandvik beteiligt war, gegenüber etwa 25 Prozent der Stenbeck-Gruppe kürzlich aktiv ein. Es stockte seinen Anteil auf über 20 Prozent auf, sammelte andere Interessenten um sich und forderte die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung mit dem Ziel, das gesamte bisherige Aufsichtsgremium abzulösen.

Neben dem Besitzstreit ist jetzt allerdings von besonderem Interesse, ob und inwieweit Fagersta in den jetzt konkret anlaufenden Spezialstahlsanierungsprozeß, der eine Produktaufteilung und andere Rationalisierungsmaßnahmen zwischen den vier schwedischen Unternehmen dieser Branche (neben Sandvik und Fagersta sind dies Avesta und Nyby-Uddeholm) vorsieht, einbezogen wird. Industrieminister Tage Petterson ließ inzwischen bekanntgeben, daß angesichts des derzeitigen Gerangels der Kapitaleigner mit staatlicher Finanzhilfe nicht zu rechnen sei.

USA / Reagan appelliert an Kongreß, Mittel für IWF-Quotenerhöhung freizugeben

Chancen für Bewilligung stehen schlecht

H.-A. SIEBERT, Washington

Morgen wird Präsident Reagan als Gastgeber in Washington die 38. Jahresversammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) eröffnen und noch einmal an den Kongreß appellieren, den amerikanischen Anteil an der Quotenerhöhung und der erweiterten Kreditvereinbarungen – insgesamt 8,5 Milliarden Dollar – freizugeben. Zu befürchten *ist jedoch, daß sich* nichts bewegen wird: Die US-Legislative hat sich in die Idee verrannt, die Privatbanken, weil viele Jahre zu generös, seien die Haupturheber der Verschuldungskrise und müßten bestraft werden. Deshalb blockiert sie durch Gesetzeszusätze die Bewilligung.

Die Administration, die wirklich alle Register zieht, um das Capitol von der Notwendigkeit einer raschen IWF-Hilfe zu überzeugen, ist den Senatoren und Abgeordneten hilflos ausgeliefert. Wie es das Schicksal will, gehören zu den Gegnern viele Mitglieder der eigenen Republikanischen Partei. Für Europäer ist die brisante Situation nur schwer zu verstehen; aber in den USA wird nicht nach dem parlamentarischen, sondern nach dem Präsidialsystem mit strenger Gewaltenteilung regiert. Über alles, was mit Geld zu tun hat, entscheidet der Kongreß, der eine geradezu diktatorische Macht in diesem Bereich besitzt.

Es ist also der Kongreß, der den Ausgang der für die Weltwirtschaft ungemein wichtigen Währungstagung *in tiefes Dunkel taucht.* Konferenzort und Capitol liegen nur vier Kilometer Luftlinie auseinander, aber wie US-Finanzminister Regan im Gespräch mit ausländischen Journalisten sagte, wird die Administration, was die Finanzierung des IWF betrifft, sehr vorsichtig taktieren und sich hüten, neue Verpflichtungen einzugehen. Mit Zusagen des Weißen Hauses hinsichtlich des erweiterten Zugangs der Mitglieder zu den Kreditfenstern, *der Zuteilung von* Sonderziehungsrechten („Papiergold"), Überbrückungsdarlehen und Kreditaufnahmen auf Privatmärkten ist also nicht zu rechnen.

Anders ausgedrückt: Klärende Entscheidungen werden hinausgeschoben, und die Finanzkrise erhält – so auch nach Regans Eingeständnis – eine gefährliche Dimension. Das alles, *weil der Kongreß auf einen* regulativen Flankenschutz zu Lasten der Geschäftsbanken besteht, der aber nur zum Teil Sinn macht. Dazu gehören die strengere Prüfung der Länderrisiken, *zusätzliche* Berichtsauflagen, Sonderrückstellungen für Problemkredite, höheres Eigenkapital, realistischere Kreditgebühren sowie eine engere Kooperation zwischen *nationaler Bankenaufsicht und IWF.*

Für die Administration nicht akzeptabel sind indes mit Recht Vorschriften, die sich kontraproduktiv auswirken. Die Überschreitung der *Ausleihlimite darf zum Beispiel nicht* mit dem Einfrieren von Reserven bestraft werden, weil dann die Banken die Kreditvergabe stoppen. Ein Verbot von Umschuldungsgebühren ver*hindert zeitgerechte* Umschuldungsverhandlungen, und die geforderten Zinsrestriktionen für internationale Kredite würden dazu führen, daß amerikanische Bankkunden ausländische Kreditnehmer subventionieren. Spezialauflagen für Darlehen an fremde Bergbaugesellschaften verstoßen wiederum gegen den freien Investitionsfluß und schaden der US-Wirtschaft.

Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus haben diese Eingriffe bereits verabschiedet; die Administration hofft auf eine Modifizierung im Vermittlungsausschuß. Auf dem Capitol machen jedoch auch Vorschläge die Runde, die auf eine generelle Umschuldung der den Entwicklungsländern gewährten Bankkredite oder eine Abschreibung der Schulden in großem Stil zielen.

Hier übersieht der Kongreß, daß eine umfangreiche Umschuldung schon stattgefunden hat und viele Länder darauf gar nicht angewiesen sind. Zum anderen würde den Banken jeder Anreiz genommen, sich mit neuem Geld zu engagieren. Bei verordneten Abschreibungen würden sich die Institute völlig aus der Dritten Welt zurückziehen; in den USA käme es zu einer Kreditverknappung mit scharf steigenden Zinsen und einem Aufschwungsstopp.

Auch Regan meint, daß sich im Verhalten des Kongresses eine zunehmende ökonomische Isolierung Amerikas – siehe Rekordhaushaltsdefizite, stark überbewerteter Dollar – ausdrückt. Die Bombe tickt. Sie muß schnell entschärft werden.

RENTENMARKT / Kurssteigerungen in Grenzen überwogen

Hoffnung auf eine Zinssenkung in USA

Nach einer freundlichen Zwischenphase haben sich die Rentenmarkt-Kurse zum Wochenende gut behauptet. Kurssteigerungen überwogen. In erster Linie hatten leichte Rückgänge des Dollarkurses und Hoffnungen auf eine baldige US-Zinssenkung das Marktgeschehen belebt. Damit würde ein wesentlicher Belastungsfaktor für den deutschen Rentenmarkt entfallen. Über eine stärkere Beachtung der binnenwirtschaftlichen Bestimmung des Kapitalmarktzinses würde sich eine anhaltend freundlichere Stimmung durchsetzen. (Py.)

Emissionen	23.9. 83	16.9. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,93	7,96	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,85	7,88	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,09	8,10	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,27	8,32	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,09	8,08	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,82	7,81	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,52	8,52	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,08	8,08	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,33	8,37	8,45	10,32	8,32

FRANKREICH / Reiseveranstalter unzufrieden

Umsatz stark zurückgegangen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

So katastrophal, wie nach Verkündung der Sparmaßnahmen der Regierung von Ende März befürchtet worden war, ist die französische Reisesaison zwar nicht verlaufen, aber schlecht war sie doch, stellt der Verband der Reiseveranstalter in *einer* ersten Zwischenbilanz fest. Für das Gesamtjahr rechnet er gegenüber 1982 mit einem Umsatzrückgang von 5 bis 10 Prozent.

Unter Berücksichtigung des Preisanstiegs für Pauschalreisen von etwa 10 Prozent würde sich das Minus auf real 15 bis 20 Prozent belaufen. Bei einem auf 10 bis 15 Prozent veranschlagten Rückgang der Kundenzahl hätten danach auch die Durchschnittsausgaben der Reisenden (real) nachgelassen.

Dieses Ergebnis ist nach Angaben des Verbands deshalb besonders enttäuschend, weil bis zu den Sparmaßnahmen die Buchungen um real 5 Prozent über denen der gleichen Vorjahreszeit lagen. Ohne diesen Vorschuß hätten inzwischen zahlreiche Reiseveranstalter Konkurs anmelden müssen. Etwa zehn weisen mehr oder weniger hohe Verluste aus.

Besonders stark schrumpften die Auslandsreisen, für die rigorose Devisenbeschränkungen eingeführt wurden. Aber auch im Lande selbst sind die Franzosen weniger verreist und gaben weniger Geld aus. Dieses Manko wurde von den verstärkt nach Frankreich gekommenen ausländischen Touristen bei weitem nicht ausgeglichen. So zeigt eine von den Reiseveranstaltern und vom Verband des französischen Hotel- und Gaststättengewerbes durchgeführte Befragung, daß der Besuch der Restaurants um 9 Prozent, der Hotels um 8,7 *Prozent und der Hotelrestaurants* um 10,9 Prozent geschrumpft ist. Allgemein wird mit einer eher noch schlechteren Nachsaison gerechnet.

Große Unsicherheit lastet über dem Weihnachts- und dem Wintersportgeschäft. Zwar hat Wirtschaftsminister Delors inzwischen erklärt, daß die Devisenbeschränkungen für Auslandsreisen spätestens zum Jahresende gelockert werden. Ab wann und in welchem Umfang weiß man aber noch nicht.

ITALIEN

Arbeitsplätze werden abgebaut

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Stahl, Chemie und Werften werden im staatlichen Bereich der italienischen Wirtschaft in den nächsten drei bis vier Jahren insgesamt fast 50 000 Arbeitsplätze verlieren. Der neue, Anfang dieser Woche von der Staatsholding Iri vorgelegte Sanierungs- und Umstrukturierungsplan für die von der Iri-Bereichsholding Finsider kontrollierten Stahlunternehmen sieht die Aufgabe von 25 000 Arbeitsplätzen vor, etwa ein Viertel der Gesamtbelegschaft.

Scharfe Eingriffe sind ebenfalls bei der Iri-Bereichsholding für die Werftindustrie, Fincantieri, vorgesehen. In diesem Fall sollen 7000 von jetzt 29 000 Arbeitsplätzen aufgegeben werden. *In ihren Chemiewerken will* die staatliche Energieholding Eni 6000 Stellen kürzen, ein Viertel der heute in diesem Konzernbereich Beschäftigten.

In allen drei Fällen vollziehen die staatlichen italienischen Industrieunternehmen mit zum Teil jahrelanger Verspätung, was vor ihnen die privaten inländischen und die ausländischen Konkurrenzfirmen schon durchgeführt hatten. Erschwert wurde und wird der Personalabbau vor allem durch die Tatsache, daß einerseits ein großer Teil der Stahlanlagen und fast alle Chemiekapazitäten in Süditalien liegen, wo kaum Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen und andererseits die von der Umstrukturierung tangierten norditalienischen Werke fast alle eine einzige Region, Ligurien, betreffen, auch in anderen Bereichen (Hafen Genua) vor Krisenproblemen steht.

Um die sozialen Folgen zu mildern, haben sich die Staatsholdings verpflichtet, auf Entlassungen zu verzichten. Die Arbeitsplatzverminderungen sollen nur durch vorzeitige Pensionierungen, Nichtersetzung natürlicher Abgänge und verstärkter Flexibilität erreicht werden.

SCHLECHTWETTERGELD

Zimmererhandwerk kritisiert Pläne

dos. Cuxhaven

Mit großer Sorge beobachtet das Zimmererhandwerk Überlegungen der Bundesregierung, die sogenannte Schlechtwetter-Regelung zu ändern. Auf dem gestern zu Ende gegangenen Niedersächsischen Holzbautag in Cuxhaven wurde darauf hingewiesen, daß dadurch dem Baugewerbe beträchtliche Mehrbelastungen erwachsen.

Wenn die Bundesregierung an ihrem Vorhaben festhalte, würden die Baubetriebe gezwungen sein, ihre Mitarbeiter vor Beginn der Schlechtwetterperiode in großem Umfang zu entlassen. Die Folge wäre, daß den Einsparungen beim Schlechtwettergeld wesentlich höhere Ausgaben für das Arbeitslosengeld gegenüberstünden.

Bereits heute, so erklärten die Zimmermeister, würden die Baubetriebe über Gebühr zur Finanzierung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft herangezogen. Dies müsse berücksichtigt werden, wenn die Bundesregierung nicht wolle, daß „die Schraube überdreht und der Winterbau kaputtgemacht" wird.

Hintergrund des Protestes sind Pläne der Regierung, die Unternehmen mit den Kosten des Schlechtwettergeldes für den jeweils ersten Tag eines Monats zu belasten und darüber hinaus die Winterbauumlage anzuheben. Nach den Berechnungen des Baugewerbe-Verbandes würde sich dadurch die „Interessenquote", also die Belastung aus dem Schlechtwettergeld, auf über 10 Prozent der Jahresbruttolohnsumme einpendeln.

Auf dem Holzbautag erinnerten die Zimmermeister an die Beschlüsse der Regierung zur Belebung der Bautätigkeit.

Die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, die zu einer spürbaren Verteuerung des Bauens führe, konterkariere die früheren Maßnahmen.

NAMEN

Hubertus von Grünberg (41), Alfred Teves GmbH, wird zum 1. Januar 1984 *den Vorsitz der Geschäftsführung* übernehmen. Er ist Nachfolger von **Hans Eberhard Wollny** (61), der in den Ruhestand tritt.

Arthur Junghans, Allensbach, von *1931 bis 1965* Vorstandsmitglied der Uhrenfabrik Gebr. Junghans AG, Schramberg, wird heute 80 Jahre.

Apotheker **Peter Bömmelburg**, Pächter der Adler-Apotheke, Coesfeld, *wurde in den Vorstand der* Noweda eG Nordwestdeutsche Apothekergenossenschaft, Essen, berufen.

Karl Mündl wird als Nachfolger des zum 31. Mai 1984 ausscheidenden **Gerhard Merz** (63) in die Geschäftsführung der Dr. Bernhard Beyschlag Apparatebau GmbH berufen.

FRANKREICH / Automobilindustrie ist mit der IAA zufrieden

Verlorenes Terrain zurückerobert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie bezeichnet ihr Geschäftsergebnis von der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt als zufriedenstellend. Die Bestellungen hätten den Erwartungen entsprochen, heißt es in Paris. Zahlen werden allerdings noch nicht genannt. Bei Peugeot spricht man von einem durchschlagenden Erfolg des „205". Dieses *neue* Modell habe auf dem deutschen Markt gute Chancen, meint auch die Konkurrenz.

Der Staatskonzern Renault hat indes keine Neuheiten vorzuweisen; er stützt sich immer noch stark auf den inzwischen etwas veralteten R 5, der einst das am meisten verkaufte Pkw-Modell in Europa war. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Firma den gleichen Fehler wiederholt, den VW mit dem Käfer gemacht hatte. Die Franzosen hatten ihre große Zeit im Automobilbau bzw. -geschäft nach dem ersten Ölpreisschock. Damals waren sie die einzigen, die ein breites Angebot ausgereifter Kleinwagen mit sehr niedrigem Benzinverbrauch vorweisen konnten. Heute bauen auch die anderen Sparautos, und das in jeder Klasse bis hinauf zu großhubraumigen Wagen.

Seit etwa zwei Jahren fällt die französische Automobilindustrie im in*ternationalen Vergleich ab.* Der überbewertete Franc und zahlreiche soziale Konflikte schwächten ihre Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem auf dem deutschen Markt schrumpften Absatz *und Marktanteile, während auf* dem Inlandsmarkt die ausländischen Wagen immer stärker vorgedrungen sind.

Dank der letzten Franc-Abwertung und D-Mark-Aufwertung von Ende März konnte ein Teil des verlorengegangenen Terrains zurückerobert werden. Dies auch deshalb, weil im Unterschied zu den vorangegangenen Paritätsbereinigungen der Preisvorteil an den ausländischen, insbesondere deutschen Kunden voll weitergegeben wurde. Nach der deutschen Exportstatistik schrumpften die Zulassungen französischer Pkw in der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit aber immer noch um 3,5 Prozent auf 103 067 Stück. Die französische Exportstatistik weist jedoch eine Steigerung um 11,1 Prozent auf 94 088 Pkw aus. Der französische Gesamtexport war um 9,4 Prozent auf 832 474 Pkw gestiegen, was der Hälfte der nationalen Produktion entsprach.

Allerdings sind zu diesen Exporten (und zur Produktion) alle im Ausland gefertigten Fahrzeuge hinzugerechnet worden, die mehr als 15 Prozent ihrer Wertschöpfung aus Frankreich beziehen. Ohne diese statistische Aufblähung, die allerdings nicht für die Ausfuhr in die Bundesrepublik gilt, hätten sich die Exporte im 1. Halbjahr 1983 um 5,4 Prozent vermindert.

Demgegenüber stagnierten die Inlandszulassungen bei 1 060 202 (plus *0,3 Prozent)* Pkw. *Davon stellten die* „Ausländer" 31,54 Prozent gegenüber 28,58 Prozent im 1. Halbjahr 1982. In den beiden Ferienmonaten Juli und August hat sich der Ausländeranteil *weiter auf 37* Prozent erhöht, und in der ersten Septemberhälfte erreichte er nach vorläufigen Angaben sogar 38,4 Prozent. Diese spektakuläre Entwicklung wird damit erklärt, daß die französischen Firmen wegen der Forcierung ihrer Exporte – nicht zuletzt im Hinblick auf die IAA – den Inlandsmarkt stark vernachlässigten. Sie waren wohl von der Überzeugung ausgegangen, *daß die Franzosen* wegen ihrer zusätzlichen Steuerzahlungen aus dem letzten Sparplan weniger Autos kaufen würden.

Tatsächlich aber belebte sich die *Nachfrage* auch während der Ferienzeit. Ob es sich dabei um ein Strohfeuer handelt, oder ob der französische Automarkt anderen Gesetzen folgt als die inzwischen deutlich rezessive *allgemeine Konjunktur*, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Der französische Automobilverband selbst rechnet für das letzte Quartal dieses Jahres mit einem Zulassungs*rückgang von bis zu fünf Prozent im* Jahresvergleich.

Die weitere Entwicklung der französischen Automobilindustrie hängt jetzt wohl noch stärker als bisher von ihren Exporten ab. Dabei kommt ihr die Wiederbelebung der internationalen Autokonjunktur, vor allem in der Bundesrepublik, zugute – jedenfalls solange der Franc (leicht) unterbewertet bleibt. Früher oder später wird sich aber der Kosten- und Preisvorteil wieder vermindern. Dann treten die strukturellen Schwächen voll zutage.

Sowohl der Renault- als auch der Peugeot-Konzern stecken tief in den roten Zahlen. Für 1982 wurden Verluste von 1,3 und 1,8 Milliarden Franc ausgewiesen. Ob es zu der von Peugeot-Talbot beschlossenen Strukturbereinigung kommt, der 7371 Mitarbeiter oder fast zehn Prozent der Belegschaft zum Opfer fallen sollen, bleibt noch abzuwarten.

MITARBEITERBETEILIGUNG / Viele Modelle passen nicht zum neuen Gesetz

Umstellung bereitet noch Probleme

HEINZ STÜWE, Bonn

Über 1000 verschiedene Modelle der Mitarbeiterbeteiligung werden derzeit in deutschen Unternehmen praktiziert. Beteiligt sind die Beschäftigten am Gewinn ihres Unternehmens, am Kapital oder an beidem. Sie haben darüber hinaus zum Teil vertraglich vereinbarte Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte.

In diesen Unternehmen blickt man in den nächsten Wochen mit einiger Erwartung nach Bonn, wenn das neue Vermögensbeteiligungsgesetz der Bundesregierung die parlamentarischen Hürden nehmen muß. Geht es doch für Geschäftsleitung und Mitarbeiter darum, ob ihr Beteiligungsmodell von den Bestimmungen des Gesetzes auch erfaßt wird.

Für den Arbeitnehmer stellt sich beispielsweise die Frage, ob er in den Genuß der Lohnsteuervergünstigung kommt, die der neue Paragraph 19a des Einkommensteuergesetzes sieht. Erhält der Mitarbeiter eine unentgeltliche oder verbilligte Kapitalbeteiligung, so ist der Vorteil daraus dann steuerfrei, wenn er nicht größer als der halbe Wert der Beteiligung ist und 300 Mark im Jahr nicht übersteigt. Von dieser Steuerbefreiung sind allerdings Arbeitnehmer ausgeschlossen, die ihre Anteile nicht direkt erhalten, sondern denen ihr Unternehmen einen Zuschuß zum Erwerb von Beteiligungsrechten zahlt.

Dazu gehören beispielsweise die rund 1000 Mitarbeiter der Accumulatorenwerke Hoppecke in Brilon. Sie können sich mittelbar an ihrem Unternehmen beteiligen, indem sie stille Gesellschafter einer Mitarbeiter-Beteiligungs-GmbH werden, die ihrerseits am Unternehmen still beteiligt ist. Macht die Firma Gewinn, erhält der Mitarbeiter eine Erfolgsbeteiligung, die seinem Einlagenkonto gutgeschrieben und damit 7 Jahre festgelegt wird. In Höhe seiner Einlage trägt der Arbeitnehmer allerdings auch das Verlustrisiko.

Wenn den rund 550 stillen Gesellschaftern des Batterienherstellers sowie Arbeitnehmern in vergleichbaren Unternehmen die geplante lohnsteuerliche Vergünstigung nicht entgehen soll, müßte sie für eine Übergangszeit auch für Modelle gewährt werden, die den speziellen gesetzlichen Anforderungen nicht genügen. Das zumindest fordert die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft (AGP), zu der sich 350 Firmen mit Mitarbeiterbeteiligung zusammengeschlossen haben. Der Bundesrat hat sich diesem Ersuchen inzwischen angeschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, hier einen Weg zu finden, um die Anpassung der betrieblichen Modelle an das neue Gesetz zu erleichtern.

Doch gerade das ist in zahlreichen Fällen schwierig bis unmöglich. Beispielsweise bei dem äußerst komplizierten Hoppecke-Modell. In Brilon wird deshalb längst über eine grundsätzlich neue Lösung nachgedacht.

Den 65 Mitarbeitern der Risse & Co GmbH in Warstein, einem Spritzgießwerk für Maschinenelemente aus Kunststoff, würde auch eine mögliche Übergangsregelung nichts nützen. Denn ihre sozusagen exotische Form der Kapitalbeteiligung paßt überhaupt nicht in das neue Gesetz: Die Beschäftigten erhalten über eine zwischengeschaltete Mitarbeiter-Gesellschaft Anteile an der GmbH. Ihre Einlagen werden dabei aus einer Gewinnbeteiligung so lange aufgestockt, bis die Mitarbeiter zusammen ein Drittel des Stammkapitals von 900 000 DM halten.

GmbH-Anteile sind allerdings – und da liegt das Problem – nicht in dem Katalog förderungswürdiger Anlageformen enthalten. Eine Umstellung des Modells wäre möglich, zum Beispiel in Form einer zusätzlichen stillen Beteiligung. Doch müßten die Arbeitnehmer dann auf Mitwirkungsrechte verzichten. Heute dagegen haben sie einen gewissen Einfluß auf die Geschäftspolitik, da sie über die beiden Geschäftsführer der Mitarbeiter-Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung vertreten sind.

Auf mehr Mitsprache, das wird im Gespräch mit Betriebsräten beider Unternehmen deutlich, legen die Beschäftigten besonderen Wert. Ein Beirat mit beratender Funktion, in den die Mitarbeiter Delegierte entsenden, ist bei Hoppecke der Anfang. Die Arbeitnehmer möchten darüber hinaus noch stärker an Investitionsentscheidungen mitwirken. Auch die materielle Beteiligung würden sie gern ausbauen. Dazu wären sie bereit, ihre Anteile aus eigenen Mitteln weiter aufzustocken, versichern die Betriebsräte.

Bessere Eigenkapital-Ausstattung, eine höhere Motivation der Mitarbeiter – abzulesen an einem niedrigen Krankenstand und Produktivitätssteigerungen – darin sehen die Geschäftsführungen die wesentlichen Vorteile der Mitarbeiterbeteiligung. Für beide Unternehmen Grund genug, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Wie schreibt man einen Bestseller? Keinen Simmel oder Konsalik, sondern ein dickleibiges Werk (zwei Bände) mit zigtausend Stichworten über eine so sprichwörtlich „spröde" Materie wie die Wirtschaft. Dem Gabler-Verlag ist dies mit seinem Wirtschaftslexikon gelungen, das jetzt pünktlich zur Frankfurter Buchmesse in elfter Auflage erschienen ist. Mit über einer viertel Million Exemplaren ist es zugleich der Bestseller des Verlags.

Die Idee, ein „Kaufmanns-Lexikon" neueren Stils zu schaffen, wurde 1954 geboren. Getreu der Devise, daß man drei Dinge braucht, um ein gutes Lexikon zu machen – ein gutes Konzept, gute Autoren und eine gute Redaktion –, fingen die Verleger Sellien bei der Redaktion an und gewannen Frau Gisela Joswig-Kühl als Leiterin der Lexikon-Redaktion.

Das schon vorhandene Konzept wanderte erst einmal in den Papierkorb. Begründung: Unzureichende Qualität. Das neugeschaffene Team machte sich daran, mit tatkräftiger Unterstützung aus der Wissenschaft ein eigenes Konzept zu entwickeln. Seither „steht" die Disposition mit fünf Hauptgebieten: Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Recht, Steuern und Wirtschaftskunde, wiederum untergliedert in rund 200 Fachgebiete, die dem Benutzer das rasche Auffinden des gesuchten Begriffs erleichtern sollen.

Darüber hinaus gibt es zu wichtigen zentralen Begriffen Namensartikel von renommierten Wissenschaftlern unter anderem Erich Gutenberg, Köln, Erich Kosiol, Berlin, Otmar Issing, Würzburg, Karl Schwantag, Mainz, und Werner Glastetter, Bielefeld.

Die eigentliche Lexikonarbeit besteht in der redaktionellen Bearbeitung der Stichwortmanuskripte. Lexikontexte stammen aus vielen Köpfen mit ganz unterschiedlichen Denkweisen und entsprechend unterschiedlichem Stil. Die stilistische Überarbeitung auf den „Lexikon-Duktus" bleibt damit wichtige Aufgabe der Redaktion. Lexikonstil sollte weder Handwörterbuch noch Telegrammstil sein. Schon allein aus Platzgründen sollte aber auch mit jedem Wort gegeizt werden: Wiederholungen, Umschreibungen, Formulierungskunststükke sind unzulässig, Sprachschwächen (Substantive statt Verben) mitunter nicht zu vermeiden.

Für die erste Auflage mußte jedes Stichwort umgeschrieben werden. Dabei entwickelte sich der „Wirtschafts-Lexikon-Stil" mit dem besonderen Kennzeichen der systematischen Gliederung längerer Texte sowie der deutlichen Kennzeichnung „zusammengesetzter Texte", in denen zu einem Begriff Erläuterungen aus verschiedenen Gebieten gegeben werden.

Nur mit Hilfe von rund 60 000 Querverweisen auf andere Stichwörter war es möglich, die gewaltige Stoffülle in nur zwei – dicken – Bänden unterzubringen. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Der Benutzer soll vom Stichwort zum „nächst höheren" Begriff ebenso geführt werden wie zu Untergliederungen. Als Ideal ist also ein begrifflicher Stammbaum anzusehen. Wie das mit Idealen so ist – sie gelingen nicht immer. Neuerdings – seit der elften Auflage – kommt auch hier der Computer zu Hilfe.

Was das Geheimnis des Erfolgs ist, läßt sich bei Teamarbeit nicht immer genau sagen. Soviel ist allerdings sicher: Das Sprichwort, daß der Erfolg viele Väter hat, gilt zumindest mit der Einschränkung, daß die Redaktionsleiterin seit der ersten Stunde, Gisela Joswig-Kühl, als Mutter hinzukommt. (HH.)

Zanussi und Zanker kooperieren

dpa/VWD, Tübingen

Der Waschgerätehersteller Zanker GmbH, Tübingen, und der größte italienische Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten, die Industrie Zanussi S.p.A., Pordenone, haben einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Danach wird die ehemalige AEG-Tochter Zanker, die nach dem Konkursantrag vom Oktober 1982 durch einen jetzt abgeschlossenen Zwangsvergleich wieder saniert worden ist, von Zanussi technisches Know-how sowie Bauteile beziehen. Ferner ist ein Austausch von Produkten beabsichtigt.

Wie der Stuttgarter Konkursverwalter Hans Ringwald weiter mitteilte, ist darüber hinaus eine Beteiligung von Zanussi an Zanker in Höhe von 50 Prozent in zwei Stufen vorgesehen. Zanussi werde zunächst im Frühjahr/Sommer 1984 eine Beteiligung von 25 Prozent und den Rest zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen.

Die Zusammenarbeit mit Zanussi ermöglicht, wie Ringwald sagte, vor allem die Aufnahme der Produktion von Vollwaschautomaten in Tübingen schon im Frühjahr 1984. Diese Geräte hatten bisher einen Anteil von 50 Prozent des Zanker-Umsatzes, mußten aber zugekauft werden. Wie Ringwald mitteilte, wird durch die neue Fertigung von Waschvollautomaten zwar kein voller Ausgleich für auslaufende Auftragsfertigungen erzielt, jedoch könne man damit die Zahl der kurz- und mittelfristig noch zu kündigenden Mitarbeiter auf etwa 135 begrenzen. Die Produktionsgesellschaft Zanker GmbH und die Zanker Hausgeräte-Vertriebs GmbH, werden Mitte 1984 noch insgesamt etwa 630 Mitarbeiter beschäftigen.

Zanker wird, so Ringwald, 1983 wohl einen Umsatz von über 170 Mill. DM erzielen. Die Eigenleistungen der Auslandsbeteiligungen eingeschlossen, liege der Umsatz deutlich über 200 Mill. DM. Zu den Zukunftsplänen des Unternehmens gehöre auch der Aufbau einer eigenen Entwicklungsabteilung.

BOGNER / Nicht „berauschender, aber noch auskömmlicher" Gewinn

Auf unerwartet tiefer Talfahrt

DANKWARD SEITZ, München

Konsequente Markenpolitik und Exklusivität bewahrten die Willy Bogner GmbH & Co. KG, München, vor der schnellen Talfahrt, die die deutsche Textilindustrie in den vergangenen Jahren mitmachen mußte. Doch 1982 konnte sich auch der größte bayerische Bekleidungshersteller diesem Trend nicht mehr entziehen, wie jetzt Firmenchef Willy Bogner vor der Presse in München eingestehen mußte. Nachdem er in den Vorjahren immer von überdurchschnittlichen und zweistelligen Wachstumsraten berichten konnte, sank der konsolidierte Umsatz (ohne Einzelhandel) im vergangenen Geschäftsjahr unerwartet stark um 13 Prozent auf 155 Mill. DM.

Mit Kurzarbeit für die über 1300 Mitarbeiter und einer Reduzierung von Fremdkapazitäten gelang es dennoch, einen „nicht berauschenden, aber noch auskömmlichen Gewinn" von rund 5 (15) Mill. DM zu erwirtschaften. Eine Trendwende hat nach Angaben von Bogner das Jahr 1983 gebracht. Die deutlich bessere Stimmung im Handel sorgte für eine gute Abverkaufsquote der gesamten Kollektion, von der die Damenoberbekleidung mit einem Umsatzanteil von 65 Prozent die tragende Säule ist. Herren- und Sportbekleidung steuern 15 und 20 Prozent zum Umsatz bei.

Das äußerst lebhafte Nachordergeschäft und der Verkauf für die Frühling-/Sommersaison 1984 mit zweistelligen Zuwachsraten in der Stückzahl und auch im Auftragswert lassen Bogner für 1983 einen Umsatz von 160 Mill. DM und für 1984 sogar einen Anstieg auf rund 190 Mill. DM erwarten. Die Produktionskapazitäten sind bis Anfang Mai vollkommen ausgelastet.

Vor allem im Vertriebssektor soll sich in der nächsten Zeit „einiges tun". Im Vordergrund steht die Eröffnung eines Bogner-Hauses in New York Mitte Oktober, das entgegen der bisher üblichen Praxis als erstes Einzelhandelsunternehmen unter der Leitung der Münchner Zentrale betrieben wird. Wenn sich dieses Engagement zur Erschließung des amerikanischen Marktes für Damen- und Herrenmode als richtig erweisen sollte, sollen weitere Geschäfte in anderen Städten der USA eröffnet werden. Für das erste Jahr erwartet Bogner in New York einen Umsatz von 1,3 Mill. Dollar. Bisher ist Bogner in den USA mit der Tochter Bogner of America, Newport, vertreten, die ausschließlich Sportbekleidung vertreibt und mit rund 6,5 Mill. Dollar zum Gruppenumsatz beiträgt.

Im Fernen Osten wird Bogner noch in diesem Jahr ein Geschäft in Hongkong eröffnen und Anfang 1984 in Tokio. Diese Regionen haben sich in den vergangenen Jahren zu einem Weltmarkt für hochklassige europäische Marken entwickelt. Als weiterer Schritt ist dann die Erschließung des australischen Marktes geplant. Die Exportquote, die derzeit noch bei 25 Prozent vom Gruppenumsatz liegt, wird sich nach Ansicht von Bogner trotz dieser Expansion kurzfristig nicht steigern lassen.

In wesentlich kleineren Schritten will man das Inlandsgeschäft ausbauen. Neben den bereits bestehenden sechs Bogner-Häusern sind lediglich zwei weitere Neueröffnungen in Frankfurt und Dortmund für die nächste Zeit geplant. Als weitere Diversifikationsmöglichkeit schließt Bogner den Einstieg in die Kosmetikbranche nicht aus.

ERGEBNISSE

Braunschweig – Frankfurt	4:3	(2:2)
Bielefeld – Uerdingen	3:1	(2:1)
Leverkusen – Stuttgart	1:1	(0:0)
M'gladbach – Köln	4:2	(3:1)
Mannheim – Nürnberg	1:0	(0:0)
Bochum – München	3:1	(1:0)
Offenbach – K'lautern	3:2	(1:1)
Düsseldorf – Dortmund	7:0	(3:0)
Bremen – Hamburg	0:0	

DIE SPIELE

Leverkusen – Stuttgart 1:1 (0:0)
Leverkusen: Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Wojtowicz, Hörster, Winklhofer (79. Saborowski), Röber, Vöge – Tscha, Waas. – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer – K. H. Förster (15. Müller), B. Förster – Schäfer, Buchwald, Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson (77. Kempe) – Kelsch, Corneliusson. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 1:0 Röber (50., Foulelfmeter), 1:1 Allgöwer (58.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** B. Förster (4), Schäfer (2), Buchwald.

Mannheim – Nürnberg 1:0 (0:0)
Mannheim: Zimmermann – Sebert – Knapp, Dickgießer, Schlindwein – Quaisser, Hein, Schön (72. Bauer) – Makan, Linz (79. Böhni), Walter. – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Täuber, Grahammer, Habiger – Eder, Burgsmüller, Heidenreich – Abramczik (66. Brunner)., Heck, Trunk. – **Schiedsrichter:** Stäglich (Bonn). – **Tore:** 1:0 Linz (63.). – **Gelbe Karten:** Hein (2), Sebert (2), Heidenreich (2), Habiger (2), Täuber.

Gladbach – Köln 4:2 (3:1)
Gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Frontzeck – Krauss, Matthäus, Herlovsen, Rahn (53. Hochstätter), Schäfer, Mill, Lienen. – **Köln:** Schumacher – Strack (18. Prestin) – Hönerbach, Steiner – Hartmann, Zimmermann (74. Schmitt), Haas, Willmer – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 0:1 Hartmann (9.), 1:1 Mill (14.), 2:1 Hannes (25., Foulelfmeter), 3:1 Rahn (43.), 3:2 Littbarski (50.), 4:2 Lienen (90.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Frontzeck (3), Schäfer (2), Prestin (3), Hönerbach (2), Littbarski.

Offenbach – K'lautern 3:2 (1:1)
Offenbach: Herr – Franusch – Grünewald, Kutzop, Paulus – Michelberger, Bein, Trapp, Sandner – Dubovina (88. Höfer), Krause. – **K'lautern:** Grüner – Briegel – Wolf, Melzer, Brehme – Geye, Bongartz, Kitzmann (80. Frowein) – Brummer – Nilsson, Allofs. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 Allofs (9.), 1:1 Krause (19.), 2:1 Michelberger (57.), 3:1 Krause (67.), 3:2 Kitzmann (75.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Dubovina, Nilsson (2).

Düsseldorf – Dortmund 7:0 (3:0)
Düsseldorf: Kurth – Zewe – Löhr, Kuczinski – Bockenfeld (47. Ormslev), Bommer, Fach, Dusend (69. Thiele), Weikl – Edvaldsson, Wenzel. – **Dortmund:** Immel – Loose – Koch (60. Hein), Rüßmann – Storck (46. Walz), Tenhagen, Bittcher, Zorc, Raducanu – Klotz, Dreßel. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Bockenfeld (17.), 2:0 Bommer (19.), 3:0 Dusend (38.), 4:0 Bommer (58.), 5:0 Dusend (61.), 6:0 Zewe (79.), 7:0 Thiele (89.). – **Zuschauer:** 11 000.

Braunschweig – Frankfurt 4:3 (2:2)
Braunschweig: Franke – Pahl – Tripbacher, Hollmann (14. Bruns) – Geiger, Kindermann (19. Keute), Lux, Studzizba, Merkhoffer – Zavisic, Worm. – **Frankfurt:** Pahl – Berthold – Schreml, Körbel, Falkenmayer – Kraaz, Sievers, Kroth, Trieb – Kloss, Svensson. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen) – **Tore:** 0:1 Falkenmayer (29.), 1:1 Lux (35.), 1:2 Schreml (40.), 2:2 Keute (45.), 3:2 Studzizba (52.), 3:3 Kroth (65.), 4:3 Kraaz (67., Eigentor). – **Zuschauer:** 11 000. – **Gelbe Karten:** Schreml (4), Svensson.

Bremen – Hamburg 0:0
Bremen: Burdenski – Pezzey – Okudera, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Bracht – Reinders, Völler, Meier. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Kaltz, Jacobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Schröder, Rolff, Magath – Schatzschneider. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Zuschauer:** 40 800 (ausverkauft).

Bochum – München 3:1 (1:0)
Bochum: Zumdick – Lameck – Gerland, Knüwe – Gothe, Zugcic, Bönighausen, Oswald, Schulz (85. Kühn) – Kuntz (85. Pater), Schreier. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Grobe – Dürnberger, Lerby, Pflügler, Nachtweih (61. Mathy), Del'Haye (46. Meisel) – M. Rummenigge, K.H. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Schulz (8.), 2:0 Oswald (57.), 3:0 Schulz (73.), 3:1 K.H. Rummenigge (90.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karte:** Lerby (3).

Bielefeld – Uerdingen 3:1 (2:1)
Bielefeld: Kneib – Wohlers – Pohl, Dronia – Geils, Büscher, Pagelsdorf, Schnier – Rautiainen, Grillemeier (79. Kühlhorn), Schröder (54. Ozaki). – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Jusufi (65. Puszamszies), Brinkmann, van de Loo – Hofmann, Funkel, Feilzer (59. Raschid), Buttgereit – Sackewitz, Loontiens. – **Schiedsrichter:** Michel (Augsburg). – **Tore:** 0:1 Loontiens (5.), 1:1 Pagelsdorf (29.), 2:1 Dronia (36.), 3:1 Ozaki (81.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Wohlers (3), Büscher, Brinkmann (3), Feilzer, Jusufi, Funkel.

VORSCHAU

Freitag, 30. 9., 20.00 Uhr

Nürnberg – Bochum	(1:0)

Samstag, 1. 10., 15.30 Uhr

Hamburg – Braunschweig	(4:0)
Frankfurt – Mannheim	(–:–)
München – M'gladbach	(3:1)
Leverkusen – Bielefeld	(0:1)
Uerdingen – Düsseldorf	(–:–)
Dortmund – Offenbach	(–:–)
K'lautern – Bremen	(2:1)
Stuttgart – Köln	(2:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Rückschlag für Bayern München – Verwirrung in Dortmund – Nürnbergs 16. Auswärtsniederlage in Folge



In der Niederlage ist auch der erfolgsverwöhnteste Trainer alleine, hadert auch ein Weltklassespieler mit seinem Schicksal: Was dem FC Bayern in Bochum passierte, *ist Udo Lattek und Karl-Heinz* Rummenigge in den Gesichtern abzulesen (oben). Latteks Reaktion nach dem Spiel: „Wir sind noch lange keine Spitzenmannschaft. Nur mit schöner Spielerei kann man nicht gewinnen. Eines steht fest, es wird harte Worte geben."

FOTOS: FMS, SCHIRNER





Der Jubel der Unbekannten über ein Tor gegen die Stars: Ivan Zugcic, Frank Schulz und Stefan Kuntz (Foto rechts). Die drei Bochumer haben ein Durchschnittsalter von 22 Jahren. Zugcic kommt aus Wattenscheid, Schulz aus Herne, Kuntz aus Neunkirchen. Die großen Bochumer Stars, wie Tenhagen, Abel, Bast, verstärken schon längst andere Vereine. Trainer Schafstall dämpfte den Jubel: *„Wir werden mit unseren Jungen* noch Rückschläge erleben."

FOTO: HARTMANN

Bittere Niederlage für Uli Hoeneß – durch eine graue Maus und einen jungen Nationalspieler

Von HEINZ STUMM

Auf Bayern-Manager **Uli Hoeneß** (32) müssen die Niederlagen dieses Wochenendes ähnliche Durchschlagskraft gehabt haben wie vor neun Jahren seine vorübergehende Eliminierung aus der Weltmeister-Mannschaft. Zur Erinnerung: Auf Drängen **Franz Beckenbauers** (37) geriet „Jung Siegfried" (so der damalige Bayern-Trainer **Dettmar Cramer**, 58) genau wie der Frankfurter **Jürgen Grabowski** (36) und die Kölner FC-Spieler **Heinz Flohe** (33) und **Bernd Cullmann** (34) nach dem 0:1 gegen die „DDR" auf die Ersatzbank.

Uli Hoeneß wurde am Samstagabend gleich zweimal die Laune vermiest. Erst durch die 1:3-Niederlage des FC Bayern gegen den VfL Bochum. Dann durch die Nachricht, daß **Herbert Waas** (20), Subjekt seiner Wünsche, ausgerechnet ihm, dem cleveren und umtriebigen Manager, durch die Lappen gegangen war. Dabei hatte Hoeneß bis zuletzt die Zuversicht verbreitet, daß Waas in der neuen Saison das Bayern-Trikot tragen werde. Nach dem Motto „Mit uns kann Leverkusen nicht mithalten", hatte er geglaubt, finanziell die besseren Karten zu besitzen.

Das wird auch durchaus richtig gewesen sein, es wurde von Waas letztendlich („bei Bayern *hätte ich* wohl mehr verdienen können") auch bestätigt. Doch unterschrieben hat der Nationalspieler beim Werks-Verein des Chemie-Giganten. Und zwar gleich bis 1987.

Beim großen Ratifizierungs-Akt im Kasino des Vereins waren auch Vater und Bruder aus Passau zugegen. Dettmar Cramer verkündete die gute Botschaft mit Feldherrenmiene während der Pressekonferenz und ergänzte später: „ Der Herbert hat das Richtige getan, hat sich für den sportlich und menschlich besseren Weg entschieden."

Daß Waas auch materiell gut abschnitt und beruhigt schlafen kann, gilt als sicher. Neben dem Koreaner **Bum Kun Tscha** (31) soll er jetzt der zweite Spieler sein, der bei Bayer mehr als 300 000 Mark im Jahr kassiert. Cramer dazu: „Stürmer sind nun mal teurer als Verteidiger."

Die Vertragsverlängerung löste beim Bayer-Trainer ähnliche Glücks*gefühle aus wie bei einem Familien*vater die Geburt des ersten Sohnes. Daran die Vermutung zu knüpfen, daß auch er seinen Vertrag in Leverkusen verlängern werde, hält Cramer für noch zu früh: „Sie wissen, daß ich keine Verträge schließe. Kurz vor Saisonende werden wir uns zusammensetzen und dann weiter sehen." Im übrigen habe ihn der Tod von Hennes Weisweiler in der Absicht bestärkt, sofort aufzuhören, wenn es ihm keinen Spaß mehr mache. „In diesem Falle", so Cramer, „gehe ich von einem Tag zum anderen, ohne einen Anspruch zu stellen."

Die Ereignisse des Wochenendes müssen Uli Hoeneß und seinen FC Bayern *freilich* auch *noch* aus einem anderen Grunde schmerzen. Gehört doch der Renommier-Klub von der Isar zu den glühenden Verfechtern einer reduzierten Bundesliga. Erst war es **Wilhelm Neudecker** (76), dann **Willi O. Hoffmann** (52), der sich an Mannschaften wie Bochum störte. Ihr Standpunkt: Wegen mangelnder Ausstrahlungs- und Zugkraft gehören sie nicht ins Oberhaus des bezahlten Fußballs. Gerade Bochum aber führte den FC Bayern vor. Die Münchner, so der arbeitslose Trainer **Siggi Held** (36), seien „nur eine Mannschaft wie viele andere auch".



Bochums Trainer **Rolf Schafstall** (46) wunderte sich, wie leicht es seinen Spielern **Horst Knüwe** (27) und **Hans Gerland** (29) fiel, die Brüder **Rummenigge** zu neutralisieren: „Von beiden sah man nichts. Und dabei hat Gerland, der den Michael ausschaltete, seit Monaten nicht gespielt."

Weltstar **Karl-Heinz Rummenigge** (28) *hätte nach diesem 1:3 sicherlich* am liebsten den letzten Absatz in seinem WELT am SONNTAG-Interview gelöscht. In ihm wurde er gefragt: Was sagen Sie, wenn Ihr Bruder Michael jetzt auch in die Nationalmannschaft geholt wird? Begeistert antwortete er: „Nur her mit dem Jungen. Er ist in einer phantastischen Verfassung."

Das war er am Samstag nicht. Und **Dieter Hoeneß** (30), der seit Wochen wegen eines Außenbandrisses mit einem *Gipsbein herumhumpelt, hält* den Rückschlag für durchaus natürlich: „Junge Spieler brechen immer mal ein." Im übrigen schließt sich der jüngere Bruder des Managers nicht unbedingt der Meinung an, daß Bochum für die Bundesliga eine Zumutung sei, verweist allerdings darauf: „Wenn soviel Zuschauer kamen, dann eben wegen des FC Bayern."

Schafstall sieht das nicht unbedingt so: „Inzwischen identifizieren sich viele mit unserer jungen Mannschaft und sehen, wie sie sich bemüht, guten Fußball zu spielen. Das lockt die Zuschauer, zumal sie auch wissen, daß in Bochum keine Stargagen mehr gezahlt werden."

Einen aus der langen Liste der *Zwangsverkäufe* hätte Schafstall gern noch in seinem Team: Libero **Dieter Bast** (32), der inzwischen seinen Wert im fortgeschrittenen Fußballalter in Leverkusen nachweist. Schafstall bescheinigt Bast die Qualitäten eines Nationalspielers, ist aber überzeugt, daß **Jupp Derwall** (54) ihn auch in größter Verlegenheit ignoriert. Schafstall dazu: „Der Dieter hätte sich in jüngeren Jahren anbieten müssen. Aber er ist ein Spätstarter."

Zu den Spätstartern zählt, was die Karriere angeht, auch Düsseldorfs **Gerd Zewe** (33), der als Libero unter Trainer **Willibert Kremer** (43) einen sonnigen Spätherbst erlebt. „Würde Derwall ausschließlich die Leistung sehen, was er früher immer als seinen einzigen Maßstab nannte, müßte er den Gerd aufstellen. Der übertrifft sie alle und hat seit vielen Monaten stabile Form." Kremer macht sich hier für einen Mann stark, der *tatsächlich* oft von *Zeitungen* in der „Mannschaft des Tages" erwähnt wird.

Während Willibert Kremer einen Tag nach dem 7:0-Spektakel gegen Dortmund auf der Tribüne des Haberland-Stadions in Leverkusen von Gratulanten umkreist wurde, saß Siggi Held in Bochum fast unerkannt auf der Tribüne. Seit Januar ist der Ex-Schalker arbeitslos, schaut er sich Woche für Woche ein Bundesliga-Spiel an und hofft, endlich mal einen *erfreulichen Anruf zu bekommen.* Held wäre allzugern wieder in der Bundesliga tätig und ärgert sich noch heute, daß er sich im Sommer letzten Jahres von **Rudi Assauer** (38), dem Manager, hatte überreden lassen, nach dem Aufstieg bei Schalke zu bleiben: „Damals schlug ich ein tolles Angebot von Kaiserslautern aus. Jetzt stehe ich auf der Straße."

Anmerkung: Als Held in Schalke als Vater des Aufstiegs gefeiert wurde, saß Willibert Kremer, in Leverkusen entlassen, so untätig herum wie heute sein Kollege.

In Düsseldorf hätte Kremer am liebsten noch einen Stürmer wie den Ex-Dortmunder **Manfred Burgsmüller** (32). „So ein Schlitzohr käme mir gerade recht. Gegen Dortmund hätte der Manni sicherlich für einen zweistelligen Sieg gesorgt."

Bislang galt es unter Fußball-Profis immer als schick, die neueste Karosse einem möglichst breiten Publikum zu präsentieren. Der Wagen war für sie gewissermaßen die optische Duftnote des eigenen Stellenwerts. Bei einigen Bundesliga-Profis hat da offensichtlich ein Umdenken stattgefunden. Als ein Jugendmagazin ***Lothar Matthäus** (22) mit neuem Pkw* in Farbe ablichten wollte, bat er um Verzicht. „Es ist nicht gut, wenn wir in einer Zeit der allgemeinen Sparpolitik und der hohen Arbeitslosenziffern für teure Wagen Reklame machen", sagt der Gladbacher Nationalspieler, der einen frisierten Mercedes 190 E fährt (Wert etwa 60 000 Mark). Nationalmannschafts-Kollege **Pierre Littbarski** (22) aus Köln sperrte sich ebenfalls gegen den Wunsch, mit seinem Luxus-Mobil (Mercedes 500) fotografiert zu werden: „Ich lasse mich nur mit einem kleinen Honda fotografieren."

Dieser kurze Einschub über den Wohlstand unserer jungen Nationalspieler kann schnurstracks wieder zurück zum VfL Bochum führen. Da erzielte ein Mann mit dem Allerweltsnamen **Frank Schulz** (22) zwei Tore gegen den FC Bayern. Danach sprach er vom „Höhepunkt meiner bisherigen Laufbahn" und errötete vor Erregung und Verlegenheit, als ihn ein Vertreter des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) ins „Aktuelle Sportstudio" einlud: „Ich habe bei meinen Toren doch nur Glück gehabt."

Frank Schulz hat Installateur gelernt und in der letzten Saison bei Westfalia Herne in der Amateur-Oberliga 15 Tore geschossen. Bochum mußte 30 000 Mark für ihn zahlen, halb soviel, wie das Auto von Lothar Matthäus gekostet hat. Irgendwann, wenn Trainer Schafstalls Prognose aufgeht („ein großes Talent, das noch von sich reden machen wird"), wird in Bochum garantiert einer auf den Gedanken kommen, auch Schulz wieder abzugeben, um mit dem Geld ein Loch in der Kasse zu stopfen. Der Verein ist, so heißt es, immer noch mit vier Millionen Mark verschuldet.

Chaos vor der Wahl: Muß Maslo gehen, kommt Tippenhauser doch noch?

BERND WEBER, Dortmund

Es ist noch nicht ganz anderthalb Jahre her, da präsentierte Borussia Dortmund eine Abschlußbilanz, die sich sehen lassen konnte. Unter ihrem damaligen Trainer Branko Zebec hatte die Mannschaft ganz souverän einen UEFA-Cup-Platz erreicht, hatte – *nach dem HSV – die meisten* Auswärtssiege erzielt und die wenigsten Gegentreffer kassiert. Was sich seinerzeit wie ein neuer Dortmunder Frühling anließ, hat keinen Bestand mehr. Die aktuellen Schlagzeilen über den Traditionsclub lauten so: „Dortmunder Chaos!" („Bild am Sonntag"), „Dortmunds beängstigende Talfahrt!" (Sportinformations-Dienst).

Wenn heute abend um 19.00 im Goldsaal der Westfalenhalle die mit Spannung erwartete Jahreshauptversammlung beginnt, dann wird die Stimmung ohne jede Frage explosiv sein. Spätestens die blamable, die katastrophale 0:7-Niederlage bei Fortuna Düsseldorf hat die meisten Mitglieder derart in Rage gebracht, daß mit sachlichen Diskussionen nun überhaupt nicht mehr zu rechnen ist. Auch wenn der derzeitige Notvorsitzende Friedhelm Cramer gestern zur WELT sagte: „Weil unsere Mitglieder genau wissen, daß uns Polemik keinen einzigen Schritt weiterbringt, werden sie nicht ausflippen."

Solche Betrachtungsweise ist freilich schon wegen der vorgegebenen Konstellationen ziemlich blauäugig. Es wird eine Kampfwahl um das Präsidentenamt geben. Ein in Dortmund bisher weitgehend unbekannter, der 37jährige Frank Roring (Mitinhaber der Firma, die Borussia sponsort) tritt gegen den früheren Präsidenten Heinz Günther an. In der letzten heißen Phase des Wahlkampfes waren die Kandidaten nicht gerade zimperlich miteinander umgegangen – und dazu hatte nicht zuletzt Cramer beigetragen, der in der Roring-Crew nur als Vizepräsident kandidieren darf, weil ihm sein Arbeitgeber, eine große Brauerei, ein *weiteres Verbleiben im* Amt strikt untersagt hatte.

Günther selbst wird sicherlich mit der Forderung in die Versammlung gehen, den erst zu Saisonbeginn (für zwei Jahre) verpflichteten Trainer Uli Maslo zu entlassen. Im Moment ist noch völlig unklar, was die andere Seite dem entgegensetzen wird. Zwar hat Cramer am Samstagmorgen in einer knappen Rede vor den Dortmunder Spielern angekündigt, daß die Pleite in Düsseldorf „sehr schnell und auf jeden Fall" Konsequenzen haben werde. Aber gestern sagte er: „Daß ich damit den Abschuß von Maslo gemeint habe, ist eine völlig unzulässige Interpretation."

Andererseits: Eine Ehrenerklärung für den Trainer mochte Cramer auch nicht abgeben. In Dortmund wird als seriöse Nachricht gehandelt, daß Bayer Uerdingens Manager Dieter Tippenhauer noch in dieser Woche in der Doppel-Funktion Trainer/Manager antreten werde, wenn die Versammlung das Gespann Roring/Cramer wählt.

Und ganz hartnäckig hält sich das Gerücht, daß es bereits eine schriftliche Vereinbarung mit Tippenhauer gäbe, auf der alle Konditionen, nur nicht das Antrittsdatum eingetragen seien. Cramer nährte diese Mutmaßung, indem er Tippenhauers erst vor drei Tagen abgegebene Erklärung, er werde seinen bis zum Saisonende in Uerdingen laufenden Vertrag erfüllen, mit der öffentlichen Äußerung relativierte: „Was soll der Tippenhauer auch anderes sagen?"

Maslo, den sich die meisten Borussen-Fans als Hauptfigur ihrer Schelte ausgeguckt haben (er habe nur schwache Spieler eingekauft und zudem die Mannschaft durch ein viel zu hartes Training kaputtgemacht), bemüht sich, die Dinge gelassen zu sehen. Es sei die natürlichste Sache der Welt, wenn zuerst und am meisten der Trainer kritisiert werde, wenn Erfolge ausblieben. Ob er damit rechne, nach der Jahreshauptversammlung ohne Job zu sein? „Ich will es nicht ausschließen", antwortete er, „aber ich habe auch noch eine gehörige Portion Hoffnung in mir, daß, wer auch immer bei der Borussia ab heute abend die Verantwortung tragen wird, die Probleme nicht in einer solch vordergründigen Lösung zu beenden versucht."

Fest steht: Maslo hat eine Mannschaft übernommen, die körperlich ziemlich weit von ihrer Bestform entfernt war. Und das in nur acht Meisterschaftswochen wieder hinzubiegen, was sein Vorgänger Kalli Feldkamp (ein Borussen-Spieler: „Er war *unser mit Abstand schwächster Trai*ner der vergangenen Jahre") hat verschludern lassen, ist sicherlich nicht ganz so einfach.

Viele in Dortmund glauben, daß nur der ehemalige Vorsitzende Reinhard Rauball die Dinge *wieder in* Griff und das Chaos im Verein beenden könne. Zur Erinnerung sei angemerkt, daß es Rauball gewesen war, der Feldkampf seinerzeit nach Dortmund gelotst und ihn mit den Worten vorgestellt hatte: „Er ist einer der Top-Trainer der Bundesliga." Mit Feldkamp, ohne Frage, begann das Chaos . . .

8. Spieltag in der Statistik

							Heim		Auswärts	
1. Hamburg	8	5	2	1	18:9	12:4	13:4	7:1	5:5	5:3
2. München	8	5	2	1	18:9	12:4	9:2	6:2	9:7	6:2
3. Uerdingen	8	5	1	2	21:15	11:5	13:6	8:0	8:9	3:5
4. Gladbach	8	4	2	2	19:11	10:6	11:4	7:1	8:7	3:5
5. Stuttgart	8	3	4	1	15:8	10:6	7:2	6:2	8:6	4:4
6. Bremen	8	3	3	2	9:7	9:7	8:2	7:1	1:5	2:6
7. Düsseldorf	8	3	2	3	17:14	8:8	13:4	6:2	4:10	2:6
8. Leverkusen	8	3	2	3	14:12	8:8	10:3	7:1	4:9	1:7
9. Bielefeld	8	4	0	4	12:14	8:8	9:7	6:2	3:7	2:6
10. Köln	8	3	1	4	12:13	7:9	8:4	6:2	4:9	1:7
11. Bochum	8	3	1	4	14:21	7:9	7:6	6:2	7:15	1:7
12. Mannheim	8	2	3	3	10:17	7:9	8:5	6:2	2:12	1:7
13. K'lautern	8	2	2	4	19:18	6:10	12:6	6:2	7:12	0:8
14. Nürnberg	8	3	0	5	13:14	6:10	12:6	6:2	1:8	0:8
15. Braunschweig	8	3	0	5	15:20	6:10	11:8	6:2	4:12	0:8
16. Offenbach	8	3	0	5	11:21	6:10	11:9	6:2	0:12	0:8
17. Dortmund	8	2	2	4	10:21	6:10	4:6	4:4	6:15	2:6
18. Frankfurt	8	1	3	4	14:17	5:11	7:4	5:3	7:13	0:8

● Tore und Zuschauer

Herbert Waas bleibt mit sieben Treffern Spitzenreiter der Torschützenliste. Es folgen Bommer, Schatzschneider, Burgsmüller, Corneliusson, Funkel (alle 6). Bernd Förster (Stuttgart) und Uwe Schreml (Frankfurt) sind nach der vierten Verwarnung für das nächste Spiel automatisch gesperrt. 198 400 Zuschauer (Schnitt 22 044) für den achten Spieltag der Bundesliga sind der viertbeste Besuch der Saison. Insgesamt die meisten Zuschauer hat bisher Mannheim (125 000).

● Europacup-Sorgen

Keine der Mannschaften, die am Mittwoch die Rückspiele der Europacup-Wettbewerbe bestreiten müssen, konnte gewinnen. Verletzungssorgen kommen hinzu. Pokalsieger Köln muß gegen Innsbruck (Hinspiel 0:1) wahrscheinlich auf Libero Strack, Stuttgart gegen Sofia (1:1) auf Vorstopper Karl-Heinz Förster verzichten. Bei Bremen (es spielt gegen Malmö / Hinspiel 1:1) ist Neubarth verletzt. Nur Kaiserslautern reist ohne verletzte Spieler nach England zum FC Watford (3:1).

Nürnberg: „Dummheit ist, was Abramczik spielt. Frechheit ist, ihn zu kaufen"

MARTIN HÄGELE, Mannheim

Der Präsident wirkte gestern morgen gelassen. Es gehe ihm gut, antwortete er auf die Frage, wie sich *einer fühle, dessen Mannschaft zum* sechzehnten Male hintereinander auf fremdem Platz verloren habe. „Irgendwann werden wir auch mal wieder auswärts gewinnen", sagte Michael A. Roth (47). Der Herrscher über ein Teppich-Imperium und den ruhmreichen 1. FC Nürnberg kennt schon die Schliche, wie man sich herausredet. Sonst hätte es dieser kleine Mann in seinem Leben nicht so weit gebracht.

Roth sagt: „Ich weiß gar nicht, warum hier negative Stimmung herrschen soll. Wir haben erst den achten Spieltag, die Saison ist lang, und wir werden mit Sicherheit am Ende einen guten Mittelplatz erreicht haben." Aber vor der Saison hatte er von einem UEFA-Pokal-Platz gesprochen. Das will er heute nicht mehr wahrhaben, das komme von draußen, „das schwirrt im Publikum rum". Was nicht stimmt. Einen Platz im UEFA-Cup haben der große Boß und sein *leitender Angestellter, der Trai*ner-Manager Udo Klug (55), vor dieser Saison schon so formuliert.

Am Samstag nach dem 0:1 bei Waldhof Mannheim gab der Klub zu anderen Formulierungen Anlaß: Der Rekordmeister befindet sich mal wieder auf Rekordkurs – 0:32 Punkte auswärts. Den letzten Zähler außerhalb Nürnbergs haben die Franken am 8. Oktober 1982 in Braunschweig geholt. Und beim nächsten Gang an den Gladbacher Bökelberg sei schon das Jubiläum der Trauerserie terminiert: ein Jahr, eine ganze Saison lang immer nur Auswärtsniederlagen. Nicht einmal Tasmania Berlin und ähnliche Außenseiter der Bundesliga hatten sich in dieser Klasse so elendiglich verkauft.

Roth hat schon gesehen, daß seine Leute wie geprügelte Hunde in den Bus geschlichen sind. Er hat auch bemerkt, daß Assistenz-Trainer Fritz Popp ganz verblüfft war. Popp, noch *ein Relikt aus Nürnberger Meisterzei*ten, hatte in der Zeitung 100-Mark-Wetten auf einen Nürnberger Sieg gehalten. Jetzt, ein paar tausend Mark ärmer, wartet der alte Haudegen weiter auf die Wende. „Vier totsichere Chancen. Sonst sind wir kaum bis an den gegnerischen Strafraum gekommen, aber jetzt vier totsichere, da müssen doch mindestens zwei rein", jammerte Popp vor sich hin. Stürmer Dieter Trunk sprach für sämtliche Mitspieler als er sagte: „Ich begreife die Welt nicht mehr."

Bei Schatzmeister Ernst Ludwig Zeitz hatte das 0:1 Panik ausgelöst. „Ich sehe keine Perspektive mehr, wenn man gegen die Waldhöfer, diese schwächste Bundesligamannschaft, verliert", stammelte er immer wieder. Der Club besitze einfach keine Profi-Mannschaft, so Zeitz, das sei die Wahrheit, alles andere Augenwischerei. Zeitz: „Ich verlange, daß die Mannschaft jetzt einen Auswärts*punkt holt, sonst ziehe ich meine* Konsequenzen und trete als Schatzmeister zurück."

Da fehlten nur noch die Tränen zum fränkischen Bauerntheater. Beim Klub – und daran krankt dieser Verein vor allem – fahren einige auf dem falschen Dampfer. Auch Steuermann Udo Klug. Bis auf die vergebenen Chancen sah er ein gutes Auswärtsspiel, Siegeswillen und den jungen Grahammer als besten Club-Spieler. Wenn das der Ernst des Trainers ist, dann reimt sich klug auf dumm. Grahammer fiel lediglich als größter Rammler auf dem Platz auf. Und am Beispiel Rüdiger Abramczik erklärte ein Spaßvogel den Unterschied zwischen Dummheit und Frechheit. „Eine Frechheit ist das, was Abramczik bringt. Dummheit ist, wenn man einen solchen Mann kauft."

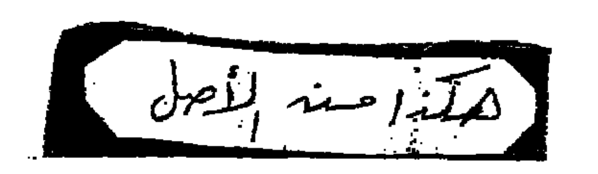
Nur Torwart Rudi Kargus, Neuzugang Burgsmüller und mit Abstrichen Trunk fielen positiv auf. Der große Rest konnte nicht nachweisen, warum er sein Geld ausgerechnet in der Bundesliga verdienen muß. Wenn man einer solchen Mannschaft, die in der Rückrunde der abgelaufenen Saison nachweislich noch erfolgloser als die Absteiger Karlsruhe, Schalke und Hertha gekickt hat, erklärt, sie peile nun einen Platz im UEFA-Cup an, hat das katastrophale Folgen. Man schickt auch keinen Dragoner-Gaul auf die Rennbahn . . .

Statt Mut haben die Nürnberger Profis wegen der großen Worte jetzt Angst. Die Furcht vor dem entscheidenden Fehler hängt in ihren Hosen und Hemden. Als Abramczik, Burgsmüller und Trunk innerhalb von fünf Minuten bei drei großen Möglichkeiten versagt hatten, war es geradezu logisch, daß kurz darauf das Malheur passieren würde. Es ließ nicht lange auf sich warten, das 1:0 durch Paul Linz.

Der Erfolgsmensch Roth hat schon vor dieser erneuten Pleite reagiert. Am Freitag hatte er angekündigt, daß er weiterhin Nürnbergs Fußball-Boß bleiben werde. Und er will dem Club mit der großen Tradition einen besseren Weg in die Zukunft weisen. Roth will ausmisten.

Roth setzt auf die Jugend, auf einen Talentschuppen, der schon im Januar eröffnet werden soll. Roth: „Eine Art Internat, da können wir 16jährige Fußballspieler aus ganz Deutschland zusammenholen. Und wenn wir jedes Jahr einen für die Profis rausbringen, hat sich das rentiert."

Den Traum haben schon viele Präsidenten geträumt, doch nur selten ist er auch in Erfüllung gegangen. Schalke *hatte auch so ein* Internat, es spielt heute in der Zweiten Liga . . .



ZWEITE LIGA / Rot-Weiß Essens Talfahrt

In der Stunde der Not meldet sich Janosz Bedl

sid, Essen

Der Profi-Fußball in Essen, der mit 650 000 Einwohnern fünftgrößten deutschen Stadt, droht in der Versenkung zu verschwinden. Rot-Weiß Essen, 1955 Deutscher Meister, wird von einer neuen Krise geschüttelt. Sportlich (Letzter in der Zweiten Liga) und finanziell (rund eine Million Mark Verbindlichkeiten) am Rande des Abgrundes, drohende Steuernachzahlung, Rücktritt des Vorsitzenden im Verwaltungsrat, keine Finanzspritzen von der Industrie: RWE steht vor dem Kollaps.

Nach der 2:4-Heimniederlage gegen Alemannia Aachen steht Trainer Rolf Bock vor der Entlassung. Der glücklose Trainer hatte bei der Verpflichtung von neuen Spielern keinen guten Griff getan. Die ehemaligen Dortmunder Wagner und Freund sind ebenso Fehleinkäufe wie der aus dem französischen Lille geholte Stürmer Delemer.

Da die Erfolge ausbleiben, kommen immer weniger Zuschauer. Bei nur 4000 Besuchern muß der leidgeplagte Vereinskassierer schon vor jedem Spiel ein Minus von weiteren rund 40 000 Mark registrieren. Der Vorsitzende Rolf Neuhaus will zurücktreten: „Es macht keinen Spaß mehr", sagt er.

Vor dem Düsseldorfer Finanzgericht streitet man noch um eine Steuernachzahlung von rund 120 000 Mark, die noch als Steuer aus der fürstlichen Abfindung des früheren Essener Trainers Horst Witzler von der Finanzbehörde eingeklagt werden.

In der Stunde der größten Not will nun der 54jährige Trainer und Manager Janosz Bedl helfen. Der gebürtige Ungar, der in Essen wohnt und mit dem Klub in der Saison 1972/73 30 Spiele lang unbesiegt war, will zum Nulltarif arbeiten. Bedls Vorstellung: „Wenn RWE mit mir wirklich absteigen sollte, habe ich eben monatelang umsonst gearbeitet. Aber wenn die Mannschaft in der Zweiten Liga bleibt, sollte der Verein mir eine Erfolgsprämie zahlen." Sein Konzept: Er will den mit einer sechsstelligen Summe auf der Gehaltsliste stehenden Herbert Demange ins Ausland verkaufen und vom eingesparten Geld sowie der Ablösesumme zwei zusätzliche Stürmer verpflichten.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis
Oberhausen – Duisburg	0:2 (0:0)
Lüttringhausen – Freiburg	1:0 (1:0)
Charlottenburg – Wattensch.	2:1 (0:1)
Köln – Darmstadt	5:1 (2:0)
Kassel – Hertha	2:2 (0:1)
Saarbrücken – Hannover	2:1 (1:0)
Ulm – Solingen	1:3 (1:0)
Essen – Aachen	2:4 (0:1)
Schalke – Osnabrück	3:1 (0:1)
Stuttgart – Karlsruhe	2:3 (1:2)

DIE TABELLE

Verein					Tore	Punkte
1. Karlsruhe	9	6	3	0	24:8	15:3
2. Hess. Kassel	10	6	2	2	27:13	14:6
3. Schalke	9	5	3	1	18:8	13:5
4. Duisburg	10	5	3	2	18:8	13:7
5. Aachen	10	4	5	1	13:8	13:7
6. Freiburg	10	5	3	2	13:10	13:7
7. Hertha BSC	10	4	4	2	20:13	12:8
8. Solingen	10	4	4	2	17:14	12:8
9. Köln	10	3	4	3	22:20	10:10
10. Saarbrücken	10	4	2	4	11:16	10:10
11. Darmstadt	10	3	3	4	14:22	9:11
12. Osnabrück	9	3	2	4	8:14	8:10
13. Ulm	10	3	2	5	17:20	8:12
14. Hannover	10	1	5	4	10:16	7:13
15. Wattensch.	10	1	5	4	8:14	7:13
16. SCC Berlin	10	3	1	6	8:16	7:13
17. Lüttringh.	10	2	3	5	6:16	7:13
18. Stuttg. Kick.	9	1	4	4	10:16	6:12
19. Oberhausen	10	2	2	6	13:17	6:14
20. Essen	10	2	2	6	11:19	6:14

DIE VORSCHAU

Freitag, 30. 9., 19.30 Uhr: Wattenscheid – Stuttgart; 20.00 Uhr: Duisburg – Saarbrücken; Osnabrück – Ulm; Hannover – Kassel; **Samstag, 1. 10.,** 15.30 Uhr: Köln – Essen; Karlsruhe – Lüttringhausen; Freiburg – Oberhausen; **Sonntag, 2. 10.,** 15.00 Uhr: Hertha – Schalke; Aachen – SCC Berlin; Darmstadt – Solingen.

Zwei Männer im Blickpunkt: Der Ringer Markus Scherer und der Box-Weltmeister Gerrie Coetzee

WM-Silber als olympische Qualifikation

dpa/DW. Kiew

Vor dreieinhalb Jahren sagte sein Trainer Walter Gehring über ihn: „Noch fehlt die Substanz. Doch das wird sich ändern. In vier Jahren ist er ein absoluter Spitzenmann." Markus Scherer (21) aus Böhl-Iggelheim brauchte nicht so lange. Am Wochenende gewann er bei den Ringer-Weltmeisterschaften im griechisch-römischen Stil in Kiew im Papiergewicht die Silbermedaille. Mit 3:6 Punkten verlor Scherer, der Junioren-Europameister, das Finale gegen den Bulgaren Bratan Tsenow, den er im vorigen Jahr noch besiegt hatte.

Scherer, der neue Vize-Weltmeister, gehört einer Ringer-Familie an und startet daheim für den Bundesligaklub VfK Schifferstadt. Dabei hätten die Gebrüder Freddy, Bernd und Markus Scherer wohl auch als Kunstturner ihren Weg gemacht. Weil aber ihr Großvater Karl Scherer einst pfälzischer Spitzenringer war und ihr Vater ebenfalls als Ringer Meriten erwarb, wurden dessen drei Söhne nicht in einem Turnverein angemeldet, sondern gingen vor dreizehn Jahren beim KSV Oggersheim in Walter Gehrings Ringerschule.



Markus Scherer – in dreieinhalb Jahren zur Weltspitze. FOTO: HORSTMÜLLER

Markus Scherer hat sich nun mit seinem zweiten Platz von Kiew bereits für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles qualifiziert. Das gilt auch für den Wittener Weltergewichtler Karl-Heinz Helbing, der allerdings keine Medaille gewann. Der deutsche Mannschaftssprecher Helbing verlor gegen den Japaner Mikai, obwohl er mit 7:2 geführt hatte. Helbing hatte in der Bodenlage zweimal unerlaubte Beingriffe probiert, um nicht ausgehoben zu werden, was nach einem Protest des Japaners zur Disqualifikation führte. Mittelgewichtler Siegfried Seibold (Bad Reichenhall) belegte den sechsten Platz und sicherte sich wie Helbing und Markus Scherer die Fahrkarte nach Los Angeles.

Nachfolger für Ingemar Johansson

dpa/sid, Richfield

Zum ersten Mal seit 23 Jahren ist wieder ein weißer Boxer Profi-Weltmeister im Schwergewicht. Beim dritten Versuch, den Titel nach der Version der World Boxing Association (WBA) zu gewinnen, schlug der Südafrikaner Gerrie Coetzee (28) vor 20 000 Zuschauern im Coliseum von Richfield den farbigen Amerikaner Michael Dokes in der zehnten Runde k. o. Als letzter Weißer war der Schwede Ingemar Johansson von 1959 bis 1960 Weltmeister gewesen, allerdings als alleiniger Titelträger, weil es noch keine konkurrierenden Weltverbände gab.

Bereits zweimal hatte Coetzee um den WBA-Titel geboxt, aber in seiner südafrikanischen Heimat zunächst gegen John Tate und dann gegen Mike Weaver verloren. „Bei den ersten beiden Malen wußte ich nicht, was der Weltmeistertitel für eine Bedeutung hatte", sagte der Südafrikaner nach seinem Sieg, der ihm 250 000 Dollar und die Chance einbrachte, gegen den Weltmeister des World Boxing Council (WBC), Larry Holmes (USA), anzutreten. Bisher hat es Larry Holmes aus politischen Gründen abgelehnt, gegen den Südafrikaner zu kämpfen. Doch auch dieses Problem könnte gelöst werden. Coetzees Frau wird in den USA demnächst ihr drittes Kind zur Welt bringen. Das gibt dem neuen Weltmeister automatisch das Recht, die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erwerben.



Nach drei Anläufen Weltmeister: der Südafrikaner Coetzee. FOTO: AP

Coetzee, der sich Anfang des Jahres zum siebten Mal die linke Schlaghand brach, bestritt mit 19 Jahren in Johannesburg seinen ersten Profikampf. 1975 besiegte er in Johannesburg mit dem Berliner Hartmut Sasse auch einen deutschen Boxer.

„Wegen meiner Nationalität war es mir nicht vergönnt, einmal um eine olympische Goldmedaille kämpfen zu können", sagt Coetzee. Nun ist er Profi-Weltmeister.

MARATHON / Rekord – 300 000 Zuschauer in Berlin

Ein Sieg der Taktik für den Belgier Karel Lismont

DW. Berlin

Ein Steuerbeamter setzte sich durch. Der 34 Jahre alte Favorit Karel Lismont aus Belgien, Europameister 1971, Silbermedaillengewinner der Olympischen Spiele in München 1972, Bronzemedaillengewinner in Montreal 1976 und Neunter der ersten Weltmeisterschaften in Helsinki 1983, gewann in 2:13,37 Stunden das Berlin-Marathon. Er blieb damit auch unter der Streckenrekordzeit des Kolumbianers Tibaduiza (2:14,46) aus dem Vorjahr.

Bei Sonnenschein und Temperaturen um 20 Grad Celsius war es ein Sieg der besseren Taktik. Hinter dem sehr schnell angehenden Schweizer Werner Meyer hielt sich Lismont in der ersten Verfolgergruppe stets in Lauerposition. Diese Gruppe umfaßte zunächst zwölf Läufer, darunter auch der überraschend starke Franz Hornberger aus Bielheim.

Als diese Gruppe ab Kilometer 30 mehr und mehr auseinanderfiel, übernahmen Lismont und der Engländer Ashworth die Initiative. Bei Kilometer 36,3 in Dahlem war es dann soweit: Angefeuert von den Zuschauern – insgesamt rund 300 000 – passierten Ashworth und Lismont den von Beinkrämpfen geplagten Meyer und zogen davon. 3000 Meter vor dem Ziel schüttelte Lismont auch Ashworth ab und bog als Erster auf den Kurfürstendamm ein. Am Ziel lag er fast eine halbe Minute vor dem Engländer. Der lange Zeit führende Meyer rettete sich noch als Dritter ins Ziel, 21 Sekunden vor dem besten deutschen Läufer, Franz Hornberger aus Bielheim.

Beste Frau war die Engländerin Karen Goldhawk in 2:40,20 Stunden. Die deutsche Favoritin Susi Riermeier aus Fürth hatte nach 22 Kilometern erschöpft aufgegeben.

Insgesamt waren über 6200 Läufer am Start am Reichstag auf die 42,195 Kilometer lange Strecke gegangen. Das ist ein neuer Teilnehmerrekord bei Marathonläufen in Deutschland.

SPORT-NACHRICHTEN

Kessler gewann Kunstfahren

Moers (dpa) – Mit einem Sieg von Jürgen Kessler (AC Weinheim) im Einer-Kunstfahren endeten die Deutschen Hallen-Radsportmeisterschaften in Moers. Die Radball-Weltmeister Thomas und Andreas Steinmeier aus Lieme bei Lemgo wurden zum zweiten Mal deutsche Meister.

Comeback Akii-Buas?

Kampala (sid) – John Akii-Bua (Uganda), 1972 in München Olympia-Sieger über 400 m Hürden, will nach dreijähriger Wettkampfpause ein Comeback versuchen.

Lillak: Weiter Wurf

Saloniki (sid) – Finnlands Weltmeisterin Tiina Lillak warf den Speer in Saloniki 73,80 m weit. Das sind nur 96 cm unter ihrer Weltrekord-Leistung.

Echtermann gewann

Stuttgart (dpa) – Der Wiesbadener Jörg Echtermann gewann das letzte Rennen um das „Grüne Band" der Radamateure eines Einzelzeitfahrens auf der Stuttgarter Solitude. Damit wurde er auch Erster der Gesamtwertung.

Braun siegte in Stuttgart

Stuttgart (sid) – Der Neustädter Radprofi Gregor Braun gewann bei der Stuttgarter Nacht mit seinem niederländischen Partner René Pijnen ein Zweier-Mannschaftsrennen über 75 Kilometer.

Tour d'Europe: Bohne vorn

Bad Pyrmont (dpa) – Mit einem Start-Ziel-Sieg des Mercedes-Fahrers Holger Bohne (Lohne) und seines Co-Piloten Reinhold Fricker (Ulm) endete in Bad Pyrmont die 26. Internationale ADAC-Rallye Tour d'Europe.

Langer führt

Moor Park (sid) – Der Augsburger Bernhard Langer führt nach drei Durchgängen beim internationalen Golf-Turnier in Moor Park (England) mit 201 Schlägen vor Johnstone (Zimbabwe) und Canizares (Spanien), die zwei Schläge mehr benötigten.

Milser: Drei Rekorde

Roding (sid) – Drei deutsche Rekorde erreichte der Duisburger Rolf Milser. Beim Kampf um den dritten Platz der deutschen Gewichtheber-Meisterschaft zwischen dem TB Roding und VfL Duisburg-Süd steigerte er im Reißen den Rekord auf 170,5 kg, im Stoßen auf 213 kg und seinen Zweikampf-Rekord auf 382,5 kg. Karl-Heinz Radschinsky (Berlin) schaffte im Reißen des Leicht-Schwergewichts mit 156,0 kg ebenfalls Rekord.

Geher-Weltcup an China

Bergen/Norwegen (dpa) – Die Chinesinnen, die erstmals am Start waren, gewannen in Bergen den Weltcup im Gehen der Frauen mit 133 Punkten vor Titelverteidiger UdSSR (130) und Australien (130). Den Weltcup der Männer gewann Jozef Pribilinec (CSSR).

Maradona verletzt

Barcelona (sid) – Beim spanischen Fußball-Meisterschaftsspiel des FC Barcelona gegen Athletico Bilbao (4:0) erlitt Diego Maradona durch ein Foul von Goecoechea einen Bruch und einen Bänderriß im linken Knöchel. Goecoechea hatte im letzten Jahr auch Bernd Schuster so schwer verletzt, daß er nicht an der WM teilnehmen konnte.

Trump trat zurück

Düsseldorf (sid) – Peter Trump (32), 213maliger Hockey-Nationalspieler von der TG Frankenthal, gab seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft bekannt.

Reutlingen trat nicht an

Altena (sid) – Entweder hatten sie sich im Terminplan geirrt oder tatsächlich verschlafen – jedenfalls trat Tischtennis-Europacupsieger Reutlingen am Freitag in Altena nicht an. Nun soll das ausgefallene Spiel mit 9:0 für Altena gewertet werden.

Sieben Wunderlich-Tore

Barcelona (sid) – Im Abschiedsspiel für Erhard Wunderlich gab es zwischen den deutschen Handballmeister VfL Gummersbach und dem FC Barcelona ein 19:19 (10:12) Unentschieden. Wunderlich, inzwischen bei Barcelona unter Vertrag, erzielte gegen Gummersbach sieben Tore.

Tennis: Neuss Meister

Amberg (sid) – Deutscher Mannschaftsmeister im Tennis wurde Blau-Weiß Neuss. Die Neusser bezwangen im Finale Rot-Weiß Berlin.

OLYMPIA

Werbung – zu Kompromissen bereit

dpa, **Frankfurt**

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) für Deutschland ist bei dem umstrittenen Problem der Werbung am Mann offenbar zu Kompromissen bereit. „Ich kann mir keine automatische Streichung vorstellen", erklärte der Vorsitzende der NOK-Zulassungskommission für die Olympischen Spiele, Heinz Fallak. Das NOK-Präsidium hatte allen Olympia-Kandidaten vom 1. Oktober an das Tragen von Werbetrikots verboten.

Fallak, der bei den Olympischen Spielen nächstes Jahr in Los Angeles auch die Funktion des Chefs der Mission für das Team der Bundesrepublik Deutschland ausübt, verwies auf eine Sitzung der Zulassungskommission am 4. Oktober: „Wir wollen alle Möglichkeiten für eine Olympia-Teilnahme ausschöpfen." Man werde versuchen, „eine klarere Position als jetzt" zu schaffen. Das NOK-Präsidium habe mit seinem Werbeverbot lediglich auf eine Grundsatzentscheidung der Mitgliederversammlung von 1979 zurückgegriffen. Fallak gab zu erkennen, daß das NOK seine Haltung modifizieren könnte. Durch die liberalisierten Zulassungsbestimmungen zu den Olympischen Spielen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) von 1981 in Baden-Baden sei eine „neue Beschluß-Situation" entstanden.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Eissport-Verbandes, Walter Hußmann, protestierte noch einmal gegen das Werbeverbot. Der Eishockey-Bund sei „völlig überrascht" worden, das Verbot könne „unmöglich in dieser Form akzeptiert werden". Die Trikot-Werbung der Bundesliga-Vereine stehe in Übereinstimmung mit dem Internationalen Verband. Es sei „unverständlich", wenn das NOK bei den Zulassungsbestimmungen „härtere Richtlinien" anwede als IOC und die internationalen Verbände.

Für den Deutschen Fußball-Bund hatte Präsident Neuberger schon vorher erklärt, das Verbot könne für die Olympia-Auswahl keine Gültigkeit haben, weil die Qualifikation nach den Regeln der FIFA ausgetragen werde.



Mannschaftsführerin mit Übersicht: Marina Staden aus Oyte. FOTO: RZEPKA

VOLLEYBALL / Europameisterschaften: Platz fünf für deutsche Damen

Der Präsident: Ein Team mit Zukunft

sid/dpa, **Rostock**

Am Ende kam auch Bundestrainer Andrzej Niemczyk das Ganze wie ein kleines Wunder vor: „Was wir hier nach nur eineinhalbjähriger Aufbauarbeit im Expreßtempo vollbracht haben, schaffen viele andere in zehn Jahren nicht." Eine Medaille hatte er insgeheim zwar erträumt, Platz vier zum Ziel gesetzt, doch dann sorgte auch Rang fünf der erstmals in die Finalrunde vorgestoßenen deutschen Damen-Nationalmannschaft bei den 13. Volleyball-Europameisterschaften für volle Zufriedenheit.

Noch nie zuvor schnitt eine westeuropäische Vertretung gegen die bislang übermächtigen Teams aus Osteuropa in den vergangenen 22 Jahren besser ab. Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV), dazu: „Wir haben in den Spielen in Rostock bewiesen, daß wir jetzt zur europäischen Spitzenklasse gehören. Ich zähle unsere Mannschaft neben der UdSSR, der DDR und Polen zu den vier Teams mit großer Zukunft."

Mit dem 3:1 gegen die Polinnen und dem 3:1 gegen Rumänien gab es erstmals für eine Vertretung des DVV bei einer Europameisterschaft Siege über osteuropäische Teams. Mader: „Uns fehlen noch ein oder zwei Jahre, dann können wir auch ganz oben mitspielen. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern dies wurde mir von internationalen Experten bestätigt." In der „DDR" spielte das deutsche Team noch zu schwankend, um selbst klare Vorteile in den Sätzen gegen die „DDR" oder die UdSSR zu nutzen.

Streitigkeiten hatte es gegeben, als der Vertreter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vor dem Spiel gegen die „DDR" nicht zur Begrüßung der Mannschaft vorgelassen wurde. Mader kündigte deshalb seine vorzeitige Abreise noch vor dem Abschlußbankett an. Mader sagte auch: „Die Behandlung meiner Person war unter aller Kritik. Obwohl ich zum Vizepräsidenten des Europäischen Verbandes gewählt wurde, hat man alles getan, um mich zu ignorieren." Außerdem, so meinte Mader, habe die „DDR" während der Meisterschaften überall dort versagt, „wo mit politischer Toleranz der Eindruck des guten Gastgebers hätte abgerundet werden können". Statt dessen aber hätten vor den Hallen Transparente mit der Aufschrift „Frieden, Sportfreundschaft und Völkerverständigung" geweht.

KUNSTTURNEN / Sieg über Schweiz und CSSR

Die fehlerlose Kür

sid/dpa, ***Singen/Oberursel***

Mit einer herausragenden Kürleistung gewannen die deutschen Kunstturner in Singen einen Dreiländerkampf gegen die Schweiz und die CSSR. Vor 900 Zuschauern in der Münch-Ried-Sporthalle wurde gleich dreimal am Reck die Tageshöchstnote von 9,90 Punkten vergeben. Diese Wertung erhielten der Hannoveraner Andreas Japtok, der mit 114,50 Punkten auch die Einzelwertung gewann, Daniel Winkler aus Heusenstamm und der Schweizer Bruno Cavelti.

Bei der Weltmeisterschafts-Qualifikation in der Rhythmischen Sportgymnastik in Oberursel siegte die Wattenscheiderin Claudia Scharmann mit 38,05 Punkten vor ihrer Vereinskameradin Claudia Ziburski (37,85). Die deutsche Meisterin Regina Weber (Wattenscheid) wurde wegen einer leichten Verletzung geschont.

Standhafte Turner nach Budapest – so lautet die Losung für die deutschen Kunstturner vier Wochen vor Beginn der Weltmeisterschaften. Denn trotz des Sieges über die Schweiz und die CSSR war Bundestrainer Philipp Fürst der Schwachpunkt der Riege nicht verborgen geblieben. „Bei den Abgängen sind wir noch zu unsicher. Diese Schwächen, die uns bei der WM entscheidende Zehntel kosten können, müssen wir noch beheben", sagte Fürst.

Zu den hohen Wertungen (9,90 Punkte) bei den Reck-Darbietungen von Andreas Japtok und Daniel Winkler sagte DTB-Spitzensportreferent Wolfgang William: „Diese Wertungen, insbesondere aber die Geschlossenheit der Mannschaft, haben bewiesen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wenn unsere Turner diese Form zur WM konservieren oder sogar steigern können, bin ich von einer Olympia-Qualifikation überzeugt." Die Leistung der deutschen Riege war um so höher zu bewerten, als der Lehbacher Benno Groß sich beim Einturnen am Pferd eine Nackenwirbelstauchung zuzog und damit an jedem Gerät von vornherein das Streichergebnis lieferte.

Nach der WM-Qualifikation der Gymnastik-Spezialistinnen in Oberursel steht die deutsche Riege für die Weltmeisterschaften im November in Straßburg: Regina Weber, Claudia Ziburski, Claudia Scharmann (alle Wattenscheid) und Pia Amann (Rehlingen) als Ersatzturnerin.

MOTORSPORT / Baut Zakowski bald dritten deutschen Formel-1 Turbo-Motor?

Piquet Sieger in Brands Hatch

DW./sid, **Brands Hatch**

Sieger des Großen Preises von Europa auf der englischen Rennstrecke in Brands Hatch wurde der Brasilianer Nelson Piquet (Brabham-BMW) vor dem Franzosen Alain Prost (Renault-Turbo) und dem Engländer Nigel Mansell (Lotus-Renault). In der elften Runde war der führende Italiener Patrese (Brabham-BMW) nach einer Kollision mit dem Lotus-Piloten Elio de Angelis (Italien) ausgeschieden. Winkelhock (Waiblingen) wurde auf ATS Achter. – In der Weltmeisterschaftswertung führt vor dem letzten Lauf um die Formel-1-Weltmeisterschaft 1983 am 15. Oktober in Kyalami Prost mit 57 Punkten vor Piquet (55).

In der Formel 1 gibt es nach der Beteiligung von BMW und Porsche möglicherweise schon 1984 einen dritten deutschen Motor. Erich Zakowski aus Niederzissen, Ford-Bastler in der Deutschen Rennsportmeisterschaft, benutzte den Großen Preis von Europa in Brands Hatch zu Gesprächen mit mehreren Grand-Prix-Teams.

Die Kommentare von Zakowski reichten von scherzhafter Bestätigung bis zum scheinbar ernstgemeinten Dementi. „Hätten Sie mich genau beobachtet, dann wüßten Sie jetzt, mit wem ich gesprochen habe", sagte er. Oder: „Hinter einem Formel-1-Einsatz stehen noch drei Fragezeichen." Und dann wieder: „Die Gruppe C ist doch das einzig Wahre", also die flachen Flundern, mit denen seit 1982 die Rennsport-DM wie auch die Langstrecken-Weltmeisterschaft bestritten wird.

Doch abgesehen davon, daß ein vielbeschäftigter Mann wie Zakowski, der schon am Montag wieder in seine amerikanische Filiale fliegt, nicht zum Spaß ein Rennen in England besucht und dabei noch zwei seiner besten Leute als Begleitung mitnimmt, spricht auch noch einiges andere für sein Grand-Prix-Engagement. Seine Erfahrung mit Turbomotoren ist unbestritten groß.

Andererseits ist in der Gruppe C gegen die überlegenen Porsche 956 nichts mehr zu gewinnen. Ein Problem, das nicht nur für Zakowski mit den Typen C/4-Turbo (Klaus Ludwig/Bonn) und C/8-Cosworth (Klaus Niedzwiedz/Unna) unlösbar war, sondern auch für das Lancia-Werksteam. Ein neues, erfolg- und publicityversprechendes Betätigungsfeld muß also her.

Unterstützung könnte Zakowski dafür von der Ford-Muttergesellschaft in Dearborn/USA erhalten. Denn sein Freund Michael Kranefuß, früher Ford-Rennleiter in Köln, wurde dort unlängst zum „Ford-Sportchef weltweit" befördert.

Manfred Winkelhock (Waiblingen), derzeit einziger deutscher Formel-1-Fahrer und 1981 selbst Zakspeed-Capri-Pilot, würde seinen früheren Teamchef ermutigen: „Wenn er es gut bezahlt bekommt, soll er das doch machen, was spricht dagegen?" Der Schwabe, im ATS-BMW-Turbo noch ohne WM-Punkt, steht als Fahrer allerdings nicht zur Verfügung. „Ich mache auf jeden Fall weiter mit BMW", sagt er mit einem Seitenblick auf das von dem Münchner optimal versorgte Brabham-Team. Der Rennstall von Ex-Weltmeister Nelson Piquet steht auf seinem Wunschzettel ganz oben, doch auch ein weiteres Jahr bei ATS schließt Winkelhock nicht mehr ganz aus.

Dritte Möglichkeit wäre ein drittes BMW-Team. Im Moment verhandeln Toleman, Tyrell und Arrows mit BMW – also auch zwei Rennställe, die um den Zakowski-Motor buhlen.

GALOPP / Letzte klassische Prüfung

Derby-Sieger Ordos gewann, Solo weit abgeschlagen

GÖNTZSCHE/SIEMEN, **Dortmund**

Derby-Sieger Ordos aus dem Gestüt Zoppenbroich gewann gestern mit Jockey Peter Alafi (47) im Sattel vor 12 000 Zuschauern auf der Galopprennbahn in Dortmund-Wambel die letzte klassische Prüfung der Turf-Saison 1983, das 99. Deutsche St. Leger (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 2800 m). Hinter Ordos belegte El Arco aus dem Gestüt Fährhof mit Georg Bocskai (24) den zweiten Platz vor dem Außenseiter Kaiserjäger mit Peter Schade (28).

Die Überraschung des Rennens war das schwache Abschneiden des Derby-Vierten und Aral-Pokal-Siegers Solo aus dem Gestüt Röttgen. Jockey Peter Remmert (44) übernahm mit Solo schnell die Spitze, führte das Feld der nur sechs Starter auch in die Zielgerade, doch dann war Solo mit seinen Kräften überraschend schnell am Ende. Solo trat nach seinem Sieg über Ordos im Aral-Pokal als 19:10-Toto-Favorit im St. Leger an.

Im Ziel endete Solo als Vorletzter, nur der chancenlose Außenseiter Aarkaiser endete weit abgeschlagen hinter ihm. Ordos-Bruder Orofino, momentan Deutschlands Grand-Prix-Galopper Nummer eins, wird am nächsten Sonntag in Paris im Prix de l'Arc de Triomphe, dem wertvollsten Galopprennen der Welt antreten.

Sieg: 24, Pl. 6, 22, ZW: 164, DW: 904.

Die Rennen für zweijährige Galopper werden in dieser Saison von einem Mann beherrscht: von Championtrainer Heinz Jentzsch. Von den insgesamt 69 bis zum Samstag ausgetragenen Prüfungen für den jüngsten Jahrgang im Rennstall gewann Jentzsch allein 24, die von 18 verschiedenen Pferden gewonnen wurden. Der Beste dieser 18 schnellen Zweijährigen gewann am Samstag auf der Galopprennbahn im Krefelder Stadtwald das Ratibor-Rennen (51 000 Mark, 1400 m): Gestüt Fährhof, Hengst Lagunas. Er siegte mit sechs Längen Vorsprung gegen My Rockery, eine halbe Länge dahinter wurde Bissus Dritter vor Der Wind.

Der Stil des Erfolges war überwältigend, er erinnerte an die Art, in der der berühmte Schlenderhaner Hengst Lombard zu Beginn der 70er Jahre seine Rennen gewann: Gleich nach dem Start legte Jockey Georg Bocskai rund 15 m zwischen sich und der Konkurrenz und blieb ungefährdet. Selbst Jentzsch, der seine Pferde gerne an der Spitze des Feldes galoppieren sieht, war von dieser extremen Taktik überrascht: „Aber das kann Kritik nicht stören", meinte er.

Lagunas hat bei vier Starts nunmehr dreimal gewonnen, seine einzige Niederlage mußte er vor vier Wochen in Baden-Baden gegen den englischen Wallach Fawzi hinnehmen. Fawzi entpuppte sich aber in der Zwischenzeit in England als Klassepferd, in der letzten Woche belegte er in den renommierten Mill-Reef-Stakes hinter Englands bestem Zweijährigen Vacarme einen beachtlichen zweiten Rang.

HANDBALL / Auswärtserfolg für Bergkamen

Zeitaufschub für Stenzel?

sid, **Düsseldorf**

Vlado Stenzel behält vorerst seinen Trainer-Posten beim TuRA Bergkamen. Ausgerechnet Kreisläufer Uwe Laaser, den der frühere Bundestrainer vor Jahren aus der Nationalmannschaft geworfen und beim Bundesliga-Aufsteiger schon aussortiert hatte, rettete Stenzels Job mit seinem Siegtor zum 20:19 bei Grün-Weiß Dankersen 30 Sekunden vor Schluß. Der erste Saisonerfolg könnte aber nur ein Zeitaufschub für Stenzels Beurlaubung sein, zumal das Bergkamener Präsidium nach dem Fehlstart (zwei Niederlagen) bei Training und Aufstellung bereits Einfluß genommen hatte. Derweil feierte der ehemalige Bundestrainer seinen ersten Sieg auch als Triumph über seine Kritiker: „Handball ist ein Kampfsport, da kann man nicht davon sprechen, daß man richtig oder falsch auswechselt."

TuRA Bergkamen lieferte in der dritten Runde die größte Überraschung, gleichzeitig gab es bereits den dritten Führungswechsel: Nach Dankersen und Großwallstadt übernahm Frisch Auf Göppingen dank des 22maligen polnischen Nationalspielers Jerzy Klempel erstmals seit dem 25. Januar 1981 die Spitze. Klempel warf beim 29:25 gegen den TV Hüttenberg 16 Tore, die Rekord in einem Bundesligaspiel bedeuten.

Tabellenzweiter mit ebenfalls 6:0 Punkten ist der MTSV Schwabing nach dem mühsamen 21:10 gegen Neuling TBV Lemgo. Ungeschlagen bleiben mit je 5:1 Punkten die Reinickendorfer Füchse Berlin und Exmeister TV Großwallstadt, die sich im Spitzenspiel 19:19 unentschieden trennten. Der erste Saisonsieg gelang Meister und Europapokalsieger VfL Gummersbach (3:3 Punkte) mit dem 21:16 bei TuSpo Nürnberg.

ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 6. Spieltag: Erfurt – Dresden 3:2, Halle – Union Berlin 0:3, Lok Leipzig – Magdeburg 1:3, Aue – Jena 5:3, Rostock – Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) 1:2, Dynamo Berlin – Chemie Leipzig 3:1, Riesa – Frankfurt 0:2. – Tabellenspitze : 1. Magdeburg 19:7/10:2, 2. Dynamo Berlin 19:10/10:2, 3. Lok Leipzig 14:7/9:3, 4. Dresden 12:6/8:4.

Englische Meisterschaft, 1. Division: Arsenal – Norwich 3:0, Aston – Southampton 1:0, Everton – Birmingham 1:1, Ipswich – Bromwich 3:4, Leicester – Stoke 3:2, Manchester United – Liverpool 1:0, Nottingham – Luton 1:0, Sunderland – Coventry 1:0, Watford – Tottenham 2:3, West Ham – Notts 3:0, Wolverhampton – Queen Park 0:4. – Tabellenspitze: 1. West Ham 18 Punkte, 2. Manchester United 15, 3. Southampton 14, 4. Liverpool 14.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Heidelberg – Hagen 68:72, Wolfenbüttel – Köln 92:105, Charlottenburg – Osnabrück 87:68, Bayreuth – Gießen 80:77, Göttingen – Leverkusen 65:61.

EISHOCKEY

Bundesliga, 7. Spieltag: Iserlohn – Rosenheim 5:1, Köln – Düsseldorf 4:2, Mannheim – Rießersee 5:1, Kaufbeuren – Landshut 3:3, Schwenningen – Freiburg 0:2.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 3. Spieltag: Schwabing – Lemgo 21:20, Dankersen – Bergkamen 19:20, Göppingen – Hüttenberg 29:25, Hofweier – Günzburg 37:24, Reinickendorf – Großwallstadt 19:19, Nürnberg – Gummersbach 16:21.

1. Göppingen	3	3	0	0	73:60	6:0
2. Schwabing	3	3	0	0	59:55	6:0
3. Großwallstadt	3	2	1	0	62:52	5:1
4. Reinickendorf	3	2	1	0	63:54	5:1
5. Hofweier	3	2	0	1	83:65	4:2
6. Gummersbach	3	1	1	1	48:46	3:3
7. Kiel	2	1	0	1	37:35	2:2
8. Dankersen	3	1	0	2	70:63	2:4
9. Lemgo	3	1	0	2	63:63	2:4
10. Hüttenberg	3	1	0	2	66:76	2:4
11. Bergkamen	3	1	0	2	51:62	2:4
12. Essen	2	0	1	1	26:34	1:3
13. Günzberg	3	0	0	3	64:81	0:6
14. Nürnberg	3	0	0	3	50:69	0:6

Bundesliga, Damen 1. Spieltag, Gruppe Nord: Leverkusen – Eilbeck 18:17, Engelskirchen – Stemmer 22:15, Oldenburg – Kiel 24:12, Herzhorn – Jarplund-Weding 9:13. – Gruppe Süd: Frankfurt – Waiblingen 18:8, Sindelfingen – Auerbach 18:13, Lützellinden – Würzburg 18:17, Malsch – Kleenheim 15:10.

HOCKEY

Bundesliga, Damen 15. Spieltag: *Gruppe Nord: Großflottbek* – Leverkusen 1:2, Hamburg RW Köln 2:0, Raffelberg – BW Köln 0:0, Braunschweig – Düsseldorf 2:0. – Gruppe Süd: Pasing – Frankfurt *0:0*, Stuttgart – Brandenburg Berlin 0:1, Münchner SC – Hanau 1:2, RW Stuttgart – Berliner HC 1:2.

RINGEN

Bundesliga, 6. Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Witten 14:19, Aldenhoven – Köllerbach 16,5:16,5, Bonn-Duisdorf – Schifferstadt 16,5:19. – Gruppe Süd: Reilingen – Freiburg-St. Georgen 28,5:4,5, Freiburg-Haßlach – Wiesental 13,5:19,5, Aalen – Triberg 25:7.

TENNIS

Bundesliga, Endrunde in Amberg: Amberg – Neuss 2:7, Essen – Berlin 1:8. – Abstiegsrunde in *Großhesselohe*: Hamburg – Großhesselohe 6:3, Leverkusen – Mannheim 5:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 3. Spieltag: Grenzau – Jülich 8:8, Altena – Reutlingen 9:0, Herbornseelbach – Bad Hamm 3:9, Bremen – Saarbrücken 3:9, Heusenstamm – Düsseldorf 2:9. Bundesliga, Damen, 3. Spieltag: Saarbrücken – Kiel 5:9, Stuttgart – Ahlem 7:9, Kleve – *Kronshagen 8:8*.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 1. Spieltag: Leverkusen – Paderborn 0:3, Fort. Bonn – *Frankfurt 3:2*, Norderstedt – *Hamburg* 0:3.

Europameisterschaft der Damen, Endrunde, 3. Spieltag: Deutschland – Rumänien 3:1, „DDR" – Bulgarien 3:2, UdSSR – Ungarn 3:2.

KUNSTTURNEN

***Dreiländerkampf** in Singen*, Endstand: 1. Deutschland 567,65 Punkte, 2. Schweiz 566,15, 3. CSSR 556,45. – Einzelwertung: 1. Japtok (Hannover) 114,50 (*Pflicht 56,65/Kür 57,85*), 2. Geiger (Herbolzheim) 114,10 (56,55/57,55), 3. Zellweger 113,80 (56,70/57,10) und Lehmann (beide Schweiz) 113,80 *(57,00/56,80)*, 5. *Winkler (Heusenstamm)* 113,55 (56,20/57,35).

GEWICHTHEBEN

WM-Test *in Langen, Mittelgewicht:* Eschenröder (Langen) 270,0 (117,5+152,5). – Leicht-Schwer: Radschinsky (Berlin) 350,0 (150+200). – Mittelschwer: *Appel (Kassel) 325,0* (145+180), Klein (Wuppertal) 322,5 (140+182,5). – Erstes Schwer: Peters (Berlin) 365,0 (162,5+202,5), Immesberger *(Kindsbach) 355,0 (155+200)*. – Superschwer: Nerlinger (Neuaubing) 392,5 (172,5+220).

RADSPORT

Deutsche Hallen-Meisterschaften in Moers, Einer-Kunstfahren, Männer: 1. Kessler (Weinheim) 324,70 Punkte, 2. Berger (Oberschleißheim) 313,10, 3. Dilfer (Erzhausen) 311,80. – Zweier-Kunstfahren: 1. Mergert/Korn (Rosen) 299,65, 2. Welcher/Welcher (Frankfurt-Nied) 296,85 und Born/Büttner (Worms) 296,85. – *Radball*: 1. Steinmeier/Steinmeier (Lieme) 52:2, 2. King/King (Lauterbach) 36:18, 3. Flackus/Bernais (Kostheim) 35:19. – Sechser-Kunstfahren, Frauen: 1. Schwanewede 348,90, 2. Erkelenz-Hoven 335,95, 3. Neuenkirchen 327,85. – Zweier-Kunstfahren: 1. Heimpel/Wahl (Schussenried) 284,80, 2. Manegold/Blank (Schloß Neuhaus) 261,75, 3. Kieferle/Lederer (Oberschleißheim) 261,20. – Vierer-Einradfahren: 1. Göggingen-Augsburg 331,10, 2. Herzogenaurach 329,95, 3. Lübeck-Moisling 324,20. – Sechser-Einradfahren: 1. Herzogenaurach 327,40, 2. Göggingen-Augsburg 326,50, 3. Lübeck-Moisling 321,70. – Einer-Kunstfahren: 1. Beerlage (Stadtlohn) 312,95, 2. Pfaff (Kriftel) 310,60, 3. Klein (Siegen) *290,65*, *Radpolo: 1. Bonnaire/* Schwarzkopf-Thom (Humes) 42:12, 2. Schneider/Roßmann (Seeheim) 38:16, 3. Nies/Strohschänk (Dotzheim) 37:17.

12. und letztes Rennen um das „Grüne Band" im Amateur-Straßenradsport, Einzelzeitfahren auf der Solitude-Rennstrecke in Stuttgart, 34 km: 1. Echtermann 48:04 Min., 2. Bölts 48,06, 3. Schenk (alle Neuwied) 48,47, 4. Freienstein (Nürnberg) 48,55, 5. Plambeck (Hamburg) 48,58, 6. Rottler (Stuttgart) 49,03. – Gesamtwertung: 1. Echtermann 93 Punkte, 2. Rottler 79, 3. Freienstein 74, 4. Wüller (Köln) 71, 5. Stadler 70.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 11, 13, 19, 23, 30, Zusatzzahl: 35. – Spiel 77: 1 1 1 8 8 8 2. – Toto, Elferwette: 1, 1, 0, 1, 1, 1, 2, 1, 2, 0, 1. – Glücksspirale, Endziffern: 09, 846, 9983, 39 49 49, 37 97 84, 47 29 493. – Prämienziehung: 50806 2, 15 290, 20 84 79. **Rennquintett**: Rennen A: 15, 12, 14. – Rennen B: 23, 32, 33. (Ohne Gewähr)

Pankraz, F. Nietzsche und die Lutherfeiern

Bevor die gesamtdeutschen Lutherfeiern ihren Höhepunkt erklimmen, bevor also die große Luthersuppe gar wird, möchte Pankraz schnell noch eine Prise Salz hineinschmeißen, *indem er an das* vernichtende Urteil erinnert, das Friedrich Nietzsche dem Reformator zuteil werden ließ. Nietzsche, ein Mann von eminenter Geschmackssicherheit, nannte die Luthersche Bibelübersetzung zwar „das beste deutsche Buch", aber ihr Autor war ihm ein „gräßlich hoch*mütiger, gallig-neidischer* Schimpfteufel, dem gar nicht wohl wurde, wenn er nicht vor Wut auf jemanden speien konnte".

In seiner letzten Zeit entwickelte der Philosoph geradezu einen Urhaß auf den Kirchenmann. Luther war es, der „die Renaissance kaputtmachte". Bis dahin war alles bestens gelaufen in Rom. Das Christentum verströmte in Prunk und äußerer Prachtentfaltung, die Päpste wurden zu geistreichen Zynikern, kein Mensch von Rang glaubte mehr an eine Welt jenseits der „einzig wirklichen". Nun endlich konnte mit dem Hammer philosophiert werden, aber ausgerechnet da fiel es einem kümmerlichen Mönch im grauen Norden ein, lauthals auf seinem lächerlichen Kinderglauben zu beharren, seine bodenlose Innerlichkeit hervorzukehren und in ihrem Namen all jene chimärischen Gegenwelten zu restituieren, die man schon siegreich überwunden glaubte. Welcher Teufel ritt diesen Mann zur Unzeit?

Für den späten Nietzsche gehörte Luther in eine Reihe mit Savonarola, Rousseau, Robespierre, den „Ungeheuern aus Ehrpusseligkeit", die der Welt der Farben und der Sinne ein graues Jammertal des Sollens und der Idealität entgegenstellten und eben dadurch auch die wirkliche Welt in ein solches Jammertal verwandelten. Außerdem war er „typisch deutsch", ein „Rüpel, den die gute Etikette der Kirche verdroß, jene Ehrfurchtsetikette des hieratischen Geschmacks, welche nur die Geweihteren und Schweigsameren in das Allerheiligste einläßt und es gegen die Rüpel zuschließt. Diese sollten ein für allemal nicht das Wort haben – aber Luther, der Bauer, wollte es schlechterdings anders, so war es ihm nicht ‚deutsch' genug: er wollte vor allem direkt reden, selber reden, ‚ungeniert' mit seinem Gotte reden ... nun, er hat's getan".

Vielen Lutheranern mag Nietzsches Kritik nicht nur antiprotestantisch, sondern überhaupt antichristlich vorkommen, und sie mögen sich damit über sie hinwegsetzen. Tatsächlich hat Nietzsche ja die furchtbarsten Anklagen gegen das Christentum im ganzen gerichtet, diese Religion der „Tschandala-Apostel" und des „Krankengotts", in der alle natürlichen Werte verbogen wurden, damit sich die im Leben zu kurz Gekommenen unter ihrem Dach sammeln können. Pankraz ist weit davon entfernt, ein Nietzscheaner zu sein. Er mißtraut dem Pathos der „einen Welt" und des „Willens zur Macht", er findet darin nicht jene von Nietzsche beschworene „Klarheit des südlichen Herbstes", sondern nur ein finsteres Gewimmel egoistischer Leidenschaften, dem allein der Rückgriff auf transzendente oder transzendentale Überwelten Richtung, Sinn und Rechtfertigung verschaffen *könnte.*

Aber jede Kritik hat ihren rationalen Kern, und speziell Nietzsches Lutherkritik ist, auf diesen rationalen Kern reduziert, höchst bedenkenswert und sollte, gerade im Hinblick auf die oft recht kuriosen, teilweise sogar verlogenen Lutherfeiern ernstgenommen werden. Das betrifft vor allem das Verhältnis von Äußerlichkeit und Innerlichkeit. So mancher Lutheraner ist stolz darauf, daß seine Kirche den „äußerlichen Pomp Roms" überwunden habe, doch was er gar nicht bedenkt, ist die Tatsache, daß an die Stelle des äußerlichen ein innerlicher Pomp getreten ist, ein Prunken mit Theorien und persönlichen Überzeugungen, die schlankweg als „wahrer Glaube" ausgegeben werden, obwohl über ihre Wahrheit gar nicht entschieden werden kann.

In der Religion gilt wie anderwärts: „Äußerer Prunk", bildgewordene Symbole von ehrwürdigem Alter und in prächtiger Umrahmung integrieren, Theorien und bloße Meinungen entzweien. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Kirche der Reformation in tausend Sekten und Gruppierungen zerfallen ist, während es Rom gelang, die Gemeinde zusammenzuhalten. Denn nur die Lehre, die an großen, allen sichtbaren Symbolen festgemacht werden kann, bleibt vor dem Fall in die tausendfältige Beliebigkeit bewahrt.

Ähnlich steht es mit dem Anspruch Luthers auf jederzeitigen, unvermittelten Zugang zu Gott. Es mag dahingestellt bleiben, ob solch ein Anspruch ein Zeichen von Rüpelhaftigkeit ist, auf jeden Fall ist er ein Zeichen von hybrider Ungeduld, die ihr Ziel nur allzu leicht verfehlt. Der einzelne ist gemeinhin ein viel zu schwacher Geist, um eine Begegnung mit dem Absoluten wirklich zu erreichen und auszuhalten. Individuelle Durchbrüche zur „Unio mystica" bleiben Glücksfälle. Im allgemeinen bedarf es der Hilfestellung durch Vermittler, heißen sie nun Engel, Heilige oder Priester, bedarf es einer Hierarchie der Tempelwächter und liturgischer Regelhaftigkeit. Wenn sich die traditionelle Hierarchie freiwillig kleinmacht und die traditionelle Liturgie verlottert, tauchen eben neue Gurus und neue Riten auf und füllen das Vakuum.

Zu diesen neuen Gurus und Riten zählt Pankraz cum grano salis auch die vielen SED-Funktionäre, die zur Zeit an diversen Lutherreden für die Abschlußfeiern basteln und den Reformator als „Bergmannssohn" und „Vorläufer des wahren *Humanismus" feiern werden. Sie* alle widerlegen Nietzsche, der von Luther eine Befestigung der christlichen Jenseitsreligion befürchtete. Die Lutherfunktionäre aus dem Parteibüro philosophieren nämlich durchaus mit dem Hammer, nur ist dieser Hammer aus Schaumgummi.

Pankraz

Wien: „Cats" deutsch

Ein Hoffest für Tom und Jerry

Seine „Feuertaufe" als Theaterdirektor hat der bekannte Film-, Fernseh- und Bühnenschauspieler Peter Weck in Wien glänzend bestanden. Ein Haufen streunender, miauender Katzen hat ihm Glück gebracht und dem verwöhnten Theaterpublikum eine Sensation beschert. Mit der deutschsprachigen Erstaufführung des englischen Musicals „Cats" hatte sich Peter Weck auf ein „Himmelfahrtsunternehmen" eingelassen, das ihn leicht Kopf und Kragen hätte kosten können. Doch die von ihm in ganz Europa „zusammengefangenen" Katzen und Kater *miau*ten auf dem Abfallhaufen des vollmondbeschienenen Hinterhofes auf der ehrwürdigen Bühne des „Theaters an der Wien" auf deutsch ebenso perfekt wie ihre englisch-miauenden Artgenossen während ihrer triumphalen Aufführungsserien am Broadway und in London.

Diese deutschsprachige Version von „Cats" könnte europäische Theatergeschichte machen. Jedenfalls riß sie die Besucher der Wiener Galapremiere regelrecht von den Stühlen, und der von manchen Experten vorausgesagte „Katzenjammer" für den *frisch gebackenen* Theaterdirektor Peter Weck verwandelte sich in einen Triumph. Einen „Kater" holte sich das „Cats"-Ensemble erst bei der feucht-fröhlichen Premierenfeier, während der bereits deutsche und Schweizer Bühnen sich um die Rechte für die deutschsprachige „Cats"-Version bewarben.



Erfolgreicher Einstand als Theaterdirektor: Peter Weck FOTO: KÖVESDI

Dabei hatte Peter Weck sich von Anfang an weise zurückgehalten. Er verpflichtete einfach das Regieteam der englischsprachigen Erfolgsaufführung. Und dieses Team zauberte zu der originellen rockenden und swingenden „Katzenmusik" des Komponisten Andrew Lloyd Webber, der schon „Jesus Christ Superstar" und „Evita" komponierte, eine Orgie aus hinreißender Choreographie, unvergeßlichen Lichteffekten und putzigen Katzenkostümen auf die Bühne. Zahlreiche Grotesk-Szenen in *Tom- und Jerry-Trickfilm-Manier* – nur Micky Mouse hütete sich angesichts der Katzenübermacht, auf die Bühne zu kommen – sorgten für Lachstürme und beinahe ununterbrochenen Szenenapplaus.

Eine geharnischte Beschwerde ist allerdings vom Wiener Tierschutzverein zu erwarten, weil die *Gefahr* besteht, daß die an sich überaus katzenfreundlicher Wiener in nächster Zeit ihre vierbeinigen Hausgenossen zugunsten der fröhlichlärmenden „Cats"-Konkurrenz sträflich vernachlässigen werden.

KURT POLLACK

Leerlauf im Größenwahn – Zadeks Revuefilm „Die wilden Fünfziger" nach Simmel ist angelaufen

Mißgeburt auf dem sinkenden Schiff

Simmel-Romane waren doch sonst, hat sich herausgestellt, immerhin gutes Kinofutter. Die Filme waren dann gewiß nicht jedesmal nach dem anspruchsvolleren Geschmack. Aber satt machten sie doch. Simmel schreibt seine Erfolgsromane ja schon von vornherein nach Drehbuchmanier. Dies sollte, mußte man denken, nicht so schrecklich schiefgehen können, wie es jetzt ging.

Eigentlich hatte Rainer Werner Fassbinder Regie führen sollen. Der gab das Projekt, aus dem Roman „Hurra, wir leben noch" ein herzhaftes Kinostück zu machen, zurück. Daraufhin wählte man für das 7-Millionen-Mark-Unternehmen Peter Zadek als Realisateur. Der hat es nun, wie man am letzten Wochenende überall mit Schauder und Schrecken gewahrwerden konnte, total auf Sand gesetzt. Fast wirkt es wie Hohn, daß dies verkorkste Kinostück nun auch im Vorspann noch Fassbinder gewidmet wird. Eine Verneigung mit gebrochenem Rückgrat.



„Hurra, wie leben nicht mehr": Boy Gobert als Udo von Herresheim in Zadeks Film „Die wilden Fünfziger" FOTO: DIE WELT

Der Autor Simmel zog seinen Namen zurück. Den Titel des Romans darf der unselige Streifen nun nicht mehr tragen. Es muß nach Simmels Einspruch jetzt heißen: „Die wilden Fünfziger" sehr frei nach Motiven eines Romans von Johannes Mario Simmel. Der eigentliche Drehbuchautor, Robert Müller, ging, als er Zadeks Mißgeburt inne wurde, ebenfalls in die verschämte Defensive. Im Vorspann heißt Müller nun Wolfgang Bornheim. Die Buchväter verließen das sinkende Schiff. Jetzt ist nur noch Zadek für den Totalschaden verantwortlich.

Der kritische Betrachter, jetzt diese Kino-Mißgeburt vor Augen, kann's nicht glauben. Zadek ist doch so ungeübt, so erfahrungslos, kar doch *inszenatorisch so verrannt nicht sein.* Er hat für die Bühne immer (wenn er nicht gerade einen Shakespeare verhackstückte) Bewundernswertes geleistet, zuletzt in München noch eine wahrhafte Meisterinszenierung von Ibsens „Baumeister Solness". Er hat mit Müller und Wolfang Menge vor Jahren einen heiter-verrückten Kinofilm aus dem lustigen Boden gestampft, „Ich bin ein Elefant, Madame". Sein Hamsun-Film „Eiszeit" hatte doch auch Qualitäten, genaue Schlagordnung, war doch immer ehrenhaft.

Und nun diese cineastische Mißgeburt – das eine Ungeschick! Simmels Vorlage wird immer nur verhackstückt. Die Geschichte von einem ruchlosen Aufsteiger und fidelen Nutznießer der sogenannten Wirtschaftswunderjahre läuft dem unbeholfenen Regisseur ständig aus dem Ruder. Man wohnt zwei der trübseligsten und unfreiwillig traurigsten Stunden bei, die man seit Jahren in Ansicht eines bundesdeutschen Filmes verbrachte. Kein Humor. Nur hilfloses Gestrampel. Keine Satire. Nur immer trübselige Vergackeierei. Der Plumpsack geht um. Man faßt sich an den Kopf.

Alles flattert zusammenhanglos umher. Die Handlung, ehe sie sich noch formieren kann, läuft dem Inszenator immer nur weg. Die Späße, nach denen er ständig so verkrampft trachtet, zünden nicht oder nur ganz selten. Er fällt immer wieder in dramaturgische Löcher. Nichts paßt zum anderen. Ein Totalverlust ist wahrlich zu beklagen.

Dabei hat Zadek gleich ganze Kohorten von großen (oder doch mächtig populären) Namen aufgetrieben. Ziemlich alles, das (wenn nicht gut) sicher doch aber teuer ist, ist aufgeboten: der arme Boy Gobert. Der hier unselige Millowitsch. Der arme Paul Esser in einer Brüllaffenrolle als Ami. Ilja Richter, Alice Richter, Brigitte Mira, Charles Regnier, Burghard Driest, die Milva singt, Guido Baumann, der Ratefuchs, und natürlich Ulrich Wildgruber, Freddy Quinn, Margit Carstensen. Sogar der tschechische Wunderschauspieler Juray Kukura, der für die Hauptrolle gewonnen wurde, kann sich hier nur immer schämen. Der Film läuft leer. Er ist gar nicht da.

Was Zadek im Sinne hatte, kann man immer nur ahnen. Er wollte wohl eine Art perfider Großgroteske auf die im Grunde armseligen Wirtschaftswunderjahre veranstalten. Er wollte bissig sein und eine satirische Vernichtung in Szene setzen. Er wollte sich, an Hand eines Zeitthemas, dem Stil der superverrückten amerikanischen Groteskfilme annähern und eine satirische Vernichtungsschlacht anrichten.

Alles verkorkst! Alles im Eimer! Keine einzige Szene ist getroffen, *nicht eine hat Biß, Komik oder* Schärfe, wenn man von einer Reihe dilettantischer Gags schon einmal absehen will. Der Film mutet an wie ein ständiger Leerlauf in Größenwahn. Der Zuschauer ist am Ende, weil ständig geschmacklich beleidigt und deutlich verachtet, verärgert und von so viel künstlerischer Impotenz böse enerviert. Mein Gott, was hätte sich aus diesem Thema machen lassen! Zadek hat's verbumfiedelt und in Zadek-Größenwahn immer nur veralbert und verfehlt. „Die wilden Fünfziger" hat er trübselig auf Sand gesetzt. Schnell weg mit Schaden!

FRIEDRICH LUFT

Die Wiener Philharmoniker gegen den Strich gebürstet – Ausklang des 31. Beethovenfestes in Bonn

Daniel Barenboim kam zum Nachmittag des Fauns

Natürlich stand das Programm längst, als ein noch immer nicht gefaßter Pyromane sechs Wochen vorher Feuer in der Bonner Beethovenhalle legte und jedenfalls für dieses 31. Beethovenfest das Attribut „zündend" für des Meisters Musik *einigermaßen in Mißkredit brachte.* So konnte denn auch niemand in Versuchung kommen, mit der Ouvertüre „Die Weihe des Hauses" etwa das rettende Zeltprovisorium vor der Beethovenhalle zu eröffnen, oder diese der offenbar immer weiter hinausrückenden Wiederherstellung der Halle vorzubehalten. Es wird ja mindestens Weihnachten mit der Sechs-Millionen-Mark-Reparatur, und auch das nur dank Prinz Karneval, der dann vor der Tür steht und die Arbeiter bereits in Doppelschichten malochen läßt.

Die Ouvertüre blieb also dort, wo man sie mit gutem Grund plazieren kann, nämlich am Anfang der „Großen musikalischen Akademie", die Beethoven am 7. Mai 1824 im k. k. Hoftheater in Wien gegeben hatte. Deren Rekonstruktion hatten das Bonner Orchester und sein neuer GMD Gustav Kuhn an den Schluß der Musikfeier für Bonns großen Sohn gesetzt, freilich auch da noch von den *Geschickes Mächten* eingeholt: Gleich zwei Vokalsolisten mußten kurzfristig ersetzt werden. Schlüssigkeit und Konzeption war dem Programm ja nicht abzusprechen, dem das Genie selbst die Linien eingezogen hatte: Von dem großen, würdigen, ja Händelschen Schreiten der Ouvertüre hin zu den drei *Stücken* aus der „Missa solemnis", von ihrem freien, symphonischen Atem zur Krönung mit der „Neunten". Nicht zu übersehen ist freilich auch Kuhns Hang zu Mammut-Programmen: Die Masse soll es machen.

Muß es offenbar auch noch. Was nach einjährigem Interregnum an der Orchesterspitze kaum überraschen konnte und auch sein Konzert mit den beiden ersten Beethoven-Sinfonien (und G-Dur-Klavierkonzert und Medek-Uraufführung) erfahren ließ, das signalisierte auch die d-Moll-Sinfonie: Kuhn und sein Orchester müssen sich noch strecken im Konzert der Großen. Im Kopfsatz und im Adagio gab es Spannungseinbrüche, und was dem Scherzo an Tempo fehlte, konnte auch das Freuden-Finale nicht mehr einholen. Kuhn liebt offenbar nicht nur große Programme, sondern auch schon mal zu stattliche Tempi, etwa in der Friedensbitte „Dona nobis pacem" am Ende der „Missa". Beteiligt waren neben dem respektablen Solistenquartett (Faye Robinson, Marjana Lipovsek, Kenneth Riegel, John Bröcheler) noch Philharmonischer Chor und Theaterchor, nicht ohne Bernsteins blaues Friedensband.

Nun wäre es gewiß auch unbillig, *von Kuhn schon jetzt das zu erwar*ten, wofür man ihn nach Bonn holt, zumal die Weichen in der gelöst und souverän musizierten D-Dur-Sinfonie nicht schlecht gestellt schienen für das Zusammengehen von Dirigent und Orchester. Auch die Uraufführung war geschickt besorgt worden: In seinen „Eisenblättern" für Orchester mit Orgel betreibt der von Ost nach West gewanderte Tilo Medek ganz unbehelligt von irgendwelchen Ismen und assoziationsreich seine ganz persönliche „musikalische Geschichtsaufbereitung". Was so im Wort „Eisen" alles mitschwingt, mal mehr, mal weniger bedeutungsschwanger, Medek breitet das in sieben, ein interessantes Klangspektrum mobilisierenden Sätzen aus, nirgends langweilig.

Die Bonner Jubelfeier hat Beethoven auf den Prüfstand gestellt. Seine Aktualität sollte sich erweisen im fremden Kontext. Nun kann man sich darüber streiten, ob in einem Beethovenfest, das per definitionem Beethovens Musik gilt, solche ja auch nicht neue Prozedur sinnvoll ist, wo so etwas ja von jedem schlichten Sinfonieorchester mit einem Beethoven-Werk auch besorgt wird. Nur die Bonner lassen sich damit immer drei Jahre Zeit. Natürlich gibt es Gründe für solch Kontrastprogramm. Auseinandersetzung kann stattfinden und ausgetragen werden und öffnet das Museum, hinter dessen imaginären Mauern Beethovens Musik mangels Reibung verkümmern könnte. Andererseits gerät die exemplarische Beethoven-Interpretation, auf die man ja auch rechnet, zu schnell aufs Nebengleis.

Nicht, daß dieser September-Zyklus nicht alle Voraussetzungen getroffen hätte. Nachdem beim Beethoven-fernen Kammermusikfest im Frühjahr das Publikum das Verweigerungsritual der leeren Stühle praktiziert hatte, hielt hier ein illustres *Orchesterdefilee das Kassenrisiko* klein. Lorin Maazel zeigte mit einer heftig aufs Finale zusteuernden „Eroica", wie man die Wiener Philharmoniker gegen den Strich bürsten kann, bot aber mit Gerhard Hetzel und Bartoks zweitem Violinkonzert die vielleicht größere Attraktion auf. Bernard Haitink dirigierte sein Concertgebouworkest mit dem ihm so eindrucksvoll zugewachsenen Sinn für Brucknersche Einfachheit (Sinfonie Nr. 9) und mit aggressivem Klangsinn bei Schostakowitschs Achter. Mit Alfred Brendel hatte er für zwei Konzerte (C-Dur, e-Moll) den interessantesten, „denkerischsten" Beethovenpianisten seiner Generation dabei. Daniel Barenboim schließlich imponierte weniger bei Beethovens etwas trocken geratener B-Dur-Sinfonie, brillierte dafür mit Debussys „Prélude à l'aprè-midi d'un faune" und Skrjabins „Poème de l'extase" – da ist sein Orchestre de Paris zu Hause.

Barenboim hatte schon zuvor in einem Sonderkonzert mit Riccardo Chailly und dem RSO Berlin das Es-Dur-Klavierkonzert gespielt, Radu Lupu noch, ersterbend in lyrischer Schönheit, das in G-Dur. Beethoven komplett gab es nur bei den Cello-Sonaten mit Lynn Harrell und Michel Béroff, *Klaviermusik noch* von *Jorge* Bolet und Grigorij Sokolow, die freilich auch abseits von Beethoven glänzten. Soweit man das im Zelt überhaupt konnte. Aber wo wenig zu hören war, durfte man wenigstens staunen: Die Amsterdamer und die Pariser wollen es sich auch ausleihen. Sogar freiwillig.

DIETER SCHÜREN

Hexenmeister mit grellen Tönen – Pogorelichs Frankfurter Benefizkonzert

„Ich mußte mich selbst überwältigen"

Die b-Moll-Akkorde, mit denen der Pianist Ivo Pogorelich in Tschaikowskijs Klavierkonzert einsteigt, klingen so riesenhaft, als wolle ein Junger gar einem Horowitz zeigen, was ein Sound ist. Pogorelich spielt nicht einfach laut, sondern mit einer schwergängigen Kraft, die so bedrückend wie beeindruckend ist. Das also kann er auch, der Sensibilissimus und Exzentriker unter den jungen Pianisten von Weltrang.

Pogorelich demonstrierte es in der Frankfurter Alten Oper bei einem Benefizkonzert zugunsten der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft unter der Schirmherrschaft von Ve*ronica Carstens, und das sogar ohne* Gage. Auf die verzichtete, was auch zu solchem Anlaß längst nicht mehr die Regel ist, auch das Juilliard Symphony Orchestra aus New York unter seinem Dirigenten Jorge Mester, die zur Zeit eine Europa-Tournee absolvieren – eins jener fabelhaften amerikanischen Hochschulorchester, die es an instrumentalem Können, an Glanz des Tons mit so manchem Profi-Ensemble von Rang aufnehmen können, wie sie im ersten Teil des Konzerts, Tschaikowskijs 5. Symphonie, zeigten. Was ihnen freilich fehlt, ist der verschworene musikalische Geist, die Homogenität der Empfindung. Der inspirierende Dialog mit dem Solisten, die gegenseitige Überwältigung mit Gefühl blieben denn im Klavierkonzert leider aus. Pogorelich: „Ich mußte mich selbst überwältigen."

Auf die titanische Gebärde der Intrada freilich hatte man sich zum wenigsten bei Pogorelich gespitzt. Das können andere auch. Was die Neugier auf dieses Debüt weckte – und Pogorelich tritt ja selten genug mit Orchester auf, den Tschaikowskij hatte er nie zuvor in Deutschland gespielt –, war doch vielmehr die Frage, was er mit den gleichsam meditierenden Solopassagen dieses Konzerts anfangen würde. Er liest sie auf ganz neue Art. Er gestattet sich eine Variabilität des Tempos, die man als Rubato kaum mehr bezeichnen kann.

Den geradezu hexenmeisterlichen Geschwindpassagen, die ihn wahrhaft als späten Sproß der Liszt-Siloti-Schule ausweisen, stehen Momente der tiefsten und besinnlichen Versenkung gegenüber. Was sonst so nichtssagend dahinplätschert, erhält Bedeutung – und zuweilen zuviel davon. Pogorelich findet Grotesken, die sich zuspitzen lassen wie ein Prokofjew oder Schostakowitsch, er webt Klanggespinste, die auf Debussy und Ravel verweisen. Pogorelich phrasiert das abgeschmackte Werk auf faszinierend andere Art in jedem Takt. Und leistete sich dabei auch ein paar so grell falsche Töne, als wolle er sogar damit beweisen, daß er fürwahr die Wiedergeburt des romantischen Virtuosen darstellt.

REINHARD BEUTH



Rückkehr des romantischen Virtuosen: Ivo Pogorelich FOTO: M. CROWTHERS

JOURNAL

Autorenpreis des Deutsche Literaturfonds

dpa, **Darmstadt**

Der Deutsche Literaturfonds in Darmstadt hat erstmals den mit 10 000 Mark dotierten Autorenpreis des „Kranichs mit dem Stein" vergeben. Unter den 21 Schriftstellern, die sich in drei öffentlichen Lesungen um den Preis beworben hatten, ist der in München lebende 29jährige Autor Rainald Goetz von einer Fachjury als Gewinner ermittelt worden. Mit dem Geldpreis erhielt Goetz eine Bronzeplastik, den Kranich mit dem Stein.

Die Teilnehmer des erstmals veranstalteten Autorenwettbewerbs „Kranichsteiner Literaturtage" auf dem Schloß Kranichstein in Darmstadt sind in den Jahren 1981 oder 1982 vom Literaturfonds mit einem Stipendium finanziell gefördert worden. Zwei der 23 eingeladenen Teilnehmer, die von einem Vorlek*torat unter insgesamt 45 ehemali*gen Stipendiaten ausgewählt worden waren, hatten kurzfristig abgesagt. Der 1980 in Bonn gegründete, aus Bundesmitteln finanzierte Deutsche Literaturfonds vergibt jährlich maximal 25 auf ein Jahr befristete Stipendien in Höhe bis zu 2500 Mark im Monat. Damit sollen *qualifizierte deutschsprachige* Autoren gefördert werden, die noch nicht arriviert sind.

Hagelstange wird Vorsitzender des BDA

DW. **Hamburg**

Der Schriftsteller Rudolf Hagelstange ist zum Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Autoren gewählt worden. Der im Odenwald lebende 71 Jahre alte Autor ist erkrankt und konnte daher nicht an der Bundestagung in Hamburg teilnehmen, hat aber in einem Brief an den Vorstand seine Bereitschaft erklärt, den Vorsitz zu übernehmen. Er *war einziger Kandidat. Der bisheri*gen Vorsitzende Oswalt von Nostitz (München) kandidierte nicht wieder.

Der Bundesverband Deutscher Autoren wurde 1977 gegründet und zählt nach eigenen Angaben 2000 Mitglieder. Er möchte sich neben dem VS in der IG Druck und Papier und dem Verband Freier Deutscher Autoren (FDA) als dritter überregionaler deutscher Schriftstellerverband etablieren und, nach den Worten seines Vizevorsitzenden Siegfried Heinrichs, eine mittlere Position zwischen VS und FDA einnehmen.

Karajan dirigierte Beethovens 9. Sinfonie

gtl. **Berlin**

Vor den Kameras seiner monegassischen „Tele-Mondial"-Fernsehfirma und vor dem hingerissenen Publikum in der Berliner Philharmonie dirigierte Herbert von Karajan seine Philharmoniker in einer exemplarischen Festwochen-Aufführung von Beethovens 9. Sinfonie. Geladen dazu war der Wiener Singverein und ein hochkarätiges Solistenquartett, aus dem aufs sanfteste der Sopran von Janet Perry hervorleuchtete, der einer jüngeren Sängerin, die mit dieser Aufführung ihre große Karriere erst richtig begonnen hat. Auch ihr Kollege Vinson Cole sang den heiklen Tenorpart mit Leichtigkeit und Autorität. Agnes Baltsa und José van Dam standen in den tieferen Lagen ihren jungen Partnern hinreißend bei. Der Wiener Singverein, eigens eingeflogen nach Berlin für die große musikalische Viertelstunde, zeichnete sich nach Gebühr aus. Was die Aufführung jedoch unvergleichlich und unvergeßlich machte, war das Spiel der Philharmoniker unter ihrem Chef. Kein anderer Dirigent an der Spitze dieses Elite-Orchesters kommt einstweilen Karajan, dem Unersetzlichen, gleich.

Die Filmpreise von San Sebastian

AP, **San Sebastian**

Der französische Film „Coup de Foudre" ist bei den 31. Internationalen Filmfestspielen von San Sebastian mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. 27 der 58 Preisrichter hatten sich für das Werk der Regisseurin Diane Kurys ausgesprochen. Der zweite Preis entfiel mit zehn Stimmen auf den Film „Die Eroberung Albaniens" des spanischen Regisseurs Alfonso Ungria, dicht gefolgt von dem Film „Truhanes" des ebenfalls spanischen Regisseurs Miguel Hermoso. Dieser Beitrag erhielt neun Stimmen. Auf den vierten Platz wurde der deutsche Beitrag „Die flambierte Frau" von Robert van Ackeren mit fünf Stimmen gewählt. Im Wettbewerb waren 18 Filme aus zehn Ländern.

Prix de l'Essai für Lars Gustafsson

dpa, **Lausanne**

Der europäische „Prix de l'Essai" der Charles-Veillon-Stifung ist in Lausanne dem schwedischen Schriftsteller Lars Gustafsson für sein essayistisches Werk zuerkannt worden. Gustafsson soll den mit 15 000 Schweizer Franken dotierten Preis am 9. Dezember in Zürich entgegennehmen. Der Preis wird in diesem Jahr zum achten Mal verliehen. Die Stiftung wurde von dem Lausanner Großkaufmann und Mäzen Charles Veillon ins Leben gerufen.

Chopper – ein Geist weht durch das Gericht von Regensburg

PETER SCHMALZ, München

Die Öffentlichkeit bleibt strikt ausgeschlossen – und so lauschen auf den Zuhörerbänken des Regensburger Gerichtssaales nur unsichtbare Geister, wenn der Staatsanwalt heute vormittag unter dem Aktenzeichen „21 Js 11392/82 jug" 20 Seiten einer Anklageschrift verliest, durch die erstmals seit Ende der Hexenprozesse in der deutschen Rechtsgeschichte wieder ein Geist auf der Anklagebank sitzt. Dieser ist allerdings insofern leibhaftig, als er sich mittels Geburtsurkunde und Personaldokumenten zweifelsfrei als Claudia Judenmann, 1966 geboren, Zahnarzthelferin von Beruf, ausweisen kann. Als „Chopper" war der Geist in die Schlagzeilen gepoltert und hatte in den Faschingswochen 1982 Post- und Polizeifahnder wochenlang genarrt und ein Millionenpublikum amüsiert.

Noch bevor der außerirdische Weltraum-Wichtel E T volle Kinosäle rührte und die Kassen füllte, jagte Chopper aus dem kleinen Städtchen Neutraubling bei Regensburg überirdische Schauer durch die Massenmedien. Des Geistes Stimme krächzte aus Radio und Fernseher, textgetreu wurden die Worte nachgedruckt, für Exklusivrechte wechselten Schecks die Besitzer. Und jeder hatte seinen Spaß: Die Geistergläubigen fühlten sich wohl in ihrem Grusel angesichts des Unfaßbaren, die Realisten schmunzelten über die vergeblichen Mühen der Techniker, den Geist dingfest zu machen. Nur die Geisterjäger mußten den Spott ertragen, nachdem alle ihre feinen Meßinstrumente versagt hatten und 60 000 Mark als Unkosten „Geist" abgebucht werden mußten.



Als erste auf der Anklagebank: Claudia Judenmann

Und eigentlich könnte der ganze Spuk noch heute ein seriöses Thema für Parapsychologen sein, wäre Chopper der plötzliche Ruhm nicht zu sehr zu Kopfe gestiegen, daß er selbst kein Ende mehr finden konnte und schließlich in seinem Übermut über irdische Stricke stolperte, die ein paar clevere Kriminalbeamte ausgelegt hatten.

Begonnen hatten die Geisterstunden in der Zahnarztpraxis, als sich Claudia von einem Nebenapparat mit verstellter Stimme in Gespräche einmischte: „Hört auf zu quatschen, ihr Idioten." So glaubt jedenfalls der Staatsanwalt. Claudia dagegen sagt, sie habe während eines Telefonats mit einer Patientin plötzlich gehört: „Du Rindvieh." Sie habe gelacht und gefragt: „Ja, wer bist du denn?" Daraufhin habe es aus der Muschel gekrächzt: „Ich bin der Chopper."

Mag des Geistes Geburtsstunde zwischen Aussagen im Nebel verborgen bleiben, so sind seine weiteren Taten auf vielen Tonbändern festgehalten, darunter auf 17, die der Zahnarzt selbst aufgenommen hatte und die in den vergangenen Monaten von Kriminalern in 600 Arbeitsstunden analysiert wurden. Und die Worte, die da festgehalten sind, zeigen zumindest, daß er nicht von großem Geist war, der Chopper. Eine verschreckte Patientin mußte aus der Toilette die klirrenden Worte hören: „Nimm doch deinen Hintern weg."

Aber auch Schmeichelhaftes drang aus Waschbecken und Telefonhörern. „Claudia, ich liebe dich", gurgelte die Stimme und zeigte Wohlgefallen, wenn der fesche Lehrling den Wasserhahn streichelte. Als jedoch der Freiburger Geisterjäger Professor Hans Bender gleiches an diesem Wasserhahn versuchte, wurde er barsch zurechtgewiesen: „Hau ab, ich bin nicht schwul!"

Die Post wechselte die Telefonanlage samt Leitung aus, Fangschaltungen aller Art wurden gelegt, selbst die Kanäle unterm Haus wurden durchsucht. Vergeblich.

Kriminalbeamte, die als Patienten getarnt in die Praxis kamen, konnten das Rätsel schließlich lösen: „Chopper" wurde von Claudia und ihrem Lehrherren, dem Zahnarzt, produziert. Auch der Münchner Phonetiker, Professor Hans Tillmann, konnte aus einem Chopper-Band Claudias Stimme unzweifelhaft herausfiltern. Damit hätte der Spuk eigentlich sein Ende nehmen können, wären da nicht einige juristische Komplikationen. So fühlten sich einige Patienten beleidigt und erstatteten Strafanzeige. Zudem hatten Claudia, ihr Chef



Ihm wird später der Prozeß gemacht: Zahnarzt Kurt Bachseitz

und dessen Frau bei der Polizeiinspektion Regensburg selbst Anzeige erstattet wegen telefonischer Belästigung. So sitzt Claudia nun wegen Vortäuschung einer Straftat, wegen Beleidigung und wegen Bedrohung auf der Anklagebank. Drei Dutzend Zeugen sind zu dem streng abgeschirmten Verfahren geladen. Sie werden eine völlig veränderte Claudia erleben: Aus dem einst lebenslustigen Mädchen ist eine stille, verschüchterte junge Frau geworden. Die einst offenen kastanienbraunen Haare hat sie in kurze blonde Locken geändert. Zum Lachen ist ihr nicht mehr zumute.

Der Zahnarzt hat seine Praxis geschlossen und sich mit seiner Frau in ein Haus in der Oberpfalz zurückgezogen. Gegen das Ehepaar wird am 26. Oktober verhandelt. Danach kann der Chopper für das Geistertrio noch teuer werden, denn die Post will ihre Auslagen über eine Zivilklage zurückfordern. Da könnte Claudia die 20 000 Mark gut brauchen, die sie für ihr Geister-Liedchen „Dreh dich nicht um, der Chopper geht rum" kassiert hatte.

Haftstrafen im Prozeß um die Dioxin-Katastrophe von Seveso

Gericht sah Fahrlässigkeit als erwiesen an / Verteidigung legte sofort Berufung ein

dpa, Monza

Mehr als sieben Jahre nach dem Dioxin-Unglück in der norditalienischen Gemeinde Seveso und nach 20 Verhandlungstagen ist der Strafprozeß gegen die Verantwortlichen in erster Instanz mit der Verurteilung der fünf Angeklagten zu Haftstrafen bis zu fünf Jahren zu Ende gegangen. Das Landgericht der norditalienischen Stadt Monza verurteilte die beiden Deutschen Jörg Sambeth und Herwig von Zwehl, die technischen Direktoren der miteinander verflochtenen Firmen Icmesa und Givaudan, wegen „vorsätzlich unterlassener Sicherheitsvorkehrungen" und „fahrlässiger Auslösung einer Katastrophe" zu je fünf Jahren Haft. Die Schweizer Guy Waldvogel, ehemaliger Icmesa-Präsident, und Fritz Moeri, Givaudan-Projektleiter, erhielten wegen derselben Vorwürfe vier Jahre Gefängnis. Für den italienischen technischen Icmesa-Direktor Giovanni Radice lautete das Strafmaß wegen „fahrlässiger Katastrophen-Auslösung" zweieinhalb Jahre Haft.

Wegen inzwischen eingetretener Amnestiebestimmungen erließ das Gericht den Angeklagten jeweils drei Jahre der Haftstrafe. Alle Verurteilten bleiben jedoch auf freiem Fuß, da die Verteidigung sofort Berufung eingelegt hat. Die Unglücksfirma Icmesa, aus der nach einem Defekt die hochgiftige Dioxinwolke ausgetreten war, gehört durch die Muttergesellschaft Givaudan zum schweizerischen Pharma-Konzern Hoffmann-La Roche.

Das Gericht fällte dieses erste Urteil in Italien zu einer Umweltkatastrophe nach 29 Stunden interner Beratung. Es blieb mit den Urteilen unter den Strafanträgen der Staatsanwaltschaft, die bis zu sechseinhalb Jahren Haft verlangt hatte. Die Richter unter Vorsitz von Cesare de Nunzio übernahmen aber die Argumentation der Anklage, daß die Katastrophe vorhersehbar gewesen sei. Die Verteidigung hatte dagegen auf Freispruch plädiert, da nach ihrer Ansicht der Reaktor-Unfall nicht vorhergesehen werden konnte.

In einer ersten Stellungnahme erklärte ein Sprecher des La-Roche-Konzerns, man nehme das Urteil zur Kenntnis. Der Prozeß habe aber keine ausreichenden Beweise dafür erbracht, daß der Unfall von Seveso voraussehbar gewesen sei.

Der Präsident der Region Lombardei, Giuseppe Guzzetti, kommentierte das Urteil – dessen Begründung durch das Gericht im einzelnen später veröffentlicht werden wird – mit dem Hinweis, daß die Verantwortung der ausländischen Gesellschaften für in Italien operierende Firmen festgeschrieben worden sei. Es gebe nunmehr keinen Zweifel mehr, daß jeder für die Umwelt-Risiken Verantwortung trage, die durch seine Produktion entstehen.

Bei der Urteilsverkündung waren die Angeklagten nicht anwesend. Das Gericht akzeptierte auch Forderungen von etwa 20 der 62 Nebenkläger. Die Schadensersatzhöhe in diesen Fällen muß im einzelnen noch festgelegt werden. Der La-Roche-Konzern hatte im Verlauf des Prozesses weit mehr als 100 Nebenkläger durch Geldzahlungen entschädigt. Insgesamt soll der Konzern wegen des Seveso-Unglücks bis zu 200 Milliarden Lire (330 Millionen Mark) unter anderen an den Staat, die Region Lombardei und an die Gemeinde Seveso für Entschädigungen gezahlt haben.

LEUTE HEUTE

Säure-Attentat

Der Fotograf und frühere Ehemann der englischen Prinzessin **Margaret, Lord Snowdon,** ist in der vergangenen Woche in seinem Wagen beim Halt vor einer Ampel in London mit einer ätzendenden Flüssigkeit übergossen worden. Das bestätigte Scotland Yard erst am Wochenende. Danach spritzten vier Männer dem Lord durch ein geöffnetes Autofenster die Flüssigkeit ins Gesicht. Sie entkamen unerkannt. Lord Snowdon konnte vorübergehend nicht mehr sehen, wurde aber nicht ernsthaft verletzt, hieß es.

Schmerzfrei

Der französische Filmregisseur **François Truffaut** (49) unterzog sich, wie erst jetzt bekannt wurde, im „Amerikanischen Krankenhaus" von Paris einer dringenden Kopfoperation.

Truffaut litt seit Monaten an ständigen, heftigen Kopfschmerzen. Röntgenaufnahmen ergaben, daß er eine Blutgeschwulst am Hirn hatte, die zu einem tödlichen Gehirnschlag hätte führen können. In einer zweistündigen Operation wurde er von Hämatom und Kopfschmerzen befreit.

Gescheitert

Der Versuch eines Briten, die Strekke zwischen dem Torbogen Marble Arch am Londoner Hyde Park und dem Arc de Triomphe in Paris in einer neuen Rekordzeit zurückzulegen, ist am Wochenende knapp gescheitert. **Tim Ridgway** (42) startete auf dem Motorrad-Rücksitz eines Stuntmans von Marble Arch zu einer Wiese im Hyde Park. Dort sprang er in den Hubschrauber eines befreundeten Piloten und ließ sich in 14 Minuten zu einem wartenden Privat-Jet bringen, den ein Geschäftsmann nach knapp 29 Minuten in Le Bourget aufsetzte. Doch ein französischer Hubschrauber, der Schlußspurt mit einem Motorrad vom Hubschrauberflugplatz zum Arc de Triomphe und die Endzeit von 40 Minuten und 44 Sekunden waren nicht schnell genug, um den seit 24 Jahren bestehenden Rekord des Luftwaffenoffiziers Charles Maugkan zu übertreffen. Es fehlten eine Minute und 48 Sekunden.

Eine Stadt will sauber werden

Zürichs Kampf gegen das Geschäft mit dem Sex

HEINZ SEILER, Zürich

Zürich, von Kritikern als Schweizer Sündenpfuhl bezeichnet, soll (noch) sauberer werden. Anfang des Jahres schlug dem sogenannten „Stützli-Sex" (Peep-Shows) die letzte Stunde, jetzt mußten die sieben Porno-Kinos ihr Programm radikal umstellen oder schließen. Die Polizei machte sich nach den strengen Weisungen des Stadtrates prompt an die Arbeit, besuchte die Vorstellungen und beschlagnahmte bei Verstößen gegen die neuen Bestimmungen Projektoren, Filme und Tageseinnahmen.

„Vermutlich wäre es den Behörden am liebsten, wenn jeder Bürger schon beim Frühstück ein potenzschwächendes und libidohemmendes Mittelchen einnehmen würde, denn nur so könnte letztlich die Sexualität ausgerottet werden", schrieb ein erboster Leser der größten Zeitung der Stadt. „Denn erst dann wäre wohl das gesamte Sexgewerbe überflüssig, angefangen bei Magazinen und Filmen über Massagesalons bis hin zur Prostitution.

Die 400 000-Einwohner-Stadt des Reformators Huldrich Zwingli, die auf den ersten Blick puritanisch wirken mag, hat weit mehr als hundert Sex-Shops und Sex-Salons, mehr als 1000 registrierte und kontrollierte Prostituierte verdienen hier ihr Brot. Man schätzt die Zahl ihrer Kunden aus der ganzen Welt auf 4000 pro Tag und den jährlichen Umsatz auf rund 200 Millionen Mark.

Angesichts dieser Tatsachen erhoben Kritiker schon vor Jahren warnend ihre Stimmen gegen das „Überhandnehmen von Auswüchsen im Sexgeschäft". 1973 wurde noch der Film-Hit „Schulmädchen-Report" beschlagnahmt, 1981 aber erlitt das Lager jener, die für eine „saubere Stadt" eintraten, einen Rückschlag: Eine Expertenkommission legte einen Entwurf für die Liberalisierung des schweizerischen Sexualstrafrechts vor, der vor allem vorsah, „die bisherige kleinliche Handhabung der Behandlung von Pornographie" abzuschaffen.

Der Aufbruch der Anhänger „unbegrenzter Freiheit auf allen Gebieten" mobilisierte schließlich das Bürgertum der Stadt. Ein „Feldzug gegen Schmutz und Unmoral" wurde gestartet. Zu Beginn flogen wiederholt Brandsätze gegen Sex-Shops und andere Einrichtungen der „Progressiven", dann bemächtigte sich die Politik des Themas. Der Sieg der bürgerlichen Parteien bei den Stadtratswahlen im vergangenen Jahr markierte den endgültigen Umschwung.

Gesetze gegen das Sexgewerbe wurden vorbereitet und verabschiedet, insbesondere ging man daran, die einschlägigen Einrichtungen aus der Umgebung von Wohnvierteln und Schulen zu vertreiben.

Vor allem der neue liberale Stadtpräsident von Zürich, Thomas Wagner, engagierte sich im Ringen um eine „saubere Stadt". Er stellte sich voll und ganz hinter die Maßnahmen von Behörden und Polizei und kündigte an, daß mit allen Mitteln gegen jene vorgegangen würde, die bestehendes Recht mißachteten. Wagner ließ sich vor Ort sehen und der Öffentlichkeit mitteilen, nach einem Besuch der berüchtigten Langstraße sei er schockiert gewesen.

Der Druck auf Mieten, die Verdrängung von Bürgern und der Verlust von Wohnraum sind nach Ansicht von Stadt- und Gemeinderat jedoch nicht die schlimmsten Auswirkungen des wuchernden Gewerbes. Die Stadtväter sehen vor allem Sitte und Moral sowie das optische Erscheinungsbild ihrer Stadt in Gefahr.

Die Bekämpfung von Auswüchsen auf dem Gebiet des Sexgewerbes und die dabei gezeigte Konsequenz wird von den Zürcher Bürgern fast ausnahmslos begrüßt, von den Porno-Kino-Besitzern natürlich laut beschimpft. Sie können ihre finanziellen Einbußen auf Franken und Rappen errechnen: Im vergangenen Jahr zahlte eine dreiviertel Million Kinobesucher rund zehn Millionen Mark in ihre Kassen. Jetzt müssen sie mit den Preisen runter. Zahlten ihre Kunden für Pornofilme ohne zu murren zwischen 12 und 15 Mark Eintritt, so nehmen sie für harmlose Filmchen jetzt höchstens noch die Hälfte an Eintritt. Trotzdem herrscht in den Sälen gähnende Leere. Ein Kinobesitzer: „Ich halte den Eingriff der Behörden für eine Entmündigung der Kinobesucher."

Die Hände aber reiben sich die Besitzer von Geschäften mit Videofilmverleih und -verkauf. Eine Zürcher Wochenzeitung prophezeite ihnen denn auch glänzende Geschäfte. „Denn nur noch im trauten Heim wird man künftig konsumieren können, was die Polizei in Rückbesinnung auf puritanische Werte mit Bann belegt hat", schrieb sie.

Im Stadthaus von Zürich aber ist auch dieses Ziel bereits anvisiert: Auch den Geschäftemachern mit Pornofilmen für das Heimkino soll schon bald die Suppe versalzen und das Handwerk gelegt werden.

Die Krebsgefahr lauert im täglichen Brot

RPL/DW. Washington

Nahezu ketzerische Thesen zur Ursachenforschung beim Krebs trug jetzt der Amerikaner Bruce N. Ames, einer der führenden Krebsspezialisten und Dekan der Biochemischen Fakultät der Berkeley University von Kalifornien, vor. Er behauptet, daß in der menschlichen Nahrung etwa 10 000 mal soviele natürliche Karzinogene (krebsverursachende Stoffe) vorkommen, als sie etwa durch Düngung oder Pflanzenschutzmittel aufnimmt.

Bei den Studien der amerikanischen Wissenschaftler stellte sich heraus, daß die menschliche Nahrung eine Reihe von Karzinogenen, aber auch viele Anti-Karzinogene, also Substanzen, die vor Krebs schützen, enthält. Würden erst die Krebsverursacher und die Krebsverhinderer eindeutig identifiziert, sei die Zeit, so Ames, nicht mehr weit, in der man durch die richtige Ernährung einige der Hauptursachen für Krebs ausschalten könne.

Für Professor Ames ist heute das Rauchen Krebsrisiko Nummer eins. In den USA rechnet man ihm 30 Prozent der jährlich rund 350 000 Krebstoten zu. Aber schon an zweiter Stelle stehen für Ames jene Krebsauslöser, die der Mensch mit der täglichen Nahrung zu sich nimmt. Diese These sieht er auch dadurch gestützt, daß bei der unterschiedlichen Ernährung in verschiedenen Ländern auch die Krebsrate und die Art der Erkrankungen stark differierten.

Der wissenschaftlich exakte Beweis mutet allerdings heute noch wie eine Sisyphus-Arbeit an: „Bei der Untersuchung von natürlicher und gekochter Nahrung stellte sich heraus, daß es wahrscheinlich eine unglaubliche Menge von Mutagenen, den Stoffen, die eine Veränderung der menschlichen Zellen verursachen, sowie von möglichen Karzinogenen und Anti-Karzinogenen gibt", dämpft Ames allzu optimistische Hoffnungen.

Aber auch wenn diese Arbeiten noch am Anfang stehen, gelang es den Wissenschaftlern doch, einige „Freunde" und „Feinde" dingfest zu machen. Als problematisch wurden so etwa tierische Fette erkannt, weil sie den komplizierten Aufbau des Zellorganismus durch die Bildung von sogenannten „Freien Radikalen" durcheinanderbringen können. Eine Reihe von Pflanzen enthalten, was Ames „natürliche Pestizide" nennt – Stoffe, mit denen sie sich gegen Parasiten, Pilze und Tiere schützen. Zu diesen bisher erkannten Pflanzen gehören Grundnahrungsmittel wie Kartoffel ebenso wie Sellerie, Rhabarber, Pilze und Kakao. Längst bekannt als krebsauslösend sind auch gegrillte und geräucherte Speisen. „Selbst eine Scheibe Toast enthält DNS-schädigende Substanzen, die wahrscheinlich auch Krebs auslösen", erklärt Ames. (Die Desoxyribonukleinsäure (DNS) transportiert genetische Informationen zu entstehenden Zellen.) So wie im Urin eines starken Rauchers ließen sich auch bei Nichtrauchern nach einer Mahlzeit mit Schinken oder Speck eine Vielzahl von Mutagenen nachweisen.

Substanzen, von denen man glaubt, daß sie einen Anti-Krebseffekt haben, fand man in den Vitaminen C und E, in dem seltenen Mineral Selenium und im Beta-Karotin, das in Möhren und den meisten grünen Gemüsen vorkommt.

Bei allem wolle er, so Ames, die Gefahren durch von Menschenhand hergestellten Chemikalien nicht verniedlichen. Man müsse sich für eine effektive Krebsbekämpfung aber darüber im klaren sein, daß die Gefahren, die von der Natur drohten, um ein Vielfaches größer seien.

Sabotage bei Absturz in Abu Dhabi doch ausgeschlossen

dpa, Abu Dhabi

Nach der Bergung des Flugschreibers der am Freitag abgestürzten Passagiermaschine der „Gulf Air" hat gestern ein Sprecher der Gesellschaft in Bahrain Sabotage als Ursache für das Unglück ausgeschlossen. Zunächst war eine Expertenkommission nach Karatschi entsandt worden, um dort, am Ausgangspunkt des Fluges, diesem Verdacht nachzugehen. Bei dem Absturz der Boeing 737 rund 20 Minuten vor der Landung in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), waren alle 111 Menschen an Bord ums Leben gekommen. An Bord waren 97 Pakistaner, neun britische Staatsbürger, zwei Bahrainer, ein Amerikaner, ein Omaner – der Pilot – und ein Iraner. Unter den Toten sind 18 Kinder, davon drei Säuglinge. Fast alle Leichen wiesen Brandwunden auf. Experten sind sich allerdings nicht darüber einig, ob das Flugzeug schon in der Luft in Brand geriet oder erst beim Aufprall explodierte. Die Nachrichtenagentur der Vereinigten Arabischen Emirate zitierte einen Augenzeugen, der kurz vor dem Absturz ein Feuer im Cockpit der Boeing 737 gesehen haben will. Der Rundfunk von Dubai (VAE) berichtete, daß der Pilot dem Kontrollturm unmittelbar vor dem Unglück mitgeteilt habe, eines der Triebwerke seiner Maschine funktioniere nicht richtig.

Massenprügelei

dpa, Wuppertal

Mit einer blutigen Massenprügelei endete in der Nacht zum Sonntag ein Straßenfest in Wuppertal: Zu vorgerückter Stunde gerieten sich rund 60, überwiegend angetrunkene Nachbarn, im Stadtviertel Vohwinkel „in die Wolle". Erst eine halbe Hundertschaft Polizeibeamte konnte die Kontrahenten mit Hunden, Schlagstöcken und „Chemischen Keulen" auseinanderbringen.

Unfall auf der Wies'n

AP, München

Ein 36jähriger Münchner ist auf dem Oktoberfest tödlich verunglückt. An einem der Fahrgeschäfte rutschte er aus, wurde von einem Zug erfaßt und 40 Meter mitgeschleift.

Anschlag bei Miß-Wahl

AFP, Davao

Mindestens 20 Menschen kamen gestern bei einem Handgranatenanschlag auf die Besucher eines Schönheitswettbewerbs in der philippinischen Stadt Davao ums Leben. Unter den 200 zum Teil Schwerverletzten befinden sich auch zwei Miß-Bewerberinnen. Die Polizei hat keinerlei Hinweis auf die Täter.

Trockenlegung

AP, Khartum

In der sudanesischen Hauptstadt Khartum sind bei einer offiziellen Zeremonie alle verfügbaren Mengen an Spirituosen vernichtet worden. Präsident Gaafar el Numeiri hatte vor kurzem angekündigt, in Sudan solle islamisches Recht gelten, wonach Verkauf und der Genuß alkoholischer Getränke verboten sind.

4 Tote auf Bahnübergang

AP, Treuchtlingen

Vier junge Männer sind in der Nacht zum Samstag beim Zusammenstoß ihres Autos mit einem Intercity im bayerischen Treuchtlingen getötet worden. Nach Angaben der Polizei war der Bahnübergang mit einer automatischen Halbschranke gesichert.

„Wasen"-Rekord

dpa, Stuttgart

Mit dem traditionellen Faßanstich und drei kräftigen Böllerschüssen hat am Samstag der „Cannstatter Wasen" in Stuttgart begonnen. Mit einem Rekordpreis von 6,30 Mark für die Maß Bier liegen die Stuttgarter deutlich über dem Münchner Wies'n-Preis von 5,60 bis 5,90 Mark.

Familie ausgelöscht

dpa, Koblenz

Unter dem Verdacht, seine 41jährige Ehefrau und die beiden elf und drei Jahre alten Töchter in Neuwied erstochen zu haben, ist am Wochenende der 45 Jahre alte Inhaber einer Pizzeria in Bonn festgenommen worden.

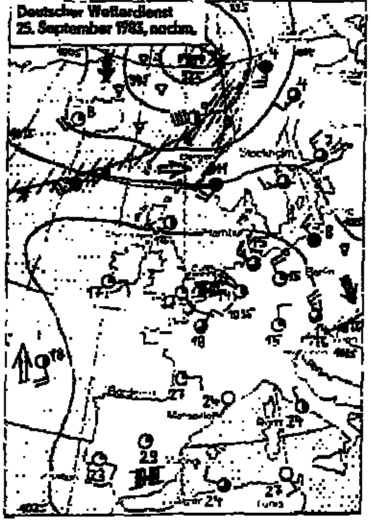
Sonnige Parade

dpa, New York

Die deutsch-amerikanischen Vereine von New York und New Jersey veranstalteten am Samstag bei kühlem, aber sonnigem Herbstwetter ihre 26. Steuben-Parade. Die Bundesrepublik Deutschland war durch zwei Ehrengäste vertreten: den schleswig-holsteinischen Mininisterpräsidenten Uwe Barschel und den Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa, Heinz Ruhnau.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hoch mit Kern über Süddeutschland verlagert sich nur langsam südwärts. Der äußerste Norden Deutschlands wird von einer skandinavischen Front gestreift.



Vorhersage für Montag:

Bundesrepublik und Raum Berlin: heiter, nur in Schleswig-Holstein Durchzug von Wolkenfeldern und durchweg trocken. Höchsttemperaturen zwischen 18 Grad C in Norddeutschland und 24 Grad C im Südwesten. Tiefsttemperaturen 13 bis 8 Grad C. Im Norden mäßiger Wind aus West, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten.

Weitgehend niederschlagsfrei, etwas wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Stadt	Temp.	Stadt	Temp.
Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	14°
Dresden	14°	Las Palmas	31°
Essen	14°	London	17°
Frankfurt	15°	Madrid	29°
Hamburg	15°	Mailand	25°
List/Sylt	13°	Mallorca	31°
München	15°	Moskau	14°
Stuttgart	17°	Nizza	25°
Algier	24°	Oslo	9°
Amsterdam	14°	Paris	18°
Athen	22°	Prag	13°
Barcelona	27°	Rom	24°
Brüssel	14°	Stockholm	7°
Budapest	17°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	27°
Helsinki	7°	Wien	–°
Istanbul	–°	Zürich	22°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 6.15 Uhr, -untergang: 18.11 Uhr, Mondaufgang: 20.34 Uhr, -untergang: 11.54 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

War das Massaker von Avignon ein Racheakt?

Nach dritter Verhaftung glaubt die Polizei, daß das Blutbad im „Sofitel" französischen Generalkonsul treffen sollte

CONSTANGE KNITTER, Avignon

Sieben Wochen nach dem blutigen Überfall auf das Hotel „Sofitel" in Avignon, bei dem sieben Menschen, vier Hotelangestellte und drei Gäste, getötet wurden, glaubt die Polizei nach einer weiteren Verhaftung, die Ermittlungen abschließen zu können. Die vier Hauptbeteiligten an dem Blutbad in der Nacht zum 5. August sind bekannt. Drei der überlebenden Gangster sind jetzt hinter Gittern und legten teilweise Geständnisse ab.

Der vierte Gangster Jacques Gouttenoire, von dem von Anfang an feststand, daß er an der Schießerei im „Sofitel" beteiligt war, wurde am Tag nach dem Überfall von sechs Kugeln durchsiebt in einem Kanal bei Avignon gefunden. Noch geklärt werden muß, wer von den Komplizen den wegen einer Beinverletzung lästig gewordenen Gouttenoire umbrachte.

Drahtzieher des Raubüberfalls ist vermutlich Jean Roussel (60), Vater des wenige Minuten nach dem Blutbad gefaßten Jean Roussel jr. (39). Seit Freitag abend wird der „Patriarch" einer Gangsterfamilie aus Südost-Frankreich in Avignon verhört. Schon zweimal war er im August vernommen worden, doch mangels Beweisen mußten er, sowie seine Frau Marcelle, seine Tochter Mireille und deren Verlobter Vincent Picone, wieder freigelassen werden. Auch jetzt schweigt Roussel senior eisern.

Von den drei verhafteten Gangstern behauptet Jean Roussel junior, er sei lediglich im Hotel „Sofitel" gewesen, um die Schließfächer zu knacken. Doch habe er nicht einen Schuß abgegeben. Gerard Rolland (33), der am vergangenen Donnerstag in einem Versteck bei Valreas (Südfrankreich) festgenommen wurde,

Beteiligt am Massaker von Avignon: Jean Russel (links) wurde wenige Minuten danach festgenommen. Jack Gouttenoire mußte wahrscheinlich sterben, weil er seinen Komplicen wegen einer Verletzung lästig wurde. FOTOS: DPA/AP

behauptet, „er sei weiß wie Schnee" und habe mit der Schießerei im „Sofitel" nichts zu tun. Bei der Ermordung von Gouttenoire sei er als einfacher Zeuge zugegen gewesen. François Arpino (40), seit Freitag in Avignon inhaftiert und der Mittäterschaft angeklagt, erweist sich der Polizei gegenüber als „kooperativ". Er gestand, daß Vater Roussel ihn überredet habe, bei dem Hotelüberfall mitzumachen.

Wie es den ungeschriebenen Gesetzen im Gangster-Milieu entspricht, schieben alle drei Verhafteten die Schuld an der Ermordung der sieben Menschen auf den toten Gouttenoire. Auch die Polizei ist inzwischen überzeugt, daß er zumindest den Barmann und den Gepäckträger des Hotels umbrachte.

Die Polizei glaubt aber inzwischen, daß die Gangster keinen einfachen Raubüberfall auf das Hotel in Avignon planten, sondern im Auftrage von Hintermännern in Lyon Lucien André, den französischen Generalkonsul in Saarbrücken, töten sollten. André kam bei dem Blutbad um. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Kurdirektor Horst Weick betonte, daß auch in diesem Jahr alle Wanderer die Gewähr dafür böten, daß keine Störung des Wildes eintrete, daß niemand von der genehmigten Wanderstrecke abweiche und vielleicht im Naturschutzgebiet Waldbeerensuche und daß auch von der Schlußmannschaft wie bisher jeder Unrat auf den Wanderwegen, auch der schon vorhanden gewesene, beseitigt wird." (Aus einer Mitteilung über die 11. Harzüberquerung).